

Preussische Allgemeine



Nr. 1 · 5. Januar 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Es wird ungemütlich

Wahlen im Osten, eine mögliche Wende im Ukrainekrieg – und eine Regierung, die einfach weitermacht wie bisher. Deutschland steht ein schwieriges Jahr bevor **Seiten 1, 2, 3 und 24**



Ausstellung Das Caspar-David-Friedrich-Jahr hat begonnen **Seite 9**



Heimat Zur Entwicklung des Apothekenwesens in Ostpreußen **Seite 23**

FOTOS: IMAGO/PHOTOTHEK; SHK/HAMBURGER KUNSTGHALLE/BBK/ELKE WALKFORD; BILDARCHIV OSTPREUSSEN

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Des Kanzlers schöne Worte und des Ministers harte Strafen

Zum Jahresauftakt setzt die Bundesregierung ihren ideologischen Ansatz im „Kampf gegen den Klimawandel“ fort – und wandelt damit auf dunklen Pfaden

Der Ausblick des Kanzlers auf das neue Jahr war erwartungsgemäß positiv: „Wenn wir uns gegenseitig mit diesem Respekt begegnen“, dass jeder von der Spitzenforscherin über den Paketboten bis hin zu den Auszubildenden gebraucht werde, „dann brauchen wir keine Angst zu haben vor der Zukunft. Dann kann das Jahr 2024 ein gutes Jahr werden für unser Land.“ Was Olaf Scholz – ebenso erwartungsgemäß – seinen Landsleuten nicht sagte war, dass sein Kabinett im November den „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürgern“ für das neue Jahr ein paar heftige Brocken vor die Tür geworfen hat, an denen viele noch lange zu kauen haben werden.

Denn mit dem 1. Januar trat die Novelle des umstrittenen Gebäudeenergiegesetzes (GEG) in Kraft. Zwar enthält es nicht mehr – wie noch in ersten Entwürfen – bei neu installierten Heizungen die Pflicht zum Einbau von Wärmepumpen, doch ist von nun an Gesetz, dass neue Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Zwar gelten zunächst einige Übergangsfristen – nicht zuletzt, weil die sofortige Umsetzung durch das Handwerk nicht zu leisten gewesen wäre –, doch drohen künftig bei Nichterfüllung der Gesetzesvorgaben empfindliche Strafen.

Bußgelder statt Überzeugung

So sollen die Missachtung der Austauschpflicht für Heizungen, die über 30 Jahre alt sind, das Nichtdämmen der oberen Geschossdecke eines Hauses oder auch das Nichtdämmen von Rohrleitungen und Armaturen demnächst Bußgelder in Höhe von 50.000 Euro kosten. Falls ein Hausbesitzer vorgeschriebene Inspektionen nicht durchführt, kann ihn dies 10.000 Euro kosten. Selbst die Missachtung der Aufbewahrungsfrist von Abrechnungen kann immerhin noch mit 5000 Euro geahndet werden.

Auch wenn die Bundesregierung, vor allem ihr verantwortlicher „Klimaminister“ Robert Habeck, diesen Bußgeldkatalog zuvor nicht groß herausgestellt hat, ist die Absicht klar: Mit abschreckenden Strafen soll der Widerstand der Bürger gegen das Gesetz gebrochen werden, noch bevor es seine Wirkung entfaltet.

Der Grund für dieses rigide Vorgehen ist der Wille, Spitzenreiter beim „Kampf gegen den Klimawandel“ zu sein. Ob das neue GEG überhaupt einen Effekt für das Weltklima haben wird – selbst Habeck war nicht in der Lage zu erklären, welchen konkreten Beitrag sein Gesetz für das Erreichen des erklärten Zieles leistet –, spielt dabei ebenso wenig eine Rolle wie der Umstand, dass China derzeit jede Woche zwei neue Kohlekraftwerke fertigstellt und damit jede deutsche CO₂-Ersparnis zunichtemacht.

Mit ihrer Marschrouten, dass allein ihre Ideologie zählt und dabei unerheblich ist, ob die beschlossenen Maßnahmen dem erklärten Ziel überhaupt dienen, befindet sich die Bundesregierung freilich auf einem unseligen Traditionspfad, der seit dem Beginn der Moderne immer wieder zu fatalen Auswirkungen führte. So stand am Anfang aller sozialen Bewegungen die gerechtfertigte Empörung von Karl Marx und Friedrich Engels über die katastrophalen Arbeits- und Wohnverhältnisse in den Fabriken und Mietskasernen des frühen Kapitalismus. Doch ihre Lehren daraus

wurden zur Grundlage des blutigsten politischen Regimes der Geschichte.

Gefährlich war und ist Ideologie immer dann, wenn sie Ziele ausruft, die auf natürliche Weise gar nicht erreichbar sind: wenn entweder physikalische und biologische Gesetze dagegen stehen oder einfach nur die Natur des Menschen. Dann hinterfragen die Verfechter einer Ideologie in der Regel nicht ihr Weltbild, sondern versuchen, ihre Ziele mit Druck und Gewalt zu erreichen.

Durch keinen Umstand beirrbar

Dass die Neigung zu solchem Handeln keineswegs nur auf der linken Seite des politischen Spektrums zu Hause ist, zeigen Beispiele wie die Corona-Pandemie. Obwohl relativ schnell klar war, dass COVID-19 nicht mehr aufzuhalten war, versteiften sich Wissenschaftler und politische Entscheider weltweit auf das Ziel, das Virus wieder einzufangen. „Zero COVID“ forderten manche angeblichen Experten selbst dann noch, als allein in Deutschland täglich zehntausende neue Infektionen registriert wurden. Da diese Forderung unerfüllt blieb – nicht zuletzt, weil es unmöglich ist, Milliarden Menschen gleichzeitig aus dem Verkehr zu ziehen, um die Ansteckungsketten zu unterbrechen –, griffen die Experten und politischen Entscheider zu immer schärferen Maßnahmen, verhängten Maskenpflicht, Ausgehverbote und sogar eine berufsbezogene Impfpflicht.

Niemand von ihnen wollte wahrhaben, dass nicht die Maßnahmen das Problem waren, sondern das politisch verkündete, praktisch jedoch nicht zu erreichende Ziel. Die deutsche Politik war selbst dann noch lange nicht bereit, von ihrem Kurs abzuweichen, als es im Ausland längst belastbare Erkenntnisse gab, dass die Infektionsverläufe von anderen Faktoren als den staatlichen Maßnahmen bestimmt wurden.

Ähnlich verhält es sich mit dem „Kampf gegen den Klimawandel“. Obwohl die weltweiten CO₂-Emissionen seit Jahrzehnten konstant ansteigen und obwohl keine Klimakonferenz daran je etwas ändern konnte, hält es die Bundesregierung noch immer für eine gute Sache, mit Zwangsmaßnahmen der eigenen Industrie und den Bürgern das Leben schwerzumachen. Und wenn sie nicht in der Lage ist, den Nachweis für die Wirksamkeit ihrer Verordnungen und Gesetze zu erbringen, überdenkt sie – siehe das GEG – nicht etwa ihre Politik, sondern bedroht die Bürger mit harten Strafen, falls diese sich dem verordneten Segen verweigern sollten.

Als die Ampel-Parteien ihren Koalitionsvertrag unterzeichneten, überschrieben sie diesen mit den Worten „Mehr Fortschritt wagen“. Nun, da sichtbar wird, wohin dieser Fortschritt führt, wäre es besser, sich an dem Motto „Mehr Realitätssinn wagen“ zu orientieren. Dann bräuchten die Deutschen tatsächlich weniger Angst vor der Zukunft zu haben.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Kapitaler Wohnungsmangel: Ist Berlin auf dem Weg zu Londoner Verhältnissen? **Seite 5**

Kultur

Eine Ausstellung zum winterlichen Brauchtum im alten Ostpreußen **Seite 11**

Das Ostpreußenblatt

Im Haus Kopernikus hatten Jugendliche Gelegenheit, ihre Deutschkenntnisse zu testen **Seite 13**

Lebensstil

Österreichs Skigebiete ködern deutsche Touristen mit neuen Bergbahnen **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Parteienlandschaft 2024 In mehreren Wahlen konnte die AfD zuletzt die etablierten politischen Parteien übertrumpfen. Dies könnte ein Menetekel für die sächsische Landtagswahl im September sein

Dramatisches Vorzeichen für ganz Sachsen

Nach spektakulärem Wahlsieg des AfD-Kandidaten in Pirna – Wird die „Brandmauer“ gegen die AfD fallen?

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 17. Dezember wurde der parteilose Tischlermeister und Restaurator Tim Lochner, der für die Alternative für Deutschland antrat, mit 38,5 Prozent der abgegebenen Stimmen zum neuen Oberbürgermeister der Kreisstadt Pirna vor den Toren der sächsischen Landeshauptstadt Dresden gewählt. Das war der dritte große Triumph der AfD im vergangenen Jahr nach den Siegen der Kandidaten Robert Sesselmann und Hannes Loth bei der Landratswahl im Kreis Sonneberg beziehungsweise der Bürgermeisterwahl im sachsen-anhaltischen Raguhn-Jeßnitz. Dieser Einschnitt wirft entscheidende Fragen auf: Wie wird sich Pirna unter Lochner entwickeln (siehe unten)? Und könnte das Votum in Pirna auch als Blaupause für ganz Sachsen dienen, wo dieses Jahr weitere bedeutsame Urnengänge anstehen, nämlich die Wahl zum EU-Parlament am 9. Juni und die sächsische Landtagswahl am 1. September? Die Beantwortung der letzteren Frage erfordert zunächst einen Rückblick auf die Vorgänge in der knapp 40.000 Einwohner zählenden Stadt Pirna.

Bereits im ersten Wahlgang am 26. November zeigte sich, dass die etablierten Parteien kaum noch Anklang bei den Bürgern finden, was auch für die erstmals in Sachsen so starke CDU gilt: Lochner erhielt 32,9 Prozent der Stimmen, der Hotelier Ralf Thiele von den Freien Wählern 23,2 Prozent. Erst danach rangierte die Referentin im sächsischen Innenministerium Kathrin Dollinger-Knuth von der CDU mit 20,3 Prozent, gefolgt vom parteilosen Stadtrat und Einzelkandidaten André Liebscher mit 13,7 Prozent sowie dem Rettungsassistenten Ralf Wätzig, den die SPD gemeinsam mit den Grünen und dem Segen der Linkspartei ins Rennen geschickt hatte, mit 9,9 Prozent. Mit anderen Worten: Die Bewerber im Namen der CDU, SPD, Grünen und Linken konnten nicht einmal mehr jeden dritten Wähler von sich überzeugen.

Ganz ähnlich lauteten auch die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs, bei dem nur

noch Lochner, Thiele und Dollinger-Knuth antraten: Diesmal erhielten Lochner und Thiele zusammen 68,6 Prozent der Stimmen, während für die CDU-Frau 31,4 Prozent der Wähler votierten.

Trend von Pirna könnte sich auf ganz Sachsen ausweiten

Es spricht einiges dafür, dass sich der in Pirna zu beobachtende Trend auf ganz Sachsen überträgt. Dieser besteht darin, neben der immer beliebter werdenden AfD auch die Freien Wähler zu favorisieren, weil diese ebenfalls eine ernsthafte politische Alternative zu den etablierten Parteien darstellen, die für viele Menschen nicht mehr wählbar sind. Die Linken und die Ampelparteien wegen ihrer extrem unpopulären Vorstellungen in puncto Wirtschafts-, Klima- und Asylpolitik und die CDU, weil sie im Bund ledig-

lich noch als zahnlos-knieeweiche Scheinopposition wahrgenommen wird.

Allerdings standen die Freien Wähler bei der vorerst letzten Umfrage vom 4. Dezember 2023 sachsenweit nur bei drei Prozent. Deshalb kommt es künftig sehr darauf an, ob das ebenso bemerkenswerte wie folgenreiche Verhalten von Thiele beim zweiten Wahlgang in Pirna über die Grenzen der Stadt hinaus wahrgenommen wird und sich dann auch in signifikanten Stimmenzuwächsen auszahlt.

Der Freie-Wähler-Kandidat Thiele hatte zunächst versucht, Dollinger-Knuth davon zu überzeugen, ihm zugunsten nicht mehr beim zweiten Wahlgang anzutreten, was die CDU-Bewerberin zurückwies, wonach sie sich umgehend die Unterstützung von SPD, Linken und Grünen sicherte. Daraufhin stellte Thiele in einem ausführlichen persönlichen Rund-

schreiben an die Pirnaer Bevölkerung die Frage, ob es tatsächlich im Interesse der Stadt und der Demokratie liege, einen AfD-Oberbürgermeister zu verhindern, indem „man den Wählerwillen ignoriert und ein zweifelhaftes Bündnis schmiedet ... Sollte man sich um jeden Preis, auch den der Aufgabe eigener Überzeugungen, den Weg ins Rathaus erzwingen, ... wenn das bisherige Wahlergebnis etwas anderes sagt?“

Steigbügelhalter der AfD?

Vor diesem Hintergrund kandidierte Thiele erneut – wohl wissend, dass er damit dem angeblich so „breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis“ hinter Dollinger-Knuth das Wasser abgrub und einen Wahlsieg des AfD-Kandidaten sehr viel wahrscheinlicher machte. Damit ist er für die einen zum „Steigbügelhalter der AfD“

geworden und für die anderen zum Mann der Stunde nach Lochner.

Angesichts der nunmehr bestehenden Situation in Sachsen könnte die Landtagswahl zu vier möglichen Ergebnissen führen. Variante Nummer Eins: Die „Brandmauer“ zwischen der CDU und der höchstwahrscheinlich wieder stark auftrumpfenden AfD fällt, wodurch eine bürgerliche Regierung mit solider Mehrheit zustande kommt. Eine solche Entwicklung ist vor allem dann denkbar, wenn die seit Oktober 1990 in Sachsen regierende CDU keine andere Möglichkeit mehr sieht, den kompletten Machtverlust zu verhindern, weil es vielen Wählern – so wie jetzt in Pirna – mittlerweile vollkommen gleichgültig ist, dass der Verfassungsschutz die sächsische AfD als „gesichert rechtsextremistische“ Partei einstuft.

Variante Nummer Zwei: Die CDU unter dem jetzigen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer wiederholt ihr taktisches Manöver vom Dezember 2019, als sie eine problematische Koalition mit den Grünen und der SPD einging, um die zweitstärkste politische Kraft, nämlich die AfD, welche mit 27,5 Prozent nur 4,6 Prozentpunkte hinter der CDU lag, in die Opposition zu drängen. Ob ein derartiger Coup noch einmal gelingt, hängt entscheidend vom künftigen Stimmenanteil der Grünen und der SPD ab, denn die erstmals in Sachsen mitregierende FDP rangiert im Freistaat nur noch unter „Sonstige“.

Variante Nummer Drei: Die Landtagswahlen im September replizieren das Pirnaer Ergebnis, das heißt, die AfD und die Freien Wähler dominieren. Dann könnten diese beiden politischen Kräfte ebenfalls eine stabile Regierung bilden, womit gleichermaßen das Ende der mittlerweile äußerst unbeliebten Kenia-Koalition an der Elbe gekommen wäre.

Variante Nummer Vier: Kretschmer von der CDU macht nicht den gleichen Fehler wie seine Parteigenossin Dollinger-Knuth in Pirna und ergreift die ausgestreckte Hand der Freien Wähler, wenn diese einen deutlichen Stimmenzuwachs erzielen.



Nach der Oberbürgermeisterwahl im sächsischen Pirna am 17. Dezember: Der von der AfD aufgestellte Kandidat Tim Lochner (l.) freut sich mit Jörg Urban, Vorsitzender der AfD in Sachsen, über den Wahlsieg

Foto: pa

REAKTIONEN AUF DIE PIRNA-WAHL

Dunkle Warnungen, Geschäftsschädigung und offene Drohungen

Vor allem Grüne und Linke zeigten sich als schlechte Verlierer – OB kündigt populäre Maßnahmen an

Alarmismus allenthalben: Nachdem der für die AfD kandidierende Handwerksmeister Tim Lochner, der fest im Wirtschafts- und Vereinsleben Pirnas verwurzelt ist und früher der CDU angehört hatte, zum neuen Oberbürgermeister der Kreisstadt gewählt worden war, präsentierten einen Bürger der Stadt, der sagte, er wage sich nun „wegen der Nazis“ nicht mehr auf die Straße.

Darüber hinaus hagelte es unzählige Warnungen von verschiedensten Seiten: Unter Lochner drohe eine „Politik der sozialen Kälte“, warnte die Kreisvorsitzende der Linkspartei, Lisa Thea Steiner, während der Grünen-Bundestagsabgeordnete Kassem Taher Saleh prognostizierte: „Leiden werden die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft, Geflüchtete, der Wohlstand und das Image der Stadt.“ Und die „Süddeut-

sche Zeitung“ suggerierte sogar, dass Lochner einen Ausverkauf Pirnas an chinesische Großinvestoren einleiten könnte.

Ende grüner Verkehrsträume

Dabei kündigte der neue Oberbürgermeister der Stadt bislang nur wenig spektakuläre, aber dafür populäre Maßnahmen an: Er werde als erstes den Dienstwagen für das Stadtoberhaupt einmotten und dann den „grünen Verkehrsträumen“ ein Ende setzen.

Dazu gehöre die Abschaffung des kostenlosen Parkens für E-Fahrzeuge und unsinniger Regelungen zugunsten von Fahrradfahrern, der Stopp der Errichtung von steuerfinanzierten Fahrradgaragen und das Ende der ständigen Verknappung von Parkplätzen in Kombination mit Erhöhungen der Parkgebühren. Stattdessen solle die Zahl der Parkmöglichkeiten in

der Stadt verdoppelt werden. Und auch im Rathaus, dessen historisches Portal Lochner früher sogar selbst restauriert hat, will das neue Stadtoberhaupt für frischen Wind sorgen. So beispielsweise durch eine bessere Erreichbarkeit der Ämter für die Bürger sowie den Verzicht auf politische Gesten wie das Hissen von Regenbogenfahnen oder die Teilnahme an Klimaschutz-Wettbewerben.

Ebenso dürfte er alles ihm Mögliche versuchen, um die Zahl der Immigranten in Pirna, die sich derzeit bereits auf gut 3100 beläuft, nicht noch weiter anwachsen zu lassen. Darauf deutet sein Verweis darauf hin, dass es mittlerweile Schulklassen in Pirna mit einem Ausländeranteil von 38 Prozent gebe, weshalb man durchaus vom „Austausch der einheimischen Bevölkerung“ sprechen könne. Außerdem kündigte Lochner an, die Mitarbeiter im Rathaus

„Leiden werden die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft, Geflüchtete, der Wohlstand und das Image der Stadt“

Kassem Taher Saleh
Grünen-Bundestagsabgeordneter

„auf Loyalität zu prüfen“. Den Anlass für diese Maßnahme dürften die hasserfüllten Reaktionen auf seine Wahl gegeben haben.

Während ein Leipziger Grünen-Politiker der britischen Luftwaffe nahelegte, Pirna wie einst Dresden zu zerstören, und der ehemalige MDR-Moderator und prominente Wettermann Jörg Kachelmann Lochners Wähler als „faschistoides Pack“ bezeichnete, sieht sich der neue Pirnaer Oberbürgermeister massiven persönlichen Bedrohungen seitens der Antifa ausgesetzt.

Überdies werden seine Firma sowie sein Ferienhof Lohengrin im Internet mit schlechten Bewertungen bombardiert. Und die politische Konkurrenz wartet selbstverständlich auf Fehler Lochners. Vor diesem Hintergrund möchte sich der Attackierte offenbar der vollen Loyalität im eigenen Haus versichern. W.K.

„Wir brauchen eine ehrliche Debatte“

Über jüngste russische Offensivvorstöße im Ukrainekrieg, die fragwürdige Unterstützungsbereitschaft im Westen und die mögliche Wiedereinsetzung der Wehrpflicht in Deutschland

IM GESPRÄCH MIT
GENERAL A.D. HARALD KUJAT

Seit Ausbruch des Ukrainekrieges befragt die PAZ in unregelmäßigen Abständen den früheren Generalinspekteur der Bundeswehr zum Stand der Dinge. Auch diesmal zeichnet er ein deutlich nüchterneres Bild als die meisten deutschen Medien.

Herr Kujat, als wir uns zuletzt im Herbst unterhielten, sagten Sie, dass die Russen nach dem Scheitern der ukrainischen Sommeroffensive ihrerseits im Winter, wenn die Böden gefroren sind, zu einer Offensive übergehen könnten. Tatsächlich waren in den Tagen vor Weihnachten russische Angriffsaktivitäten zu beobachten. Ist das die erwartete Offensive?

Die Russen gehen anders vor als die Ukrainer. Sie agieren aus ihrer strategischen Defensive schrittweise, fast tastend, wodurch ihre Verluste deutlich geringer sind als die der Ukrainer. Aber seit Anfang Dezember sind eindeutig Vorstöße erkennbar. Ein erster, eher symbolischer Erfolg ist die Einnahme von Marjinka, ein Vorort von Donezk. Das liegt auf der Linie der russischen Strategie, die von Präsident Putin im September 2022 annektierten Verwaltungsgebiete Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson einzunehmen. Insofern ist mit weiteren russischen Vorstößen zu rechnen, aber eben schrittweise.

Wie schätzen sie die Erfolgsaussichten des jetzigen Vorgehens der Russen ein?

Ich halte es für wahrscheinlich, dass es ihnen gelingen wird, die vier genannten Regionen vollständig zu erobern. Ob sie darüber hinaus versuchen werden, auch Odessa und Charkiw einzunehmen, ist für mich noch nicht klar. Beides würde strategisch Sinn ergeben: Odessa, weil die Russen damit den Zugang der Ukraine zum Schwarzen Meer kappen würden, und Charkiw, weil es ein bedeutendes Zentrum ist. Ich plädiere deshalb seit geraumer Zeit für einen Waffenstillstand und einen Verhandlungsfrieden. Je länger es dauert, bis dieser zustande kommt, umso größer ist das Gebiet, das Russland dann besetzt halten und nicht mehr herausgeben wird.

Haben die Russen überhaupt die Kräfte für größere Offensivvorstöße? Laut den meisten deutschen Medien sind sie immer kurz vor dem Ende.

Viele Journalisten – und auch Politiker – lassen sich in ihren Aussagen von dem Wunsch leiten, dass die Ukraine gewinnen muss. Doch ändert dies nichts an der realen Lage. Die russischen Streitkräfte sind heute wesentlich stärker als zu Beginn des Krieges.

Russland hat seit Kriegsbeginn einmal, im Herbst 2022, eine große Mobilisierungswelle durchgeführt und dadurch etwas über 300.000 frische Kräfte rekrutiert. Die Ukraine hingegen hat mehrere Mobilisierungswellen durchgeführt und muss nun erneut eine größere Mobilisierung durchführen, ein offenes Eingeständnis der schweren Verluste. Genaue Zahlen nennt natürlich keine Seite. Doch die Tatsache, dass Russland sogar eine neue Armee aufstellen konnte, während die Ukraine nun versucht, die ins Ausland geflohenen Wehrpflichtigen zu rekrutieren, weil das Personal im eigenen Land nicht ausreicht, lässt klare Rückschlüsse auf die Lage der beiden Kriegsparteien zu.

Dennoch konnte die Ukraine zum Jahreswechsel die Zerstörung eines russischen Kriegsschiffes auf der Krim vermelden, was von einigen Kommentatoren umgehend als „möglicher Wendepunkt“ gewertet wurde. Natürlich sind die ukrainischen Streitkräfte – wie jede unterlegene Armee in anderen



Zeichen für eine Wende im Krieg? Russische Offensivvorstöße im Donbass im Dezember 2023

Foto: action press

Kriegen auch – weiterhin in der Lage, dem Gegner Verluste zuzufügen. Doch ändert dies nichts an der strategischen Lage, dass sie nicht mehr fähig sind, einen offensiven Landkrieg zu führen. Deshalb hat sich die Ukraine jetzt offensichtlich zu einer Guerillataktik entschlossen, mit Sabotageakten, Attentaten und Angriffen auf russische Züge und Tunnel.

Fakt ist, dass die militärische Lage der Ukraine nach fast zwei Jahren Krieg und einer mit großen Erwartungen verbundenen, aber letztlich doch gescheiterten Offensive kritisch ist. Hinzu kommt, dass die Unterstützung im Westen bröckelt. Der US-Kongress ist bislang nicht bereit, weitere für die Ukraine vorgesehene 61 Milliarden Dollar freizugeben. Auch das von der EU geplante 50-Milliarden-Euro-Hilfspaket ist nicht freigegeben. Zudem gärt es inzwischen auch in der Ukraine, die Unterstützung für Präsident Selenskyj ist deutlich gesunken. Und die Spannungen zwischen ihm und dem militärischen Oberbefehlshaber, General Saluschnyj, sowie dem Bürgermeister Kiwys, Klitschko, steigen.

Sie hatten unseren Lesern im Sommer das russische Konzept der strategischen Defensive erläutert, zu dem ein tief gestaffeltes Verteidigungssystem gehört, das für die Angreifer kaum überwindbar ist und ihnen zugleich hohe Abnutzungsverluste zufügt. Ist die Ukraine nun ihrerseits zu solch einer strategischen Defensive in der Lage, um die russischen Angriffe aufzuhalten?

Russland hatte bis zum Beginn der ukrainischen Offensive viel Zeit, seine tief gestaffelten Verteidigungslinien mit Minen, befestigten Unterständen und Panzersperren auszubauen. Die ukrainischen Streitkräfte hingegen waren in den letzten Monaten in der Offensive – und somit nicht in der Lage, eine massive Verteidigungslinie zu errichten. Deshalb können sie ihre Verteidigung zunächst nur als Verzögerungsgefecht führen, um so die Dynamik des Angriffs der Russen zu reduzieren und deren Vorstoß zu verlangsamen; nicht zuletzt, um Zeit für den Ausbau fester Verteidigungsstellungen zu gewinnen.

Sie haben bereits erwähnt, dass der US-Kongress bis dato weitere Militärlieferungen für die Ukraine verweigert. Halten Sie in dieser Frage noch eine Bewegung für möglich, oder wird der wichtigste Unterstützer der Ukraine schon bald ausfallen?

Das ist schwierig zu beurteilen. Schon jetzt ist absehbar, dass der Krieg Gegenstand des

Wahlkampfes für die nächste Präsidentschaftswahl sein wird. In wenigen Tagen starten in Iowa die Vorwahlen der Republikaner. Deren aussichtsreichster Bewerber Donald Trump hat wiederholt erklärt, im Falle einer erneuten Wahl den Krieg durch die Einstellung aller US-Hilfen umgehend zu beenden.

Selbst Präsident Joe Biden scheint unsicher, ob er seine Zusagen auf Dauer halten kann. Sagte er im Dezember 2022 beim Selenskyj-Besuch in Washington noch, die USA würden die Ukraine „as long as it takes“ („so lange wie notwendig“) unterstützen, sprach er zuletzt angesichts der Haushaltslage davon, Kiew „as long as we can“ („so lange, wie wir können“) zu unterstützen. Das ist ein gravierender Unterschied.

Hinzu kommt, dass die USA mit anderen Konflikten konfrontiert sind, etwa dem Nahostkrieg und dessen mögliche Ausweitung auf den Libanon oder sogar einem militärischen Konflikt mit dem Iran. Zudem hat der Ukrainekrieg die Rivalität mit China und die Risiken eines Krieges um Taiwan vergrößert. Ein Blick in den US-Verteidigungsetat für 2024 zeigt deutlich, dass sich die Amerikaner künftig verstärkt dieser Herausforderung zuwenden. Der damalige Befehlshaber des US-Strategic Command, Admiral Charles Richard, bezeichnete im vergangenen Jahr den Ukrainekrieg „als das Aufwärmen“, in einem Konflikt mit China würden die USA „auf eine Weise getestet werden, wie wir es schon lange nicht mehr erlebt haben“.

Verteidigungsminister Boris Pistorius hat unlängst als Reaktion auf die weltpolitische Lage gefordert, dass unsere Streitkräfte wieder „kriegstüchtig“ werden müssten. Wie schätzen Sie die Lage der Bundeswehr ein?

Es stimmt, dass die Bundeswehr nicht in der Lage ist, einen substantiellen Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung zu leisten – und das schon seit über zwölf Jahren, seit der „Neuausrichtung“ von 2011. Diesen Irrweg gilt es – unabhängig von irgendwelchen Bedrohungsszenarien – zu korrigieren und die Bundeswehr wieder zur Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO zu befähigen. Die Erfüllung des Verfassungsauftrags, Frieden, Freiheit, Sicherheit und territoriale Integrität zu schützen und zu bewahren, reicht vollkommen aus.

Eine feste Säule der Landesverteidigung in Deutschland war seit den Befreiungskrie-

gen bis zu ihrer Aussetzung 2011 die Wehrpflicht. Brauchen wir auch eine Debatte über deren Wiedereinsetzung?

Wir brauchen vor allen Dingen eine ehrliche Debatte darüber. Ich möchte an ein Wort des großen preußischen Heeresreformers Gerhard von Scharnhorst erinnern: „Alle Bürger eines Staates sind geborene Verteidiger deselben.“

Die Wehrpflicht ist ausschließlich aus finanziellen Gründen ausgesetzt worden. Einer ihrer großen Vorteile ist, dass wir durch sie nicht nur zahlenmäßig die benötigten Soldaten für die Regeneration der Streitkräfte bekommen, sondern auch die richtigen Leute. Die Wehrpflichtigen kannten die Truppe – und die Einheiten der Bundeswehr kannten die Bewerber. Beide Seiten wussten also, ob sie zueinander passten. Nur die Wehrpflicht sichert durch ein leistungsfähiges Reservistenpotential und eine aufwuchsfähige Streitkräftestruktur dauerhaft den erforderlichen Verteidigungsumfang.

Zur Debatte über die Wehrpflicht gehört allerdings auch die Frage, wie diese gestaltet wird. Immer wieder wird das schwedische Modell genannt, bei dem alle Wehrpflichtigen gemustert werden, jedoch nur ein bestimmter Teil eingezogen wird. In Schweden hat sich das Modell bewährt. Ob es in Deutschland durchsetzbar ist, muss geprüft werden.

Wie schätzen Sie die Debatte zum Thema Sicherheitspolitik in Deutschland ein? Hat sich das Bewusstsein dafür seit Ausrunderung der „Zeitenwende“ durch den Bundeskanzler verbessert?

Ich denke, dass sich die Dinge eher zum Negativen entwickelt haben. Obwohl es bei Krieg und Frieden um elementarste Fragen geht, herrscht in Politik und Medien eine erschreckende Eindimensionalität und ein großes Kompetenzdefizit vor, das oft einhergeht mit einer ideologischen Verengung.

Obwohl kein ernsthafter westlicher militärischer Führer jemals gesagt hat, dass die Ukraine Russland militärisch besiegen könne – US-General Milley, der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff, erklärte bereits im November 2022, dass die ukrainischen Streitkräfte erreicht haben, was sie vernünftigerweise auf dem Schlachtfeld erwarten konnten, und dass die Ukraine deshalb versuchen sollte, dieses Ergebnis am Verhandlungstisch zu sichern – wird insbesondere in Deutschland diese These noch immer vehement vertreten und die Ukraine bedenkenlos darin bestärkt, bis zum bitteren Ende weiterzukämpfen. Nach wie vor wird auch der Unsinn verbreitet, die Ukraine verteidige unsere Freiheit und Sicherheit. Und seit sich Informationen über die wahre militärische Lage durchsetzen, wird nun „das Ende der Welt, wie wir sie kennen“ prophezeit und gesagt, wenn Russland den Krieg gewönne, „wäre niemand in Europa mehr sicher“.

Wie oben bereits angedeutet, rechne ich in den nächsten Monaten mit einer grundlegenden Änderung der US-amerikanischen Ukrainestrategie. Biden kann nicht riskieren, dass ein Misserfolg in Osteuropa seine Wiederwahl gefährdet. Deshalb gehe ich davon aus, dass die USA ohne große öffentliche Resonanz von der Unterstützung des Ziels eines ukrainischen militärischen Sieges über Russland abrücken und stattdessen die Verbesserung der Ausgangslage für Verhandlungen zur Beendigung des Krieges anstreben. Auch wenn ein Waffenstillstand eine Teilung des Landes bedeuten würde, könnten die Amerikaner dann behaupten, Putin gestoppt zu haben. Und immerhin wäre dies ein Ansatz, der hoffen ließe, dass sich endlich die Vernunft durchsetzt, auch wenn es noch ein langer, hindernisreicher Weg zu einer dauerhaften Friedenslösung ist.

Das Gespräch führte René Nehring.

„Obwohl kein ernsthafter westlicher militärischer Führer jemals gesagt hat, dass die Ukraine Russland militärisch besiegen könne, wird insbesondere in Deutschland diese These noch immer vehement vertreten und die Ukraine bedenkenlos darin bestärkt, bis zum bitteren Ende weiterzukämpfen“

Zur Person

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

● MELDUNGEN

Strompreise
steigen enorm

Berlin – Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) rechnet nach den Entscheidungen der Ampelkoalition zum Bundeshaushalt mit einem sprunghaften Anstieg der Strompreise. Laut Berechnungen der Kammer muss die Wirtschaft bei den Strompreisen mit Steigerungen um die zehn bis 20 Prozent rechnen. Nach Angaben von DIHK-Präsident Peter Adrian führt unter anderem das von der Ampel angekündigte Ende der Bezuschussung der Übertragungsnetzentgelte dazu, dass bei Betrieben aus nahezu allen Branchen und Größenordnungen die Strompreise sprunghaft steigen werden. Klaus Müller, Leiter der Bundesnetzagentur, hat zudem prognostiziert, die Zeiten billiger Strompreise seien vorbei. Der Grüne verwies dabei auf wegfallende Zuschüsse des Bundes, die Erhöhung der Netzgebühren, das Steigen der Mehrwertsteuer auf Gas und den Anstieg der Kohlendioxidsteuer. **H.M.**

Einbruch bei
Online-Zugriff

Berlin – Die Leitmedien, die unter dem Vorwurf der Realitätsverleugung und einseitigen politischen Ausrichtung bereits einen massiven Absatzeinbruch bei den Printmedien erlebt haben, sehen sich nun auch mit starken Rückgängen beim Zugriff auf ihre Online-Angebote konfrontiert. Die Zahl der Aufrufe beim „Spiegel“ sank im Oktober und November 2023 um 24 Prozent. Ähnlich betroffen waren die „Zeit“ mit 23 und die „Süddeutsche Zeitung“ mit 20 Prozent. Parallel hierzu mussten auch die Internet-Nachrichtenportale von t-online, ntv und RTL Einbußen zwischen 23 und 35 Prozent hinnehmen. Dahingegen fanden die Online-Angebote der „Bild“-Zeitung und des „Focus“ steigendes Interesse. Im ersten Falle lag der Zuwachs bei drei und im letzteren Falle bei acht Prozent. „Bild“ und „Focus“ halten deutlich mehr Distanz zur Regierungslinie als die eingangs erwähnten Organe. **W.K.**

Pfand auf
Milchbehälter

Berlin – Die Bundesregierung hat zu Beginn dieses Jahres die Pfandpflicht ausgedehnt. Betroffen sind Milch- und Milchmischgetränke sowie sonstige trinkbare Milcherzeugnisse in Kunststoffflaschen. Vorher gab es Pfand nur für Milchgetränke in Dosen. Eckhard Heuser, Hauptgeschäftsführer im Milchindustrie-Verband (MIV), kritisiert das: „Plastikflaschen für Milch gehören in den gelben Sack und nicht in die Rücknahmeautomaten“. Ab diesem Jahr soll es keine pfandfreien PET-Flaschen oder Getränkedosen mehr geben. Für Milch und Milchmischgetränke in Einweg-Plastikflaschen müssen Kunden dann 25 Cent mehr bezahlen. Schon jetzt gibt es Forderungen, die Milchbehälter vor der Rückgabe unter fließendem Wasser zu reinigen, da sich in den Supermärkten sonst ein penetranter Gestank ausbreiten könnte. Durch die Restflüssigkeit könnten zudem Automaten verunreinigt werden. **F.B.**



Regierung sucht Soldaten: Rekruten des Wachbataillons legen vor dem Reichstagsgebäude ihr feierliches Gelöbnis ab

BUNDESWEHR

Debatte um die Wehrpflicht

Das Ziel, den Personalbestand der Armee anzuheben, wird nicht erreicht

VON PETER ENTINGER

Das kleine Schweden ist in diesen Tagen in aller Munde. Egal, ob in Fragen der Energiesicherheit oder Migration. Immer häufiger taugen die Skandinavier als Vorbild. Und nun gilt das auch für die Verteidigung. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat kürzlich eine Art Wiedereinführung der Wehrpflicht nach schwedischem Modell vorgeschlagen. Dort werden alle jungen Männer und Frauen gemustert. Denn der Bundeswehr fehlen Soldaten weg.

Ursprünglich hatte Pistorius angekündigt, den Personalbestand der Armee bis zum Jahr 2030 auf 203.000 anzuheben. Doch nun scheint es so, als sei nicht einmal die aktuelle Stärke von gut 180.000 Soldaten zu halten. „Es ist sehr fraglich, ob mit den bisherigen Maß-

nahmen und Ansätzen das ausgegebene Ziel, die Bundeswehr bis 2031 auf 203.000 Soldatinnen und Soldaten zu vergrößern, erreicht werden kann“, sagte die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Eva Högl (SPD). Es brauche eine erhebliche Kraftanstrengung, um die Bundeswehr für junge Leute attraktiver zu machen und mehr Nachwuchs zu gewinnen.

Vorbild Schweden

Die Wehrpflicht war in Deutschland im Jahr 2011 nach 55 Jahren ausgesetzt worden. Pistorius hatte das kurz nach seinem Amtsantritt als Fehler bezeichnet, den man aber nicht im Handumdrehen korrigieren könne. Auch jetzt sagt er: „Aber jedes Modell, egal welches, braucht auch politische Mehrheiten.“

Der Blick nach Schweden zeigt, wie es funktionieren könnte. Dort setzte man

2010 die Wehrpflicht aus und merkte nur wenige Jahre später, dass es der Armee an Personal fehlt. Im März 2017 führte die schwedische Regierung schließlich die Wehrpflicht wieder ein. Die Resonanz war bemerkenswert. Am Tag der Wiedereinführung bewarben sich drei Mal mehr Menschen als zuvor. Schweden hatte sich bereits in dieser Zeit von Russland bedroht gefühlt. Und der Blick auf die Sicherheit des Landes sorgte für eine Debatte, in deren Verlauf das Ansehen der Armee wieder stieg.

Ob das auch für Deutschland gelten könnte, ist fraglich. „In Schweden werden alle jungen Frauen und Männer gemustert, und nur ein ausgewählter Teil von ihnen leistet am Ende den Grundwehrdienst. Ob so etwas auch bei uns denkbar wäre, ist Teil dieser Überlegungen“, sagte Pistorius mit Blick nach Nordeuropa.

ENERGIEVERSORGUNG

„XXL-Strompreise“ in Deutschland

Frankreich verteuert Atomstrom um 67 Prozent – Windräder und Solaranlagen liefern kaum Energie

In den letzten Wochen bezog die Bundesrepublik zeitweise bis zu zehn Gigawattstunden Strom pro Tag aus dem Ausland, also rund 15 Prozent des durchschnittlichen Gesamtbedarfes der privaten und industriellen Verbraucher hierzulande. Das resultierte aus der mangelnden Leistung der Windräder und Solarkollektoren bei der zu dieser Jahreszeit naturgemäß oft vorkommenden Dunkelflaute.

Ein erheblicher Teil der Importe aufgrund der eigensinnigen Energiepolitik der Ampel-Koalitionäre bestand aus Atomstrom, den Kernkraftwerke in Frankreich produzierten. Deshalb befürchten Experten ab 2026 „XXL-Strompreise“ in Deutschland. Denn die Regierung in Paris und der Energiekonzern Électricité de France (EDF), dessen Aktien sich seit dem Mai vergangenen Jahres zu 100 Prozent im Besitz des franzö-

sischen Staates befinden, haben angekündigt, dass der Preis für Elektroenergie aus den 56 kommerziell betriebenen Kernreaktoren unseres Nachbarlandes 2026 um 67 Prozent steigen soll.

Wettbewerbsbedenken seitens der Europäischen Union

Begründet wurde dieser drastische Schritt mit der Notwendigkeit der Harmonisierung der Energiepreise in Frankreich sowie Wettbewerbsbedenken seitens der Europäischen Union. Der vom Staat gestützte Preis für den Atomstrom liege deutlich unter den tatsächlichen Produktionskosten, was Brüssel neuerdings als unerlaubte Beihilfe wertet. Tatsächlich aber gibt es noch einen weiteren Faktor, der die angekündigte Strompreiserhöhung zwingend nötig macht.

Die Aufwendungen von Électricité de France für den Druckwasserreaktor der

dritten Generation EPR im Kernkraftwerk Flamanville auf der Halbinsel Cotentin am Ärmelkanal sind regelrecht explodiert. Der Meiler sollte eigentlich schon 2012 fertiggestellt sein und 3,3 Milliarden Euro kosten. Allerdings ging er bis heute nicht in Betrieb, obwohl das Projekt mittlerweile über 18 Milliarden Euro verschlungen hat. Dennoch sind sechs weitere EPR geplant, für die Paris nochmals 59 Milliarden bereitstellen will. Dabei geht der französische Rechnungshof bereits jetzt von 100 Milliarden aus, während einige Oppositionspolitiker sogar 150 Milliarden für realistisch halten.

EDF hat einen Milliarden-Schuldenberg angehäuft

Darüber hinaus hat die EDF inzwischen einen Schuldenberg von 68,8 Milliarden Euro aufgehäuft – nach Rekordverlusten

Zuvor hatte er davon gesprochen, dass Deutschland aufgrund des Ukraine-Kriegs „kriegstüchtig“ werden müsse. Doch die Resonanz hielt sich in engen Grenzen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte vorher schon gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht argumentiert und der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich stellt sich gar offen gegen den Verteidigungsminister. „Zum jetzigen Zeitpunkt sollten wir in erster Linie daran arbeiten, die Bundeswehr attraktiver zu machen. Sie muss besser ausgerüstet werden, Kasernen müssen instandgesetzt werden. Darauf sollten wir uns konzentrieren“, sagte er und spielte damit auf den vermeintlich unattraktiven Arbeitsplatz Bundeswehr an.

Ohnehin sei Deutschland als Verursacher zweier (!) Weltkriege gut beraten, eher darüber zu debattieren, wie man zu Frieden kommen könne, so Mützenich. Die SPD-Vorsitzende Saskia Eisen sorgte unterdessen für Erstaunen, weil sie der Bundeswehr attestierte, sie sei als Berufsarmee gut aufgestellt und müsse lediglich weiterentwickelt werden.

SPD ist gegen die Wiedereinführung

So gehört nicht viel Phantasie dazu, um zu ahnen, dass es unter den derzeitigen „Ampel-Verhältnissen“ nicht zu einem Comeback der Wehrpflicht kommen wird. Während man in der SPD wenigstens darüber diskutiert, stellt sich der grüne Koalitionspartner komplett taub.

Das hat allerdings gute Tradition. Die Abschaffung der Wehrpflicht stand von Beginn an auf der grünen Agenda. Umgesetzt haben sie allerdings die Union und die FDP, die auch heute auf Abstand geht: „Die Wiedereinführung einer Dienstpflicht wäre ein schwerer Eingriff in die Freiheit junger Menschen, die sich beruflich orientieren wollen. Die Bundeswehr ist im Übrigen darauf auch gar nicht mehr ausgelegt“, sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Dürr.

Seine Parteifreundin, die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag Marie-Agnes Strack-Zimmermann, sprach sich ebenfalls gegen die Wehrpflicht aus und lieferte eine Argumentation, bei der einem Angst und Bange werden muss mit Blick auf die Wehrfähigkeit der Bundesrepublik. Es fehle an ausreichend Kasernen und an Personal, um eine Wiedereinführung der Wehrpflicht durchzuführen. Diese Feststellung ist bemerkenswert. Denn zu Beginn des Ukraine-Kriegs war Strack-Zimmermann durchaus aufgeschlossen und sprach von einem Instrument, das im Spannungs- oder Verteidigungsfall wieder aktiviert werden könne.

von fast 18 Milliarden allein im Jahre 2022. Deswegen wurde der Konzern vergangenen Jahr auch komplett rückverstaatlicht, nachdem kaum noch ein Aktionär Interesse an dem maroden Unternehmen gezeigt hatte. Das kostete den französischen Staat fast zehn Milliarden Euro.

Nicht nur aus diesem Grund ist fraglich, ob es bei der Erhöhung um 67 Prozent bleiben wird. Schließlich sind bereits jetzt kräftige Aufschläge auf den Strompreis fällig, die diesen weiter nach oben treiben: 20 Prozent beträgt die Mehrwertsteuer, dazu kommen noch der sogenannte Beitrag zur Stromversorgung von weiteren 20 Prozent sowie 5,5 Prozent Durchleitungsgebühr. Selbst das könnte noch nicht das Ende der Fahnenstange sein, wenn die Regierung in Paris weitere Geldquellen erschließen muss. **Wolfgang Kaufmann**

WOHNUNGSMARKT

Das Schlimmste kommt erst noch

Wohnraummangel droht sich weiter zu verschärfen: Ist Berlin auf dem Weg zu Londoner Verhältnissen?

VON HERMANN MÜLLER

Geht es um bezahlbare Wohnungsmieten, dann gilt Großbritanniens Hauptstadt aus Sicht der Mieter als Albtraum schlechthin. Kaltmieten von umgerechnet 1600 Euro für eine durchschnittliche Wohnung und mehr sind in London mittlerweile keine Seltenheit mehr. Selbst Olaf Scholz warnte noch zu seiner Amtszeit als Bundesfinanzminister vor Zuständen wie auf dem Wohnungsmarkt in Britanniens Hauptstadt: „Wenn wir nicht Verhältnisse wie in London wollen, wo selbst Anwälte und Ärzte in Wohngemeinschaften leben, weil sie sich keine eigene Wohnung leisten können, müssen wir dagegen etwas unternehmen.“

Tatsächlich zählen die Wohnungsmieten an der Themse zu den höchsten in der Welt. Als Folge des hohen Mietpreisniveaus mussten in einigen Vierteln Londons sogar schon Schulen schließen, weil sich kaum noch Familien mit Kindern das Wohnen in einigen Innenstadtvierteln leisten können.

Das Immobilien-Beratungsunternehmen Catella stellte bei einem europaweiten Vergleich fest, dass Interessenten für Mietwohnungen in London eine durchschnittliche Kaltmiete von 33,10 Euro pro Quadratmeter zahlen müssen. Bei den deutschen Metropolen führte München mit 21,50 Euro je Quadratmeter. Für Berlin ermittelte das Beratungsunternehmen eine durchschnittliche Kaltmiete von 16 Euro bei Neuvermietungen.

Weniger Baugenehmigungen

Noch also ist der Unterschied bei den Mietpreisen zwischen London und Berlin beträchtlich. Allerdings sind auch in Berlin Entwicklungen erkennbar, die den Mietmarkt in London zu einem der teuersten der Welt gemacht haben. Beide Metropolen haben es trotz massiven Zugzugs beispielsweise nicht geschafft, in ausreichendem Maß Wohnungen, insbesondere für die Mittelschicht und Geringverdiener, zu bauen.

Wie der Bund hat auch das Land Berlin im Jahr 2023 erneut seine Wohnungsbauziele verfehlt. Vorgenommen hatte sich der Berliner Senat im vergangenen Jahr, dass in der Hauptstadt 20.000 neue Wohnungen gebaut werden sollten. Tatsächlich



Chancen schwinden: Interessenten vor einer Wohnungsbesichtigung in Berlin-Neukölln

Foto: akg-images

entstanden sind aber nur rund 16.000 Einheiten. Diese Zahl ist noch alarmierender, als es auf den ersten Blick scheint: Bis Projekte entwickelt sind und Baugenehmigungen vorliegen, vergehen drei bis fünf Jahre. Dies bedeutet, dass die 2023 entstandenen Wohnungen noch zu Zeiten geplant wurden, als die Rahmenbedingungen wesentlich besser waren als derzeit.

Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass sich die aktuelle Krise in der Wohnungsbaubranche erst in einigen Jahren mit ganzer Wucht bemerkbar machen wird. Schon jetzt befindet sich die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen quasi im freien Fall. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts lag die Anzahl genehmigter Wohnungen von Januar bis Oktober 2023 um 26,7 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. Die im vergangenen Jahr von Bundesregierung und Berliner Senat verfehlten Neubauzahlen sind damit nur ein Vorgeschmack auf die Lage auf dem Wohnungsmarkt, die in einigen Jahren droht.

Aus Berlin und Potsdam wird inzwischen über eine weitere alarmierende Entwicklung berichtet. In beiden Städten steht wegen der hohen Nachfrage nach Wohnraum immer weniger Wohnraum leer. In begrenztem Maß ist Leerstand aber notwendig, damit interessierte Mieter überhaupt umziehen können – sei es wegen der Miethöhe, der Wohnungsgröße oder weil sie zuziehen wollen.

In der Branche gilt daher eine Leerstandsquote von drei Prozent als wünschenswerte sogenannte Mobilitätsreserve. Schon Ende 2022 wurden allerdings aus Berlin und Potsdam Quoten gemeldet, die nur noch eine Null vor dem Komma hatten. In beiden Großstädten ist damit der Markt für Mietwohnungen aus Sicht von Experten nahezu eingefroren, da kaum noch Umzüge stattfinden.

Das Umland wirbt um Zuzügler

Ventil in dieser Lage auf dem Wohnungsmarkt ist für immer mehr Mieter das Ausweichen ins Umland oder sogar in den entlegeneren ländlichen Raum. Aus Berlin

sind 2022 mehr als 33.000 Menschen ins Umland gezogen. Der Städte- und Gemeindebund hatte bereits im vergangenen Jahr darauf aufmerksam gemacht, dass „über 1,3 Millionen marktfähige Wohnungen, insbesondere in ländlichen Regionen, leer stehen“. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, regte in diesem Zusammenhang an, „Regionen mit guten Verkehrsverbindungen, etwa durch neue oder reaktivierte Bahnstrecken, besser zu erschließen, damit die Menschen dort gut und preiswert wohnen und leben können“.

Eine Stadt, die mit günstigen Mieten und einer guten Bahnanbindung bereits seit Jahren für sich wirbt, ist das brandenburgische Wittenberge. Die Elbestadt an der Eisenbahnlinie Berlin-Hamburg hat im November im Rahmen einer „Brandenburger Zuzugswoche“ auch in diesem Jahr Interessenten eingeladen, „die Prignitz auf Probe“ kennenzulernen. Ähnliche Aktionen haben Calau in der Niederlausitz, die Neißestadt Guben und der Landkreis Märkisch-Oderland organisiert.

GASTRONOMIE

Podolski eröffnet Dönerbude am „Kotti“

Der langjährige Fußballnationalspieler mischt schon länger im Schnellgericht-Geschäft mit

Der frühere deutsche Fußballnationalspieler Lukas Podolski wird in Februar oder März in Kreuzberg am Kottbusser Tor eine Dönerbude eröffnen. Bereits seit 2018 betreibt Podolski zusammen mit Metin und Salih Dag die Dönerkette „Mangal“, deren Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen liegt. Allein in Köln betreibt „Mangal“ zehn Buden, in Düsseldorf drei und in Bonn zwei. Dabei verdient der inzwischen 38-Jährige zurzeit sein Geld (immer) noch als Profi-Fußballer bei Górnik Hindenburg [Zabrze] in der ersten polnischen Liga. In dem Verein spielen drei weitere Deutsche.

Viele Fußballspieler versuchen sich nach ihrem Karriereende als Trainer, andere wie Oliver Kahn als Fußballkommentatoren und -funktionäre oder eröffnen wie Christoph Metzelder und Arne Friedrich eine Werbeagentur.

Podolski zieht es in die türkische Schnellgericht-Branche: „Ich bin kein Anzugträger, deswegen würde ein Fünf-Sterne-Restaurant gar nicht zu mir passen. Als Kind der Straße habe ich schon immer gerne Döner gegessen. Andere Leute spielen lieber Golf oder haben ihre Hobbys, ich habe eben Spaß an meinen Projekten ... Schon als Kind habe ich Döner geliebt. Ich will den Döner nicht neu erfinden, aber die Zutaten müssen immer frisch und von hoher Qualität sein. Auch das gewisse Flair des Ladens ist mir wichtig“, so der Sportler.

Currywurst kaum noch zu finden

Der Ex-Nationalspieler ist auch sonst recht umtriebig. Er unterhält ein Eiscafé und ein Bekleidungsgeschäft, das Modelabel „Straßenkicker“ und eine Speiseeis-Marke. Der in Nord-Neukölln lebende Co-

median Felix Lobrecht glaubt indes, dass der von Podolski gewählte Standort für die Berliner Dönerbude Probleme bringen wird: „Wer auch immer ihm die Idee vorgeschlagen hat – den würde ich einfach mal unbefristet beurlauben ... Und außerdem ist die Filiale direkt an dem Crack-Hotspot – genau an dem U-Bahn-Ausgang Richtung Reichenberger Straße. Da sind wirklich nur Junkies, Dealer und Alkoholiker. Du kommst aus dem U-Bahnhof raus und siehst Heroin, Spritzen – und den Dönerladen.“ Podolski wischt solche Einwände weg: „In Berlin kannst Du nichts falsch machen.“

Seine Läden kassieren in Köln für einen Döner stolze 8,50 Euro. Diesen Preis wird er in Berlin kaum durchsetzen können. An der Spree kostet das mit Fleisch und Salat gefüllte Fladenbrot zurzeit etwa sieben Euro. In der Hauptstadt kon-

kurrieren bereits mehr als 1000 Kebab-buden miteinander, und auch am „Kotti“ werben bereits zahlreiche Dönerstände um Kundschaft.

1972 soll Kadir Nurman am Bahnhof Zoo als Erster sein Fladenbrot mit Kalbfleisch gefüllt und verkauft haben. Erst später kamen Salat und Soße dazu. Inzwischen sind zusätzlich Lachs-Döner, vegane Döner mit Saitan oder auch Trüffel-Döner auf dem Markt. Die zahllosen Dönerbuden haben in Berlin die früher reichlich vorhandenen Currywurststände verdrängt. Der Betreiber einer nun auf privatem Gelände stehenden Wurstbude, der anonym bleiben möchte, beklagt sich darüber, dass die Genehmigungsbehörden bei der Verdrängung nachgeholfen hätten. Aber wenn man sie sucht, findet man sie noch: die gute alte Currywurst.

Frank Bücker

KOLUMNE

Kampfradler

VON THEO MAASS

Die Zahl der Verkehrstoten in Berlin sank 2023 gegenüber dem Vorjahr von 34 auf 33. 2021 waren es 40, ein Jahr zuvor 50. Zu den Toten des Jahres 2023 zählten zwölf Fahrradfahrer. Liegt das daran, dass die Radfahrer die „Schwächeren“ sind? Bereits vor zwölf Jahren lokalisierte der damalige Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) das Problem woanders: „Unverkennbar gibt es eine deutlich wahrnehmbare Gruppe von Radfahrern, die nicht der Meinung sind, dass rote Ampeln, Vorfahrtregelungen und sogar Geschwindigkeitsbegrenzungen in Ortschaften auch für sie gelten.“

Seit rot-grüne Politiker die Radfahrer gewissermaßen zu besseren Menschen erhoben haben, hat sich das Problem ausgeweitet. Gereon Asmuth von der „taz“ gab dazu schon vor gut zehn Jahren die Parole aus: „Radfahrer bräuchten keine Ampeln. In einer utopischen Stadt ohne motorisierten Verkehr würde ‚Rechts vor Links‘ reichen. Denn Radler sind wendig, stets im Fluss, wie Fische im Schwarm. Dynamisch und selbstverantwortlich nutzen sie jede Gelegenheit für den Fortschritt und schaffen so gleichzeitig Platz für den Hintermann.“

Soweit die grüne Utopie, doch die wahre Welt präsentiert sich anders: Nicht nur die Missachtung der roten Ampel durch Radfahrer ist eine Verkehrsfährdung. Die Radler nutzen auch dann den Fahrdamm, wenn für sie ein eigener Radweg eingerichtet wurde. Mütter mit ihren mit Kleinkindern beladenen Lastenrädern machen sich dort auch breit. Manche glauben ernsthaft, mit ihrem Tun ein Beitrag zur Rettung der Welt zu leisten.

Die Geduld und Langmut der Autofahrer ist wohl dafür verantwortlich, dass es in Berlin 2023 nur zwölf tote Radfahrer zu beklagen gab. Die Polizei ignoriert Verkehrsübertretungen von Radfahrern meist konsequent. Asmuth nennt das „Regelverstöße, die Leben retten“ und meint lapidar: „Diese Kampfradler fahren ständig über Rot.“ Ist hier die Grenze zur Aufforderung zu einer Straftat überschritten?

MELDUNG

Berlin kauft Netz zurück

Berlin – Die Stadt Berlin will das Fernwärmenetz der Metropole vom schwedischen Energiekonzern Vattenfall zurückkaufen. Finanzsenator Stefan Evers (CDU) geht davon aus, dass sich der Kaufpreis „bei 1,6 Milliarden Euro einpendeln“ werde. Bei Vattenfall heißt es dagegen: „Grundlage für den Kaufpreis ist ein Unternehmenswert von knapp unter zwei Milliarden.“ Mit dem Verkauf werden rund 1700 Beschäftigte der Vattenfall Wärme Berlin AG zum neuen Eigentümer wechseln. Vattenfall und das Land Berlin planen, die Transaktion im zweiten Quartal 2024 abzuschließen. Die Zustimmung des Abgeordnetenhauses soll Anfang des Jahres erfolgen und gilt als sicher. Darüber hinaus wurde Berlin eine Option zum Erwerb von Vattenfalls Anteilen an der GASAG AG eingeräumt. Der Senat will in den kommenden Jahren weitere erhebliche Investitionen tätigen, um bis 2030 40 Prozent der Fernwärme aus Erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen, damit „Klimaneutralität“ erreicht werde. F.B.

● MELDUNGEN

Festung für Zuckerberg

San Francisco – Mark Zuckerberg, Gründer und Vorstandsvorsitzende des US-Internetkonzerns Meta Platforms sowie mit einem derzeitigen Vermögen von 123 Milliarden US-Dollar fünftreichster Mensch der Welt, lässt sich auf der Hawaii-Insel Kauai eine geheime Festungsanlage errichten. Dies meldet die Computer-Zeitschrift „Wired“ und liefert Details. Das Objekt soll 567 Hektar einnehmen und bislang Kosten von über 270 Millionen US-Dollar verursacht haben. Zu der sogenannten Koolau Ranch gehören laut „Wired“ zwölf repräsentative Gebäude für rund 60 Personen, ein riesiger Wassertank mit 16 Metern Durchmesser sowie zahlreiche Felder und Viehställe, mit denen das Anwesen im Krisenfall autark wäre. Des Weiteren berichtet „Wired“ von einem 460 Quadratmeter großen unterirdischen Bunker, der mit zwei der Villen verbunden sei und über atomschlagssichere Stahltüren verfüge. W.K.

Erfolg der Taliban

New York – Der Anbau von Schlafmohn in Afghanistan zur Herstellung von Opium sowie der nachfolgenden Gewinnung von Morphium und Heroin ist unter der Herrschaft der Taliban von 6200 Tonnen 2022 auf nur noch 333 Tonnen im vergangenen Jahr zurückgegangen. Das geht aus Zahlen des Afghanistan Opium Survey 2023 und des Welt-Drogenberichts der Vereinten Nationen hervor. Die Anbaufläche ist von 233.000 auf 10.800 Hektar geschrumpft. Die Taliban hatten nach ihrem neuerlichen Machtantritt im August 2021 und der Ausrufung des Islamischen Emirats Afghanistan den weiteren Anbau von Schlafmohn verboten. Bis zu diesem Zeitpunkt war Afghanistan der größte Opiumexporteur der Welt und Hauptlieferant des Grundstoffs zur Herstellung der harten Droge Heroin für den Markt in Europa und Asien gewesen, obwohl beziehungsweise weil westliche Truppen im Land standen. W.K.

Verdächtige Leerverkäufe

Tel Aviv – Die israelische Tageszeitung „Haaretz“ hat über eine Studie der beiden US-amerikanischen Jura-Professoren Robert Jackson und Joshua Mitts mit dem Titel „Trading on Terror“ berichtet, der zufolge es Hinweise auf einen Insiderhandel an den Börsen in Tel Aviv und New York während der letzten fünf Tage vor den Hamas-Anschlägen auf Israel gibt. In einer Zeit steigender israelischer Aktienwerte wetteten Unbekannte scheinbar wider alle Logik des Marktes und unter großem finanziellen Risiko auf fallende Kurse der Titel innerhalb des MSCI Israel Exchange Traded Fund und erzielten mit ihren Leerverkäufen erhebliche Gewinne, da es nach dem 7. Oktober zu einem Absturz von mehr als 17 Prozent kam. Ähnliches registrierten die Analysten Marc Chesney, Lorian Mancini und Remo Cramer bereits früher im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington. W.K.



Warschau: PiS-Anhänger protestieren gegen die Entlassung der Führungsriege des öffentlich-rechtlichen Senders TVP

POLEN

Rückabwicklung der PiS-Politik mit Hindernissen

Die Republik wird zum Politik-Labor – Tusk-Regierung steckt im Zangenriff zwischen der EU und dem polnischen Verfassungsgericht

VON HERMANN MÜLLER

Mehr als 100 Milliarden Euro aus den Corona-Wiederaufbau- und aus Regionalmitteln hält die EU-Kommission mittlerweile zurück, die eigentlich für Polen vorgesehen sind. Die Freigabe der Gelder hat Brüssel an die Bedingung geknüpft, dass die seit 2016 von der PiS-Regierung eingeleiteten Reformen der polnischen Justiz zurückgenommen werden.

Quasi als Vorschuss hat Polens neuer Premierminister Donald Tusk auf dem EU-Gipfel im Dezember fünf Milliarden Euro zum „klimafreundlichen“ Umbau der polnischen Wirtschaft mit auf den Weg bekommen. Dieses Geld hat die EU an keine Bedingungen geknüpft. Blockierte Mittel aus dem Corona-Wiederaufbau-

und aus dem Kohäsionsfonds will die EU-Kommission allerdings erst freigeben, wenn Zwischenschritte bei der Rückabwicklung der PiS-Justizreformen erreicht werden.

Nach den Vorstellungen Brüssels soll Polen seine Justiz so reformieren, dass sie wieder Standards der EU entspricht. Die Rücknahme der Politik der PiS kann allerdings nicht nur für die neue Regierung von Tusk zu einem Problem werden. Bei dem Vorhaben steht auch die Glaubwürdigkeit der EU-Kommission auf dem Spiel: Tusk muss nämlich die Reformen der Vorgängerregierung rückgängig machen, ohne selbst die Regeln der Rechtsstaatlichkeit zu brechen.

Brüssel muss fürchten, dass sich Polen dabei zu einem Beispielfall entwickelt, an dem sich möglicherweise unter ganz anderen politischen Vorzeichen künftige Re-

gierungen anderer EU-Länder orientieren werden, wenn sie ihrerseits politische Entscheidungen von Vorgängerregierungen rückgängig machen wollen – sei es im Umgang mit den öffentlich-rechtlichen Medien oder Verfassungsgerichten.

Gesamte Leitung des TV-Senders TVP entlassen

Die Tusk-Regierung setzt beim Zurückdrehen der PiS-Politik offenbar auf eine sehr robuste Vorgehensweise. Wenige Tage vor Weihnachten hatte Kulturminister Bartłomiej Sienkiewicz die gesamte Führung der öffentlich-rechtlichen Medien entlassen. Die Regierung von Tusk wirft insbesondere der bisherigen Leitung des Polnischen Fernsehens (TVP) vor, während der Regierungszeit der PiS-Regierung ein Propagandawerkzeug der PiS gewesen zu sein. Nach der

SÄCHSISCHES PALAIS

Vollbremsung beim Wiederaufbauprojekt?

PiS-Partei forcierte die Idee – Doch nun ist die Zukunft des Barock-Ensembles in Warschau ungewiss

Obwohl die Vorbereitungen zur Rekonstruktion des Sächsischen Palais in der Warschauer Innenstadt bereits weit fortgeschritten sind, droht dem Wiederaufbauprojekt nun doch wieder das Aus. Das Barockpalais am heutigen Platz Pilsudski war im Zweiten Weltkrieg zerstört worden.

Nachdem bereits das Warschauer Büro WXCA den Architekturwettbewerb gewonnen hatte, waren von der PiS-Regierung noch in der Schlussphase ihrer Amtszeit Gelder zum Wiederaufbau des barocken Stadtschlosses Augustus des Starken in Aussicht gestellt worden. Der Entwurf des Architekturbüros sieht vor, das Sächsische Palais in seiner Form von 1939 neu entstehen zu lassen. Wiederaufgebaut werden soll zudem das angrenzende Brühlsche Palais in seiner modernisierten Fassung aus den 1930er Jahren sowie drei Bürgerhäuser

aus dem 19. Jahrhundert an der Królewska Straße. Offizielle Schätzungen gehen von Kosten in Höhe von umgerechnet 530 Millionen Euro aus. Durch einen zügigen Baubeginn sollte das Ensemble bereits im Jahr 2030 fertiggestellt sein.

Mit dem Übergang der Amtsgeschäfte auf die Dreierkoalition unter der Führung von Premier Donald Tusk ist die Umsetzung des Projekts allerdings wieder fraglich geworden. Dabei spielen nicht nur die Kosten eine Rolle, sondern auch politische Gründe. Die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hat während ihrer Regierungszeit bereits den Pilsudski-Platz in eine Gedenklanschaft verwandelt. Seit 2018 steht auf dem Platz neben einer Statue von Józef Pilsudski auch eine des verstorbenen PiS-Politikers Lech Kaczyński. Wenige Meter neben der Pilsudski-Statue hat

Jarosław Kaczyński ein Denkmal für den Flugzeugabsturz von Smolensk errichten lassen, bei dem sein Zwillingbruder Lech ums Leben gekommen war.

Der Wiederaufbau des Sächsischen Palais am Pilsudski-Platz ist zudem ein Lieblingsprojekt der PiS-Partei. Erste Ideen für eine Rekonstruktion des Barockschlosses existieren bereits seit den 1970er Jahre. Es war dann allerdings Lech Kaczyński, der als damaliger Warschauer Bürgermeister 2004 einen Beschluss zum Wiederaufbau des Sächsischen Palais und des Brühlschen Palais unterzeichnete. Als Lech Kaczyński 2006 von Hanna Gronkiewicz-Waltz (Bürgerplattform) als Stadtoberhaupt abgelöst wurde, stoppte diese das Wiederaufbauprojekt.

Der PiS-nahe Staatspräsident Andrzej Duda lancierte 2018 dann die Idee der Re-

Absetzung der Führungsriege besetzten PiS-Abgeordnete Büros der staatlichen Polnischen Presseagentur (PAP) und hinderten den neu eingesetzten Chef am Betreten des Gebäudes.

Als folgenschwerer kann sich die Reaktion von Polens Staatspräsident Andrzej Duda erweisen. Duda, welcher der PiS nahesteht, bezeichnete das Vorgehen der Tusk-Regierung als eine Verletzung der Verfassung. Zudem kündigte Duda an, er werde gegen das Haushaltsgesetz 2024 sein Veto einlegen. Im Haushalt sind nach Angaben des Präsidenten für die öffentlich-rechtliche Medien drei Milliarden Zloty, umgerechnet rund 690 Millionen Euro, vorgesehen. Duda forderte: „Die öffentlich-rechtlichen Medien müssen zuerst gründlich und im Einklang mit dem Recht wieder instandgesetzt werden.“ Das Parlament kann ein Veto des Präsidenten nur mit einer Mehrheit von drei Fünfteln der anwesenden Abgeordneten überstimmen. Die Dreierkoalition von Tusk verfügt im Sejm allerdings zusammen nur über 248 der 460 Sitze.

Problemfall Verfassungsgericht

Der nächste große Problemfall für Premier Tusk ist Polens Verfassungsgericht. Die Richter dieses Gerichts hatten erst im Dezember die vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen Polen verhängten Zwangsgelder als unvereinbar mit der polnischen Verfassung eingestuft. Der EuGH hatte die Zwangsgelder wegen der während der PiS-Regierungszeit eingeleiteten Justizreform und nicht eingehaltener Umweltauflagen beim Kohleabbau verhängt.

Die Entscheidung der polnischen Verfassungsrichter kann als offene Kampfansage an den EuGH verstanden werden. Zum starken Missfallen der EU hatte das Gericht schon im Oktober 2021 den Vorrang von Europarecht gegenüber nationalem polnischen Recht infrage gestellt. Aus Sicht der EU-Kommission hat die PiS ihre achtjährige Regierungszeit dazu genutzt, am Verfassungsgericht Richter zu installieren, die auf Linie der Partei liegen. Wenn sich die Regierung von Tusk nicht einen ähnlichen Vorwurf einhandeln will, wird die Neubesetzung des Verfassungsgerichts viel Fingerspitzengefühl erfordern.

Dabei steht Polens neue Regierung zudem unter Zeitdruck. Die EU-Kommission hat bereits Anfang vergangenen Jahres beim EuGH Klage gegen Polen wegen Verstößen gegen EU-Recht durch den polnischen Verfassungsgerichtshof eingereicht. Zudem muss die Regierung Tusk damit rechnen, dass ihre Politik nicht nur durch Staatspräsident Duda, sondern auch durch den Verfassungsgerichtshof immer wieder blockiert wird. H.M.

VON PETER ENTINER

Lange Jahre lag das Augenmerk (nicht nur) der deutschen Wirtschaft darauf, Produktionsstandorte zu suchen, an denen möglichst kostengünstig hergestellt werden konnte. Das betraf auch Länder, in denen man es mit Arbeitnehmerschutz und Menschenrechten nicht so eng sah.

Das neue Lieferkettengesetz der EU soll dem einen Riegel vorschieben, doch es gibt auch Faktoren, die für Probleme sorgen können, die man nicht durch ein Gesetz regulieren kann. Als in der Ukraine der Krieg ausbrach, stellte die deutsche Öffentlichkeit ziemlich überrascht fest, dass man zur Energieversorgung vom russischen Gas abhängig war. Und als zuvor in China die Corona-Pandemie ihren Lauf nahm und die Asiaten ein striktes Ein- wie Ausfuhrverbot von Waren durchsetzten, fehlten in Deutschland plötzlich Arzneimittel.

Seitdem ist Resilienz ein häufig gebrauchtes Wort. Deutschlands Wirtschaft solle widerstandsfähiger und unabhängiger werden von politischen Faktoren. Einseitige Handelsbeziehungen könnten verstärkt als Waffe gegen die Handelspartner eingesetzt werden, so die Befürchtung. Viele Unternehmen strukturieren ihre Lieferketten deshalb neu.

Neues Lieferkettengesetz der EU

Auf politischer Ebene ist längst eine Diskussion über strategische Abhängigkeiten entbrannt. Eine neue Studie will nun Aufschluss darüber geben, welche Industriezweige besonders abhängig von Staaten sind, die man als „unzuverlässig“ einzustufen könnte. Die Ökonomen Claus Michelsen und Simon Junker haben die Studie für den Verband Forschender Arzneimittelhersteller (VFA) erstellt. „Die internationale Arbeitsteilung hat sich als höchst anfällig für Störungen erwiesen. Zu unsicher erscheint die bisherige Handelsstruktur und das Risiko, dass einzelne wichtige Lieferanten ausfallen“, heißt es in der Studie, die einen interessanten Blick in die Vergangenheit richtet.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Wegfall der politischen Blockbildung habe die Globalisierung in den 1990er Jahren einen kräftigen Schub erfahren. Die zunehmende Integration Russlands und Chinas in weltweite Wertschöpfungsstrukturen habe Europa Zugang zu enormen, vielfach günstigen Energie- und Rohstoffvorkommen sowie zusätzlichen Fertigungskapazitäten eröffnet. Entsprechend stark sei der Index globaler Integration in den folgenden Jahren angestiegen. Dass derzeit eine neue Debatte darüber entbrannt sei, habe übrigens nicht nur mit der russischen



Vor allem im Bereich der Arzneimittel und der Elektrotechnik: Die deutsche Wirtschaft ist abhängig von Importen

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Die riskante Abhängigkeit von problematischen Staaten

Ob Corona-Pandemie oder Ukrainekonflikt – Eine Studie legt offen, dass die Politik der weltweiten Globalisierung gescheitert ist

Politik oder der Corona-Pandemie zu tun. Spätestens seit der damalige US-Präsident Donald Trump seine Maxime „America First“ ausgegeben habe, traten die bis dahin unerschrockenen Handelskonflikte offen zu Tage und mündeten in einem offenen Handelskrieg zwischen den USA und China.

Grundsätzlich sei es schwierig, zwischen Ländern zu unterscheiden, die verlässliche Handelspartner sind, und solchen, bei denen eine hohe Konzentration bei der Einfuhr von Rohstoffen und Waren problematisch erscheint. Um eine solche Klassifizierung vornehmen zu können, haben sich die Studien-Autoren am Abstimmungsverhalten der einzelnen Staaten bei den Vereinten Nationen orientiert. Demnach sind die politischen Interessen von Ländern wie Polen, Australien oder Südkorea nahezu deckungsgleich mit denen der Bundesrepublik.

Staaten wie China, der Iran und Venezuela hingegen stehen eher im Widerspruch zu Deutschland. Und: Auch die USA zählen nach dieser Untersuchung nicht zu den verlässlichen Partnern.

Insgesamt hat die Konzentration der Staaten, aus denen Deutschland Waren importiert, in den vergangenen Jahren zugenommen: Kamen 2008 noch 7,6 Prozent aller Einfuhren der Bundesrepublik aus China, waren es im vergangenen Jahr schon 12,8 Prozent. Auch die Importe aus den Vereinigten Staaten sind angestiegen.

Die einzelnen Branchen sind allerdings höchst unterschiedlich betroffen. Importe aus dem Bereich der Elektrotechnik kamen im vergangenen Jahr zu 92 Prozent aus problematischen Ländern, was die Autoren vor allem auf die Abhängigkeit von China zurückführen. „Die Analyse zeigt, dass Konzentrationen in den Zuliefererstrukturen der Industrie

Deutschlands durchaus markant sind. Dies trifft aber nicht für das verarbeitende Gewerbe in Gänze zu, sondern zeigt sich insbesondere dort, wo entweder Rohstoffvorkommen oder bestimmte technologische und Fertigungskompetenzen konzentriert sind“, schreiben die Autoren und stellen als Fazit fest, die deutsche Wirtschaft sei nicht in Gänze abhängig, aber doch in wichtigen Branchen. Auffällig sei dies bei Öl- und Gasimporten, in der Elektronik, aber in gewissem Umfang auch in der pharmazeutischen Industrie. Inwieweit dieses Fazit interessegeleitet ist, sei dahingestellt, kann es doch dem Auftraggeber der Studie als Interessenvertretung von 48 (Stand Januar 2023) Pharmaunternehmen in Deutschland nicht egal sein, ob in der Bundesrepublik die einheimische Pharmaindustrie ausländischer Konkurrenz schutzlos ausgesetzt oder aber staatlich protegiert wird.

FACHKRÄFTEMANGEL

In Mangelberufen wird oft schlecht bezahlt

„Handelsblatt“-Analyse nach Daten der Bundesagentur für Arbeit offenbart große Lohnunterschiede

Während deutsche Politiker und Arbeitgeber über den angeblichen Fachkräftemangel klagen, woraus dann der Ruf nach mehr Einwanderung resultiert, könnte die unterdurchschnittliche Bezahlung in etlichen Berufen der Hauptgrund für unbesetzte Stellen sein. Das legt eine Analyse der Wirtschafts- und Finanzzeitung „Handelsblatt“ nahe, die auf Daten der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg basiert. Diese definiert Fachkräftemangelberufe folgendermaßen: Ihre Ausübung erfordere eine spezielle Ausbildung, und der Mangel äußere sich in der ungünstigen Relation zwischen unbesetzten Stellen und Arbeitssuchenden mit der nötigen Qualifikation.

Wie das „Handelsblatt“ zeigt, gibt es sechs typische Fachkräftemangelberufe, bei denen das Gehalt im Regelfall über dem Bruttodurchschnitt bei Fachkräften in

Vollzeitanstellung von 3380 Euro liegt. Das sind Berufe in der Versicherungs- und IT-Branche, der Bauelektrik sowie der Alten- und Krankenpflege, wobei die Versicherungskaufleute mit rund 5000 Euro an der Spitze stehen, während die Pfleger auf etwa 3600 bis 3900 Euro kommen.

Gehälter unter 3380 Euro brutto

Dagegen erhalten Fachkräfte in den Bereichen Metallbau, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Kraftfahrzeugtechnik, Steuerberatung, Holz-, Möbel- und Innenausbau, Objekt- und Personenschutz, Gastronomie und Verkauf von Backwaren wie auch die medizinischen und zahnmedizinischen Fachangestellten weniger als 3380 Euro. Die Spanne geht von 3270 Euro bei den Metallbauern bis 2110 Euro für die Beschäftigten in den Backwarenläden.

Darüber hinaus ermittelte das „Handelsblatt“ auch die Veränderungen in der Bezahlung seit 2017. So gab es einen deutlichen Zuwachs in der Gastronomiebranche von 22,2 Prozent und bei den Altenpflegern von 31,5 Prozent, während der Durchschnitt quer durch alle Mangelberufe bei 14,1 Prozent lag. Etwa in diesem Bereich bewegten sich die Gehaltssteigerungen in der IT- und Holzbau-Branche, der Krankenpflege und bei den Backwarenverkäufern. Die übrigen Vertreter der Mangelberufe erhielten nur zwischen 11,3 und 4,6 Prozent mehr, wobei gerade die besonders gesuchten Sanitär-, Heizungs- und Klimatechniker ganz am unteren Ende der Skala rangierten.

Das „Handelsblatt“ hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände um eine Stellungnahme hierzu

gebeten, erhielt jedoch keine Antwort. Stattdessen äußerte das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft in Köln: „Löhnen kommt die Aufgabe zu, Knappheiten am Arbeitsmarkt widerzuspiegeln, damit Arbeitskräfte sich in die benötigten Berufe selektieren und Arbeitgeber vorhandene Potentiale stärker nutzen.“

Allerdings seien die Gründe für den Fachkräftemangel sehr vielfältig, weswegen Lohnerhöhungen allein „nicht dazu führen, dass es mehr Menschen mit der benötigten Qualifikation gibt“. Im Gegensatz hierzu zeigt sich Anja Piel vom Geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes überzeugt davon, dass Engpässe regelmäßig „dort entstehen, wo Löhne niedrig sind“.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

China plant Atomfrachter

Schanghai – Die zur China State Shipbuilding Corporation gehörende Jiangnan-Werft in Schanghai, die bereits zwei der größten Containerschiffe der Welt namens „Ever Apex“ und „Ever Atop“ mit einer Transportkapazität von 24.000 20-Fuß-ISO-Standardcontainern ausgeliefert hat, gab auf der Schifffahrtsmesse Marintec China 2023 bekannt, dass sie ein Containerschiff mit Nuklearantrieb bauen will. Die „KUN-24AP“ soll ebenfalls 24.000 Container aufnehmen können und einen modernen sowie auch sehr betriebssicheren Hochtemperatur-Flüssigsalzreaktor erhalten, der mit Thorium statt Uran betrieben wird. Als Grund für diese Entscheidung gab die Jiangnan-Werft an, dass ein Kernantrieb das beste Mittel sei, um den immer strengeren Anforderungen an die Energieeffizienz und Emissionsreduktion bei Containerfrachtern gerecht zu werden. Mit dem neuen Schiffstyp komme man tatsächlich auf „Null Emissionen“ während des Betriebs. W.K.

EU geht gegen X (Twitter) vor

Brüssel – Thierry Breton, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, hat mitgeteilt, dass die EU vor Weihnachten ein formelles Vertragsverletzungsverfahren gegen Elon Musks Kurznachrichtendienst X, vormals Twitter, eingeleitet hat. Seit dem 25. August sind in Europa präsente IT-Unternehmen aufgrund des Digital Services Act der EU verpflichtet, gegen illegale Inhalte auf ihren Plattformen vorzugehen und Meldestellen zur Entgegennahme von Beschwerden einzurichten. Breton wirft X vor, diesen Vorgaben nicht in ausreichendem Maße nachgekommen zu sein. Deshalb finde man hier besonders viele „Falschinformationen“ und „Hassreden“. Der Franzose bezog sich dabei nicht zuletzt auf angeblich irreführende und strafbare Wortmeldungen via X zum Gazakonflikt. Im Falle einer Verurteilung in dem Verfahren drohen X erhebliche Strafzahlungen in Höhe von sechs Prozent des Gesamtjahresumsatzes. W.K.

Prognosen für die Zinsen

Wien / Frankfurt am Main – „Auch wenn wir mit zehn ununterbrochenen Zinserhöhungen eine in der Geschichte der EZB beispiellose Serie an Anhebungen hinter uns haben, gibt es auch für das Jahr 2024 noch keinerlei Garantie für Zinssenkungen“, ließ der Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank, Robert Holzmann, vorletzten Donnerstag verlauten. Laut dem Österreicher sind die fortgesetzten Zinserhöhungen Teil einer geldpolitischen Normalisierung. Zwar zeige diese bereits ihre Wirkung im Rückgang der Inflation, doch sei es verfrüht, bereits an Zinssenkungen zu denken. Thorsten Polleit, Chefökonom der Degussa Goldhandel GmbH, prognostiziert dagegen nicht nur für die US-Notenbank, sondern auch für die EZB eine Zinssenkung. Er erwarte für dieses Jahr deflationäre Tendenzen in den USA und der Eurozone, die den Zentralbanken freie Hand für starke Zinssenkungen geben würden. H.M.

NACHRUF AUF WOLFGANG SCHÄUBLE

Mehr Diener als Politiker

RENÉ NEHRING

Am 26. Dezember 2023 verstarb Wolfgang Schäuble. Umgehend würdigten Politiker und Journalisten das Lebenswerk des ehemaligen CDU-Vorsitzenden, Ministers und Bundestagspräsidenten. Bundespräsident Steinmeier bezeichnete den Verstorbenen gar als „Glücksfall für die deutsche Geschichte“.

Zweifelloso ragt Schäuble unter den Köpfen der politischen Landschaft heraus. Kein Abgeordneter in der deutschen Geschichte hat einem Parlament so lange angehört wie er – von seinem Einzug in den Bundestag 1972 bis zu seinem Tode. 1984, mit 42 Jahren, wurde er von Helmut Kohl zum Chef des Kanzleramts und damit erstmals in ein Kabinett berufen.

Im April 1989 wurde Schäuble zum Bundesinnenminister ernannt. Da ahnte noch niemand, dass er in dieser Funktion wenige Monate später die Verhandlungen über die Deutsche Einheit führen würde. Bei den durch DDR-Unrecht entstandenen offenen Vermögensfragen setzte er das Prinzip



Wolfgang Schäuble
(1942–2023)

FOTO: IMAGO/CHRISTIAN JANSSEN

„Rückgabe vor Entschädigung“ durch, allerdings nicht für den durch die sowjetische Besatzungsmacht enteigneten Grundbesitz. Als am 20. Juni 1991 der Bundestag über den künftigen Regierungssitz zu entscheiden hatte, warb Schäuble mit für ihn seltenem Pathos für Berlin als „Symbol von Einheit und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für das ganze Deutschland“ und hatte damit maßgeblichen Anteil daran, dass die Bundesrepublik schon bald von der Spree aus regiert wurde.

Großen Respekt erfuhr Schäuble dafür, dass er sich nach einem Attentat im Oktober 1990, das er knapp mit einer Querschnittslähmung überlebte, ins Leben zurückkämpfte und weitere Spitzenämter wie den Vorsitz der Unionsfraktion im Bundestag (1991–2002), den Bundesvorsitz der CDU (1998–2000), den Posten des Innenministers (2005–2009) und des Finanzministers (2009–2017) sowie des Bundestagspräsidenten (2017–2021) ausüben konnte. Langjährige Ministerialbeamte erklärten im privaten Kreis, dass Schäuble ihr vom Fachwissen her mit Abstand brillantester Dienstherr gewesen sei, er es aller-

dings auch jeden spüren lassen habe, wenn er ihn nicht für intellektuell gewachsen hielt.

Zu einer Betrachtung Wolfgang Schäubles gehört auch, dass er im Grunde kein Politiker war, sondern ein politischer Beamter. Treu diente er den Rekordkanzlern Helmut Kohl und Angela Merkel (selbst dann noch, als beide – der eine in der Nachfolge im Amt des Bundeskanzlers, die andere bei der Wahl zum Bundespräsidenten – ihn um die höchsten Ämter der Republik brachten) und hatte mit seiner Effizienz einen hohen Anteil daran, dass sich Kohl und Merkel jeweils 16 Jahre im Amt halten konnten. Als Schäuble nach der Ära Kohl selbst an die Spitze seiner Partei rückte, stolperte er schon bald über die CDU-Spendenaffäre, wobei er zuvor durch die Berufung der damals funktionslosen Merkel zur Generalsekretärin der Partei eine neue Ära einläutete.

Als Merkel dann zur Parteivorsitzenden und später zur Kanzlerin aufstieg, wurde Schäuble eine ihrer wichtigsten Stützen.

Gerade weil er nicht zu Merkels Umfeld gehörte und persönlich als konservativ galt, wurde er damit auch zu einem Gewährsmann der „Vergrünung“ der CDU. Hatte er vorher schon Überlegungen geäußert, zur Not, wenn keine andere Option bestünde, auch mit den Grünen zu koalieren, trug er nun an führender Stelle einen Kurs mit, der erst die Union und in der Folge das ganze Land auf zentralen politischen Feldern von bewährten Positionen entfernte.

Dass ihm oft in entscheidenden Situationen das politische Gespür fehlte, zeigte Schäuble zuletzt, als er als graue Eminenz der Union entscheidenden Anteil daran hatte, dass diese nicht mit dem populäreren CSU-Vorsitzenden Markus Söder als Spitzenmann in die Bundestagswahl 2021 zog, sondern mit dem CDU-Vorsitzenden Armin Laschet, der dann einen als uneinholbar geltenden Vorsprung verspielte.

Ob und wie Schäuble in Erinnerung bleiben wird, wird sich zeigen. In den Leserkommentaren zu den Nachrufen auf ihn hieß es immerhin, dass er einer von jenen Politikern gewesen sei, die man noch ernst nehmen konnte. Für die meisten von heute gelte das nicht mehr.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2504 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFF33 oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2501 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Hat auf den aufdringlichen Moralismus verwiesen, mit der in der EU im Allgemeinen und in Deutschland im Besonderen die Außenpolitik gehandhabt wird: Roger Köppel
Foto: Jürg Vollmer/maiak.info Reusse

KOLUMNE

Anders reden als handeln

FLORIAN STUMFALL

In einem seiner vorzüglichen Kommentare der Reihe „Weltwoche Daily“ kam „Weltwoche“-Chefredakteur Roger Köppel kürzlich auf die Frage zu sprechen, wie man denn mit China umgehen solle. Er verwies dabei auf den aufdringlichen Moralismus, mit dem in der EU allgemein und im Besonderen in Deutschland die Außenpolitik gehandhabt wird.

In seine Überlegung bezog Köppel eine Entwicklung in Deutschland mit ein, im Laufe derer jeder einzelne Mensch immer mehr zertifiziert, eingeteilt, klassifiziert und mit Beurteilungen versehen wird, die geeignet sind, über seine Bewegungsfreiheit, seinen Umgang, seinen Internetauftritt oder gar seine berufliche Position zu entscheiden. Damit habe man, so Köppels Schluss, das Benotungssystem, das man im Westen den Chinesen vorwirft, bereits erreicht.

Dass sie anders reden als handeln, macht man den Politikern schon seit Langem zum Vorwurf. Die Häufigkeit der Beispiele und die Penetranz, mit der die Politik geprägt und die Bürger bedrängt werden, ist jedoch neu.

Die Gasleitung Nordstream 2 von Russland nach Deutschland gibt ein vorzügliches Beispiel ab. Zu dem, was ihre Gegner seit Jahren vorbringen, gehört die Behauptung, die Russen könnten und würden das wirtschaftliche Projekt als politisches Druckmittel missbrauchen. Tatsächlich aber ist festzustellen, dass zunächst und bis in die jüngste Zeit die USA gewaltige politische wie wirtschaftliche Pressionen gegen Berlin mit dem Ziel ausübten, die Sache zu verhindern. Nun werden auch von deutscher Seite Gründe gegen eine Öffnung ins Feld geführt. Da wird deutsches wie EU-Recht dagegen vorgebracht und vor allem verlangt, Russland möge sich der Ukraine gegenüber anders verhalten, sonst sei die Sache tot.

Fragwürdige Druckmittel

Wer also benutzt die Gasleitung als politisches Druckmittel? Und warum wird diese offenkundige Schiefelage nirgendwo in der Öffentlichkeit dargestellt? Und dazu noch ein Hinweis: Die USA und Kiew blockieren erfolgreich den Vollzug der Bestimmung des Abkommens Minsk II, gemäß dem die ukrainische Regierung direkte Gespräche aufzunehmen hat. Doch Russland wird dafür sanktioniert.

Es gibt weitere Beispiele für den Unterschied von Wort und Wahrheit in der Politik. Unter dem englischen Kürzel LGBT ist ein wahrer Propagandasturm zugunsten von sexuellen Minderheiten ausgebrochen, der ohne Pause anhält. Doch er wird von denselben Aktivisten entfacht, die sich an anderer Stelle nicht genug über einen angeblich überall lauernden Sexismus empören. Das passt nicht zusammen. Man kann nicht gegen Sexismus sein und gleichzeitig auf dahingehenden Merkmalen eine Weltanschauung errichten.

Politiker brechen die eigenen Regeln und verlangen dafür noch Vertrauen

In einer gewissen Parallellität dazu hat sich auch der „Kampf gegen Weiß“ Raum und Aufmerksamkeit verschafft. Die Lehre lautet: Rassismus geht ausschließlich von Weißen aus, sie sind strukturell rassistisch, ob sie wollen oder nicht, und gegen sie kann es keinen Rassismus geben. Nun, wenn sie ins politisch korrekte Bild passen, kann man auch heute noch allerhand Hypothesen vertreten. Was aber kann rassistischer sein als solch ein systematischer Angriff auf die weiße Rasse? Hier schließt die Migrationsfrage an. Der Gutmensch als solcher, fest vertreten in der neuen Regierung, tritt für eine unbegrenzte Zuwanderung ein und stellt somit seine überlegene Moralität zur Schau. Was er aber nicht tut, ist, den Schaden zu bewerten, der in den Ursprungsländern dadurch entsteht, dass die Tüchtigsten abwandern und zu Hause fehlen. Und die Tüchtigsten sind es doch, nämlich Angela Merkels Fachkräfte, die zu uns kommen.

Natürlich wird in diesem Zusammenhang ebenso regelmäßig wie inbrünstig der Kolonialismus gegeißelt. Gleichzeitig aber überzieht man die ganze Welt mit dem Anspruch eines angeblich globalen Ethos, das indes eine Hervorbringung des geistigen Europa darstellt und anderen Kulturkreisen fremd ist. So vollzieht sich ein neuer Kolonialismus auf geistig-kultureller Ebene.

Es bedarf nicht eines internationalen Forums, um auf Widersprüche in der Politik zu stoßen. Hier ein Exempel, das einen anschaulichen Übergang darstellt: Nach dem Sieg der Taliban in Afghanistan wird hierzulande eifrig Klage erhoben an dem Schicksal besonders der Frauen in diesem Land. Im eigenen Land aber finanziert die deutsche Regierung islamische Vielweiberei und tut wenig Entscheidendes gegen Kinder-Zwangsehen.

Doppelte Standards

Wer sich gegen die Rodung des Regenwaldes einsetzt, darf auf viel Zustimmung rechnen, darum gehören so gut wie alle Politiker dazu. Dieselben Politiker aber machen Anstalten, in Deutschland großflächig Wälder zu roden, um dort Windräder zu errichten, die bei Flaute alle stillstehen, aber dennoch Subventionen kosten.

Ein anderes Beispiel: In Deutschland hat der Kampf gegen „Hass und Hetze“ schon den Rang eines Bau- und Prüfsteins des Anstands und des gesellschaftlichen wie politischen Miteinanders erreicht. Prüft man aber die Ausfälle, die sich gegen Kritiker der Corona-Politik, die AfD oder gegen „Putin-Versteher“ richten, so zeigen diese auf einmal durchaus ebenfalls Merkmale von Hass und Hetze.

Nachdem es das Schicksal gewollt hat, dass Annalena Baerbock deutsche Außenministerin geworden ist, muss man auch hinzuhören, was sie in diesem Amt so sagt. Als Vertreterin eines Staates, der keine Kernwaffen besitzt, mahnt sie die Regierungen der Länder, die welche haben, und legt ihnen nahe, diese abzuschaffen. Gleichzeitig aber besteht sie auf der nuklearen Teilhabe Deutschlands.

Seit zwei Jahren leiden viele Menschen unter der Gesundheitspolitik nun schon der zweiten Bundesregierung. Und alle Zuständigen erklären, es müssten weiterhin die notwendigen Opfer gebracht werden. Sie sagen aber nichts dazu, dass sie während der Corona-Zeiten deutschlandweit 34 Kliniken geschlossen haben und 4000 Intensiv-Betten abgeschafft wurden.

Kriminelle verstoßen gegen Gesetze, die von anderen erlassen worden sind. Politiker brechen die eigenen Regeln und verlangen dafür noch Vertrauen. Das aufzubringen dürfte den Bürgern immer schwerer fallen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

VON HARALD TEWS

Das Jahr 2024 steht im Zeichen zweier großer Jubilare: Immanuel Kant und Caspar David Friedrich. Der Königsberger Philosoph wurde vor 300 Jahren geboren, der Maler des berühmten „Kreidefelsens auf Rügen“ vor 250 Jahren. Wie bedeutend beide für unsere heutige Zeit noch sind, zeigt die Tatsache, dass es so etwas wie einen Wettstreit um die frühest mögliche Ehrung gibt, wobei das meiste Pulver fast im alten Jahr verschossen wurde. Denn schon im November eröffnete die Bundeskunsthalle eine umfassende Kant-Ausstellung (die PAZ berichtete).

Friedrichs Gemälde hingegen sind schon seit über einem halben Jahr auf strapaziösen Reisen: Von Schweinfurt über Winterthur erreichten sie kurz vor Weihnachten die Hamburger Kunsthalle, wo sich sogar der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Ehre gab, um die Ausstellung „Caspar David Friedrich. Kunst für eine neue Zeit“ zu eröffnen.

Denn die Hamburger Jubiläumsschau bildet den Auftakt des Caspar-David-Friedrich-Festivals, das ab den 19. April in der Alten Nationalgalerie der Staatlichen Museen zu Berlin und ab dem 24. August im Albertinum sowie im Kupferstich-Kabinett der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden fortgesetzt wird. Das Pommerse Landesmuseum in Friedrichs Geburtsstadt Greifswald sekundiert ab April nacheinander mit drei weiteren Sonderausstellungen über „CDF“, so sein Kürzel.

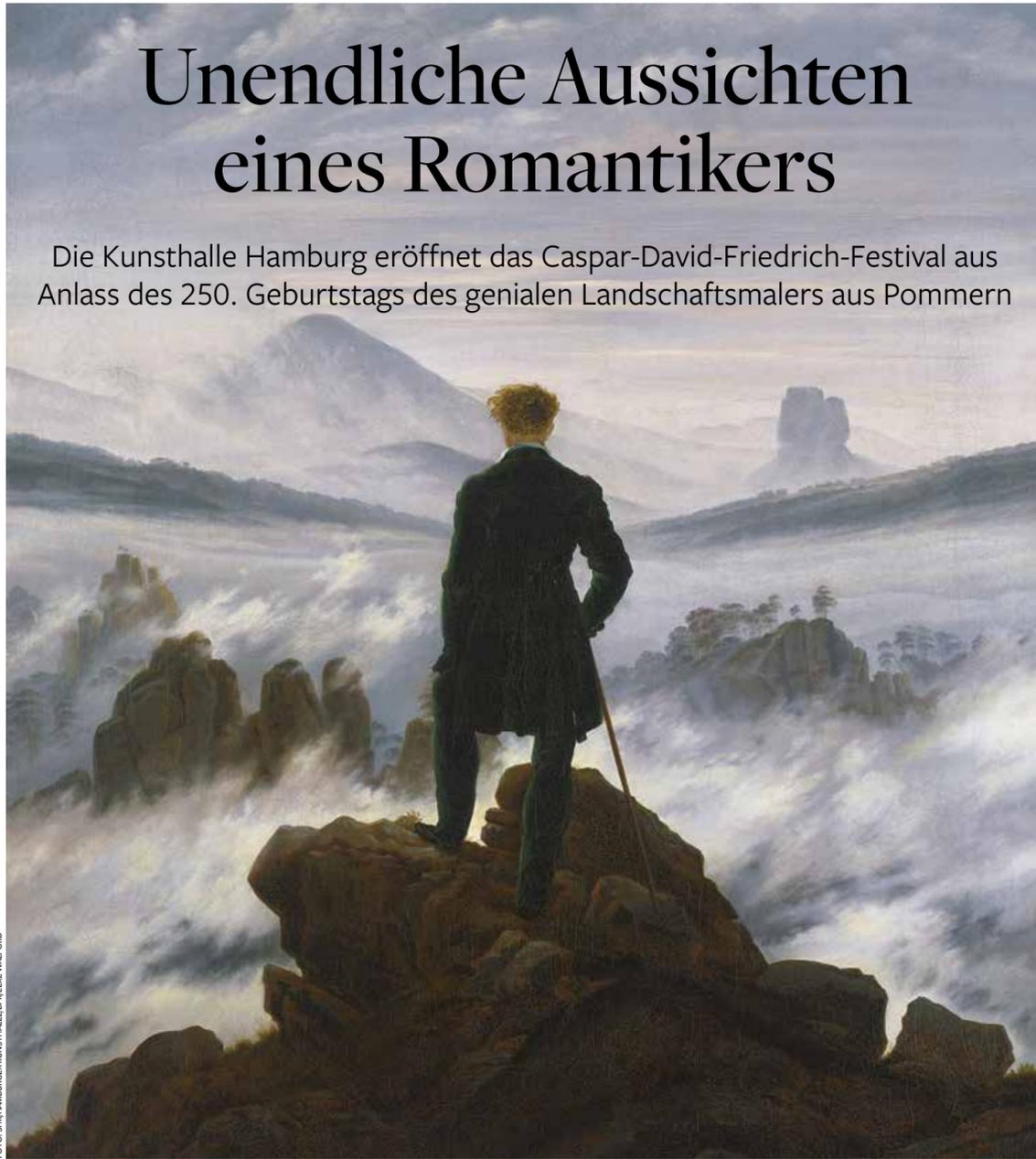
Weil sich der „Kreidefelsens“ nicht zerteilen lässt, ist er bei den gleichzeitig laufenden Ausstellungen in Dresden und Greifswald nur am letzteren Ort zu sehen. In Hamburg allerdings auch. Kurz gefasst lässt sich über die in dem eigentlich der zeitgenössischen Kunst vorbehaltenen Erweiterungsbau der Kunsthalle, der Galerie der Gegenwart, gezeigte Schau sagen, dass sie keine Wünsche offenlässt: Unter den 70 Gemälden und 100 Zeichnungen ist ziemlich alles da, was man von Friedrich gemeinhin kennt.

Die Kunsthalle kann dabei selbst aus dem Vollen schöpfen, trägt sie doch mit dem „Wanderer über dem Nebelmeer“, dem „Eismeer“ und den „Wiesen bei Greifswald“ selbst drei hochkarätige Gemälde aus der eigenen Dauerausstellung bei. Vor allem das 1823/24 entstandene „Eismeer“ ist ikonisch für die Kunsthalle und darf aus konservatorischen Gründen, wie Kurator Markus Bertsch begründet, die Hansestadt eigentlich nicht verlassen. Für das Friedrich-Festival in den Folgestädten wird man aber eine Leih-Ausnahme machen.

Portraits waren seine Sache nicht

Im Bild sind turmhoch aufgeschichtete Eisschollen im Polarmeer zu sehen, die ein Segelschiff zermalmt haben, von dem gerade noch ein paar Masten und der Rumpf aus dem Eis ragen. Dieses Urbild einer Katastrophe als Ausdruck menschlicher Hybris ist reinste Phantasie. Friedrich selbst hat nie die Arktis bereist. Die zerklüfteten weißen Eistürme erinnern an seine „Kreidefelsens auf Rügen“ mit ihren ebenso spitzen Felsnadeln oder an seine Ansichten vom Elbsandsteingebirge. Von hier bezog er seine Inspiration für viele seiner frei erfundenen Landschaftsansichten. Obwohl er nie in den Alpen war, wagte er es – nach Vorlage anderer Künstler –, den Watzmann zu malen, dessen schneebedeckter Gipfel wiederum wie ein „Eismeer“ aus der Landschaft hervorragt.

Dieser selbstständige Blick auf die Natur, so will uns die Ausstellung erzählen, sei das Neue bei Friedrich gewesen. Weil er die Welt nicht wie andere romantische Kollegen eins zu eins abmalte, war er von den Zeitgenossen unverstanden gewesen und schließlich auch fast vergessen wor-



Keht dem Betrachter einfach den Rücken zu: Caspar David Friedrichs „Wanderer über dem Nebelmeer“ (um 1817)

den. Erst die Berliner Jahrhundertausstellung von 1906 rückte ihn wieder ins Rampenlicht. Man sah ihn nicht mehr als den mythisch die Natur erklärenden Romantiker, sondern als einen Maler, der dem Betrachter die Landschaft neu erkennen lässt. Beispielhaft dafür ist sein „Wanderer über dem Nebelmeer“, bei dem die Figur in der Mitte uns den Rücken zukehrt. Mit einem Blick über seine Schulter hinweg eröffnen sich neue Horizonte.

Auffällig oft finden sich in Friedrichs Gemälden Personen mit dem Rücken zum Betrachter. Auch das menschliche Trio im „Kreidefelsens“ blickt mit uns über einen tiefen Abgrund hinweg. Weil Personenzeichnung nicht seine Stärke war, setzte Friedrich oft einsame Menschen wie ein Requisit in die Landschaftskulisse ein.

Manchmal gleicht es einem Suchbild wie beim „Mönch am Meer“ (1808–1810), in dem der Geistliche am Strand vor der scheinbaren Unendlichkeit des Meeres und Himmels verloren und unscheinbar wirkt. Um zu veranschaulichen, wie mächtig die Natur gegenüber dem Menschen ist, übermalte Friedrich in einigen

seiner Gemälde Objekte wie etwa Schiffe. Das zeigten Röntgenanalysen. Die Reduktion auf das Wesentliche nahm bei ihm moderne abstrakte Formen an.

Diese Modernität ist zumindest eine Deutung der Kunstwissenschaft, die uns im Nachhinein erklären will, was Friedrich von anderen Landschaftsmalern der Romantik abhebt. Tatsächlich galt Friedrich bereits bis zu seinem Schlaganfall 1835, als er wegen einer gelähmten Hand nur noch Zeichnungen anfertigen konnte, unter Kollegen als Malerstar, dem viele andere nacheiferten. Das zeigt die Hamburger Ausstellung mit 21 Gemälden von Zeitgenossen wie Carl Gustav Clarus, der in Friedrich-Manier „Das Eismeer von Chamonix“ (1825–1827) abbildete.

Es klimawandelt gewaltig

Diese Gegenüberstellung von zeitgenössischen Künstlern ist lobenswert, lässt es räumlich aber ziemlich eng werden. Hätte man die Friedrich-Werke für sich selbst sprechen lassen, so hätte man sie nicht in relativ kleine, kammerähnlich unterteilte Abteilung einpfirchen müssen. Der „Krei-

defelsens“ muss sich so ein paar wenige Quadratmeter Raum mit dem „Wanderer“ teilen. Friedrichs unendliche Aussichten beschränken sich hier für den Besucher auf kurze Nahblicke.

Unvermeidbar scheint heutzutage die Kuratoren-Sitte zu sein, alte Kunst immer in einem Kontext zur Gegenwart setzen zu müssen. Der Untertitel der Ausstellung „Kunst für eine neue Zeit“ deutet an, dass man Friedrichs „Aktualität“ in den Vordergrund rücken will. Als Prélude zur eigentlichen Schau werden im Makart-Saal der alten Kunsthalle zwei monumentale Gemälde des 1977 geborenen Kaliforniers Kehinde Wiley präsentiert, in denen er quasi parodistisch einen Wanderer im Trenchcoat und zwei Dunkelhäutige vorm Kreidefelsens in Szene gesetzt hat.

Es lässt sich mit Friedrich eben sowohl divers-, als auch aufdringlich viel Klima-bewussten Quatsch machen. Das zeigt der den Friedrich-Bildern folgende Ausstellungsteil mit Werken von Gegenwartskünstlern im nächsten Stockwerk der neuen Kunsthalle, in dem Friedrich in die Nähe zur Umwelt- und Naturschutzbewegung gerückt wird. Die bei Friedrich wiederkehrenden Motive „Wolken“, „Nebel“ oder „Eis“ werden neuzeitig umgedeutet in Themen wie Smog oder Erderwärmung. Es klimawandelt jedenfalls gewaltig in den Bild- und Videospieleereien dieser Öko-bewegten „Letzten Generation“ von Friedrich-Epigonon.

Das Gute für den Besucher ist, dass er nicht gezwungen ist, sich diesen Ausstellungsteil anzusehen. Wer darauf verzichtet, hat mehr Zeit, sich in Friedrichs Landschaftsuniversen zu vertiefen. Und die Zeit verrinnt bei Friedrich langsam, aber nicht quälend, sondern immer verbunden mit einem Wohlgefühl fürs Dasein.

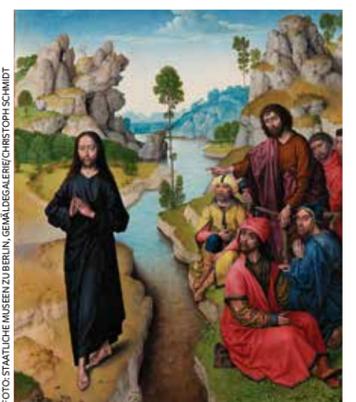
AUSSTELLUNG

Ein Maler der Besinnlichkeit

Dieric Bouts (um 1415–1475) war einer der führenden Meister der altniederländischen Malerei. Für die Peterskirche der belgischen Stadt Löwen schuf er zwei farbenprächtige Triptychen. Sie sind für die Sonderausstellung „Dieric Bouts – Bildermacher“ in das Museum „M Leuven“ umgezogen, in dem sie als erstes beziehungsweise letztes Werk zu sehen sind.

Nie zuvor waren so viele Werke von Bouts und seinen Mitarbeitern in einer Schau zu sehen. Zu diesen 30 Gemälden aus internationalen Sammlungen treten Werke seiner beiden Söhne, von Zeitgenossen und Nachfolgern. Hinzu treten Fotografien und Filmausschnitte. Aber das Unterfangen ist wenig erhellend. Da hängt zum Beispiel das von Bouts und seiner Werkstatt geschaffene Andachtsbild „Christus mit Dornenkrone“ (um 1470). Aus den geröteten Augen rollen die Tränen. Nebenan wird ein Foto des nach einem siegreichen Radrennen von den Anstrengungen gezeichneten Eddy Merckx präsentiert. Auf den ersten Blick sehen sich die Gesichter ähnlich. Aber schnell wird einem der himmelweite Unterschied bewusst. Christus steht der Opfertod zur Erlösung der Menschheit bevor. Merckx hat beim Radfahren gewonnen.

Wegen der zurückhaltenden Mimik vieler Figuren wird Bouts als „Maler der Stille“ bezeichnet. „Maler der Besinnlichkeit“ wäre treffender. Denn oft stellen die Figuren frommes Nachsinnen zur Schau. Aber Bouts konnte auch anders, wie „Die Verdammten“ (1469/70) demonstrieren. In der Hölle wimmern, klagen und brüllen die von fürchterlichen Ungeheuern gepeinigten Verdammten. Einige scheinen vor Angst, Verzweiflung und Schmerz bereits dem Wahnsinn verfallen zu sein.



Dieric Bouts: „Ecce Agnus Dei“

Den Schlusspunkt setzt das berühmte „Triptychon des Heiligen Sakraments“ (1464–1468), das Bouts im Auftrag und gemäß den Motivvorgaben der Bruderschaft des Allerheiligsten Sakraments schuf. Auf den beiden Seitenflügeln sind je zwei Szenen aus dem Alten Testament zu sehen, die auf das letzte Abendmahl vorausweisen. In der Mitteltafel ist Christus mit seinen Jüngern in einer guten Stube Löwens zu Gast. Magisch wird unser Blick von der Hostie angezogen, die Christus mit Daumen und Zeigefinger der Linken über dem Abendmahlskelch balanciert und mit der Rechten segnet. Veit-Mario Thiede

● Nur noch bis 14. Januar im M Leuven, Katalog, 59 Euro. www.mleuven.be

CDF: Ausstellungsdaten und Lektüretipps

Caspar David Friedrich. Kunst für eine neue Zeit: Hamburger Kunsthalle, Glockengießerwall 5, bis 1. April täglich geöffnet außer montags von 10 bis 19 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr, Eintritt: 16 Euro. Buchungen von Zeitfenstertickets erforderlich unter Telefon (040) 428131-200 oder E-Mail: besucherbuero@hamburger-kunsthalle.de.

Der Begleitkatalog zur Ausstellung (512 Seiten, 350 Abbildungen, Hatje

Cantz Verlag) kostet im Museum 49 Euro und im Buchhandel 54 Euro.

Weitere Neuerscheinungen: Barbara Hess, **Caspar David Friedrich A-Z**, Hatje Cantz Verlag, 120 Seiten, 22 Euro.

Johannes Grave/Johannes Rößler (Hg.), **Caspar David Friedrich – Die Kunst als Mittelpunkt der Welt. Ausgewählte Schriften und Briefe**, C.H. Beck Verlag, 192 Seiten, 20 Euro

WICHARD VON MÖLLENDORFF

Preußischer General dreier Könige

Der vor 300 Jahren geborene Generalfeldmarschall bestand vom Schlesischen Krieg bis Jena und Auerstedt zahlreiche Schlachten

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Einer der kultiviertesten und in der preußischen Armee angesehensten Generäle war der am 7. Januar 1724 in Lindenberg in der Prignitz geborene Wichard von Möllendorff. Mit 16 Jahren kam er an den Hof Friedrich des Großen, dem er als Page diente. Dass Möllendorff dem Französischen zugeneigt war, dürfte bei Hofe nicht schädlich gewesen sein.

Wie im Adel üblich erhielten die jungen Zöglinge im Berliner Kadettenkorps ihre militärische Ausbildung für das Offizierskorps. Seine Feuertaufe erlebte Möllendorff als Fähnrich im Zweiten Schlesischen Krieg. Kurz darauf wurde er zum Hauptmann befördert. Die nächste Bewährungsprobe bestand der inzwischen 33-jährige Offizier im Siebenjährigen Krieg. Möllendorff wendete am 5. Dezember 1757 in der Schlacht bei Leuthen mit einem Durchbruch seines III. Garde-Bataillons, das den Friedhof einnahm, den für Preußen zunächst ungünstigen Schlachtverlauf. Nach dem Sieg Preußens verlieh Friedrich II. Möllendorff den Pour le Mérite und beförderte ihn zweieinhalb Wochen darauf nach der Belagerung Breslaus zum Major.

Dienst unter Friedrich dem Großen

Möllendorff zeichnete sich erneut aus in der Niederlage bei Hochkirch im Oktober 1758. 1760 erstürmte der Offizier, inzwischen Oberstleutnant und Garde-Regimentskommandeur, in der blutigen Schlacht bei Torgau beherzt die Siptitzer Höhen, wo er allerdings in Gefangenschaft geriet. Das Vertrauen des Königs hatte er dadurch keineswegs verloren, denn nach dem Austausch der Gefangenen Anfang 1761 ernannte dieser ihn zum Oberst und kein halbes Jahr darauf zum Generalmajor. In der Schlacht bei Burkersdorf im Juli 1762 bewehrte sich Möllendorff erneut.



Wichard von Möllendorff: Ölgemälde von Carl Kretschmar aus dem Jahre 1797

In einem Brief General Ernst von Rüchels an Friedrich II. würdigte er Möllendorff, der im Bayerischen Erbfolgekrieg ein Korps des Prinzen Heinrich führte, als leutselig und bescheiden. Friedrich der Große beförderte ihn zum Generalleutnant und ernannte ihn zum Chef der wichtigen Berliner Inspektion. Damit unterstanden ihm sämtliche Regimenter und militärischen Einrichtungen der Stadt.

Möllendorff beeindruckte die einfachen Soldaten sowie Offiziere gleichermaßen, indem er ungeachtet der harten Zeit der Kriege und des Drills in Friedenszeiten die Offiziere zu einer milden Behandlung der Soldaten anmahnte. Nicht Tyrannie, sondern Ambition sei das Maß soldatischer Führung. Drakonische Strafen lehnte er weitgehend ab. „Ihro Majestät der König haben keine Schlingel, Ca-

naillies, Racailles, Hunde und Kropfzeug im Dienste, sondern rechtschaffene Soldaten“, argumentierte Möllendorff seiner Zeit deutlich voraus.

Dienst unter Friedrich Wilhelm II.

Mit dem Tode Friedrichs II. hatte auch Preußen mit neuen Herausforderungen zu tun. König Friedrich Wilhelm II. musste sich im Osten mit Polen und im Westen mit der französischen Revolution befassen. 1793 entsandte er Generalfeldmarschall Möllendorff mit der Armee nach Polen, um Danzig, Thorn, Großpolen und Masowien im Rahmen der sogenannten zweiten polnischen Teilung abzusichern, doch bereits im Januar 1794 übernahm der Generalfeldmarschall das Kommando über die Truppen in der Pfalz. Möllendorff war zu diesem Zeitpunkt auf dem Höhepunkt seiner Karriere, hatte große Siege mit errungen und war vom König entsprechend belohnt worden. 1754 schon hatte Friedrich II. ihm eine Domherrenstelle zu Havelberg, eine jährliche Pension von 1000 Talern und eine Amtshauptmannschaft verliehen. 1782 wurde er Dompropst zu Cammin und Gouverneur von Berlin, ein Amt, das er bis zum Zusammenbruch Preußens 1806 bekleidete.

Friedrich Wilhelm II. drohte angesichts der Herausforderungen der polnischen Teilung, des Zweifrontenkrieges, der Reichspflichten, des Dauerzweits mit Österreich sowie der finanziellen und militärischen Erschöpfung den Überblick zu verlieren. Zum Jahreswechsel 1794/95 hatten sich die Preußen fast ungeschlagen auf die Rheingrenze zurückgezogen. „Aus Müdigkeit und Mattigkeit unterliegen unsere Truppen siegend“, so Möllendorff. Man müsse den Krieg beenden, da sonst der Geist der Revolution noch weiter um sich greife. In dieser Situation überließ der König dem Generalfeldmarschall die Initiative.

Der das Französische fließend beherrschende Generalfeldmarschall hatte be-

reits im August 1794 die Möglichkeiten eines Friedens zu sondieren begonnen. Selbst verwegene Offiziere wie Rüchel, Hohenlohe und Blücher waren am Ende dieses Krieges abgekämpft und betrachteten das Bündnis mit Österreich als Verrat an der friderizianischen Politik. Preußen beendete das Ringen am Rhein mit dem Sonderfrieden von Basel im April 1795 und zog sich auf die Linie Ostfriesland, Münster, Kleve, Limburg bis zum Main zurück.

Dienst unter Friedrich Wilhelm III.

Als Napoleon 1806 Europa mit Krieg überzog, machte der greise General, der inzwischen dem dritten König diente, keine gute Figur – doch damit war er nicht allein. Der 82-Jährige war an der Seite Friedrich Wilhelms III., als Napoleon in Jena und Auerstedt die Preußen vernichtete und gab den fliehenden Truppen den Weg ins ungünstige Erfurt frei, wo nur noch die schmachvolle Kapitulation blieb. Noch zwei Jahre zuvor hatte Möllendorff eine Manöverdisposition verfasst, welche die fehlende Weiterentwicklung des Militärs geradezu dokumentierte.

Möllendorff und auch Rüchel hatten unter Friedrich II. das Kriegshandwerk gelernt, sich und ihre Truppen aber nicht weiterentwickelt. Dass Möllendorff in Berlin auch noch von Napoleon das Großkreuz der Ehrenlegion annahm, verübten ihm vor allem Patrioten. Der hochbetagte General erlebte noch die Reorganisation der Truppen mit, war aber an den Befreiungskriegen nicht mehr beteiligt.

Der Kinderlose adoptierte 1813 seine Urgroßneffen Hugo, Ottocar und Arnold von Wilamowitz. Dadurch kam es – mit königlichem Einverständnis – zum Doppelnamen Wilamowitz-Möllendorff. Am 28. Januar 1816 starb Wichard von Möllendorff 92-jährig in Havelberg und wurde in einem Mausoleum im Park von Schloss Gadow bestattet. Nach ihm hatte Friedrich der Große das hinterpommersche Dorf Möllendorff [Mlynj] benannt.

HEINRICH NORDHOFF

„Mr. VW“ machte den „Käfer“ zum Wirtschaftswunder-Symbol

Mit luftgekühltem Boxermotor im Heck und Heckantrieb brachte der Preuße Volkswagen an die Spitze Europas

Es ist nun nicht so, dass Heinrich Nordhoffs Weg an die Spitze von VW schnurgerade verlaufen wäre, aber fast alle Stationen seiner Entwicklung passen zu seiner späteren Führungsposition. Dem vor 125 Jahren, am 6. Januar 1899, in Hildesheim geborenen Preußen war als Sohn eines Bankprokuristen und späteren Versicherungsmanagers nach dem Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg, aus dem er verwundet heimkehrte, eine akademische Ausbildung beschieden. Von 1920 bis 1927 studierte er Maschinen- und Schiffbau an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg. In der Studienzeit machte er Praktika bei Autos herstellenden Unternehmen wie Daimler-Benz, Hanomag und MAN. Nach dem Studium fing er bei den Bayerischen Motorenwerken an. Die bauen zwar mittlerweile auch Autos, aber damals arbeitete er für das Unternehmen als Flugmotorenkonstrukteur. Nicht von ungefähr zeigt das BMW-Logo nicht nur die Farben Bayerns, sondern auch einen drehenden Flugzeugpropeller vor blauem Himmel.

Nachdem die Adam Opel AG 1929 von General Motors (GM) geschluckt worden war, wechselte Nordhoff noch im selben Jahr zu Opel. Mit diesem Wechsel in US-

amerikanische Dienste handelte Nordhoff ganz im Sinne der Unternehmensphilosophie des Volkswagenwerkes. Das Werk des KdF-Wagens am Mittellandkanal wollte Adolf Hitler nämlich zu einem deutschen Pendant des Ford-Werkes am River Rouge machen. Zu diesem Zweck wurden gezielt Deutschamerikaner aus US-amerikanischen Automobilwerken abgeworben, sodass Füße auf dem Schreibtisch in der Stadt des KdF-Wagens weniger verpönt waren als anderswo in der deutschen Industrie. Nordhoff war zwar kein Deutschamerikaner, aber er nutzte die Arbeit für ein Tochterunternehmen von GM, um von den US-Amerikanern zu lernen. Ob seines Interesses, Engagements und Fleißes spendierte General Motors dem Deutschen sogar eine USA-Reise zum Studium der Produktions- und Vertriebsmethoden bei GM. Bis 1942 hatte es Nordhoff bei Opel bis zum Vorstandsmitglied geschafft. Noch im selben Jahr wurde er Leiter des Opel-Lkw-Werks in Brandenburg an der Havel und damit auch Wehrwirtschaftsführer.

Als solcher war er nach dem Krieg für ein Unternehmen in US-Besitz untragbar. Die Briten sahen die Entnazifizierung etwas lockerer, und so wechselte Nordhoff



Vor 125 Jahren geboren: „König Heinrich“

1945 an die Spitze der Opel-Generalvertretung Ernst Dello & Co. im britisch besetzten Hamburg.

Ebenfalls in der britischen Besatzungszone lag die von den Briten in „Wolfsburg“ umbenannte Stadt des KdF-Wagens mit ihren Produktionsstätten für den „Käfer“. Letztere wurden von dem britischen Major Ivan Hirst verwaltet. Da kein Unternehmen der Siegermächte ernstes Inter-

esse an dem zu 64 Prozent kriegszerstörten Werk und dessen Produkt zeigte, wurde die Betriebsübergabe in deutsche Hände vorbereitet. Auf Hirsts Empfehlung hin bestellte die britische Kontrollkommission Nordhoff zum Generaldirektor.

Nun begann der sagenhafte Aufstieg des „Käfers“ zum schließlich meistgebauten Auto der Welt. Beruhend auf der Philosophie des „Käfers“ mit dessen luftgekühltem Boxermotor im Heck, der die Heckräder antreibt, wurde nun unter Nordhoffs Führung eine ganze Modellpalette entwickelt. Dem VW Typ 1, dem „Käfer“, folgte als erstes 1950 ein Kleinbus und Transporter, der Typ 2, mit dem das westdeutsche Kleingewerbe motorisiert wurde, um es etwas überspitzt und pathetisch zu formulieren. Für Aufsteiger im Wirtschaftswunderland, denen der „Käfer“ zu klein geworden war, gab es ab 1961 die Mittelklasselimousine Typ 3. Für Gewerbetreibende gab es als Alternative zum Typ 2 auch eine Kombiversion des Typ 3, den Variant. Für die etwas sportlicheren Fahrer gab es ab 1955 beziehungsweise 1961 Sportcoupé-Versionen der Typen 1 und 3, die Typen 14 und 34.

Im Gegensatz zum sogenannten kleinen stellte sich der große VW Karmann

Ghia als wenig erfolgreich heraus, und so wurde bald ein Nachfolger für ihn gesucht. Porsche hingegen suchte ein Einstiegsmodell unterhalb des 911er. So entstand als Koproduktion der VW-Porsche, dessen Mittelmotor je nach Wunsch und Geldbeutel des Kunden von VW oder Porsche stammte.

Dieser von 1969 bis 1976 produzierte Zwitter ist exemplarisch für die enge Zusammenarbeit von Nordhoff mit der Familie und dem Unternehmen des „Käfer“-Entwicklers. Seit 1959 bestand sogar ein verwandtschaftliches Verhältnis: Nordhoffs jüngste Tochter heiratete einen Enkel Ferdinand Porschens.

Wer den VW-Porsche mit dem VW-Aggregat orderte, bekam den Einspritzmotor des oberhalb des Typ 3 angesiedelten VW-Mittelklassemodells Typ 4. Dieser wegen seiner langen Fronthaube auch „Nasenbär“ genannte VW 411 kam erst nach Nordhoffs plötzlichem Herztod am 12. April 1968 auf den Markt und markiert das Ende zweier Epochen bei VW, der des Heinrich Nordhoff und der des „Käfer“-Konzepts. Nordhoffs Nachfolger vollzogen den Wechsel zum heutigen Golf-Prinzip mit wassergekühltem Motor und Frontantrieb. *Manuel Ruoff*

OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

Von Weihnachten bis Heilige Drei Könige

Kabinettausstellung der OL widmet sich dem Brauchtum in Ostpreußen – Einen Schwerpunkt bilden die zwölf Raunächte

VON JÖRN BARFOD

Das Ostpreussische Landesmuseum (OL) zeigt noch bis zum 24. Februar eine Ausstellung zu einem volkskundlichen Thema: „Stinthengste, Krähenbeißer, Lange Wurst und Co. Ostpreussische Bräuche im Wandel“. Seit etwa einem Jahr ist am Museum Hannah Janowitz für die ethnologische (volkskundliche) Sammlung tätig. Sie hat diese Ausstellung konzipiert und organisiert.

Bräuche sind ein wichtiger Bestandteil der Kulturgeschichte, sie gehörten und gehören zum Leben eines jeden Mitglieds einer Gesellschaft. Sie betreffen jeden einzelnen und verbinden durch die Formen der Feier, die viele zusammenführt. Durch besondere Formen sind Bräuche auch charakteristisch für die jeweilige Region, in der sie ausgeübt werden oder wurden. Ostpreußen war reich an diesen Kulturformen. Die Ausstellung präsentiert eine Auswahl von ostpreussischen Bräuchen und geht auch der Frage nach, was nach Flucht und Vertreibung aus ihnen wurde.

Bräuche im Jahreslauf sind auch in Ostpreußen einerseits mit der Kultur des Christentums und dem kirchlichen Kalender verbunden, andererseits mit der Arbeit, meist aus der Landwirtschaft. Weihnachten gehört für viele zu den emotional am stärksten bewegenden



„Osterwasser holen“: Farbholzschnitt von Eduard Bischoff aus dem Jahre 1963

Festen. Weihnachtsbäume gab es in Ostpreußen seit dem 19. Jahrhundert. Besonderheiten aber, die kaum noch erinnert werden, hebt die Ausstellung hervor: die Adventsmütterchen in Elbing zum Beispiel. In weiße Laken gehüllt und mit großen Strohhüten sammelten Frauen in den Straßen Elbings in der Vorweihnachtszeit Geld für Bedürftige und Kranke. Dieser Brauch reichte bis ins Spätmittelalter zurück.

Zwölf Raunächte

Eine spezielle Form eines weihnachtszeitlichen „Bäumchens“ war das sogenannte Wintarjeensboomke (Winterbäumchen), ein pyramidenförmiges Gesteck aus vier Äpfeln mit kleinen Tannenzweigen und vier Kerzen versehen. Erinnert wird auch an besondere Speisen für die Weihnachtstage. Zu ostpreussischen Weihnachtsbräuchen gehörte ein Umzug mit dem Brummtopf von Haus zu Haus, oft von größeren Kindern in Verkleidung veranstaltet. Verbunden damit war eine Bitte um Gaben, es handelte sich, wie das volkskundliche Fachwort lautet, um einen „Heischebrauch“.

Besonders vielfältig war das Brauchtum an Silvester/Neujahr und der Zeit darum herum, den zwölf Raunächten



Der Stinthengst: Hölzerne Darstellung aus der Patenstadt der Kreisgemeinschaft Sensburg, Remscheid

Foto: Jörg Barfod

(25. Dezember bis 6. Januar). Am bekanntesten wurde der Schimmelreiterzug, eine Gruppe mit besonders phantasievollen Kostümen als Schimmel (mit Reiter), Bär mit Bärenführer, Storch, Soldat, Schornsteinfeger, Bettelweib et cetera. Sie führten sich oft wild auf, Ziel war stets das Einsammeln von Gaben.

Diese Bräuche fanden im ländlichen Raum statt, im ländlich geprägten Ostpreußen der bestimmende Bereich für typische Bräuche. Die Ausstellung erinnert aber auch an einen städtischen Neujahrsbrauch. Den Hintergrund bildete das Deuten der Zukunft im neuen Jahr, was allgemein sehr beliebt war zu diesem Anlass. Beim „Glücksgreifen“, wie es um 1900 in ostpreussischen Städten geübt wurde, hatte man kleine gebackene Symbolfiguren unter umgedrehten Tellern auf dem Tisch verteilt. Jede Person deckte für sich einen Teller auf, und es wurde dann aus der Gestalt der Figur etwas vorhergesagt. Es ging um Fragen von Besitz, Geld, Heirat, gelegentlich auch negative Ereignisse wie Unglücke und so weiter. Diese Funktion findet sich heute etwa noch in der Sitte des silvesterlichen Bleigießens.

Fastnacht und Ostern

Fastnacht wurde auch in Ostpreußen gefeiert, mit Umzügen, Kostümierungen und teilweise speziellen Tanzreigen, bei denen ein Bügel eine Rolle spielte.

Für Ostern werden in der Ausstellung mehrere Bräuche behandelt, erwähnt sei hier das Osterwasserholen in der Frühe des Ostermorgens, vor Sonnenaufgang von jungen Frauen schweigend zu tun. Sollte doch eine reden oder lachen, war

die geheimnisvolle Kraft des geholten Wassers verloren.

Es wundert nicht, dass im Agrarland Ostpreußen die Erntebräuche eine große Rolle spielten. Diese Feiern, die besonders auf größeren Betrieben und den Gütern sehr gepflegt wurden, hatten stets die Begegnung der Arbeiter mit der gutsherrlichen Familie zum Inhalt. Feieranlässe waren dabei sowohl der Beginn der Erntearbeiten wie auch ihr Abschluss, bei dem die gebundene Erntekrone, in Ostpreußen teilweise Plon genannt, im Mittelpunkt stand.

Taufe und Patengeschenk

Neben den Bräuchen im Jahreslauf stehen die Bräuche im menschlichen Lebenslauf, verbunden mit den kirchlichen Feiern. Bei Taufen wurden viele Gepflogenheiten beachtet, die man bis heute kennt. Weiße Taufkleider, die Unschuld des Täuflings symbolisierend, waren verbreitet. Weißes Leinen und Spitzen machten im 19. Jahrhundert die Pracht aus.

Ein besonderes Kapitel waren die Patengeschenke, oft nützliche Gegenstände, gern aus Silber gemacht, Becher, Bestecke, früher auch Münzen oder Medaillen aus Edelmetall. Früher gab es eine größere Anzahl von Paten und Patinnen. Der Sinn bei dieser Sitte war auch, solche, womöglich höherstehende und vermögende Personen an die Familie zu binden und dem Kind für spätere Zeit Hilfsquellen zu erschließen.

Dass Patengeschenke als etwas Besonderes angesehen wurden, belegt der Umstand, dass oft Patenbecher, Bestecke und Ähnliches 1945 mit ins Fluchtgepäck ka-

men. Auch daran erinnert die Ausstellung mit gezeigten Gegenständen.

Verlobung und Hochzeit

Nicht weniger wichtig waren Verlobung und Hochzeit. Die Ausstellung behandelt



„Krajebietter“: Holzschnitt von Eduard Bischoff aus dem Jahre 1963

Foto: OL

Die Ausstellung erweitert die Art der dargestellten Bräuche durch regionale gegenständliche Besonderheiten. So ist der Stinthengst eine Erscheinung, die aus der Sage stammt: Der König der Fische hatte sich in einem Netz verfangen und versprach den Fischern, dass er sie reich belohnen werde, ließen sie ihn am Leben. Die Fischer taten dies, aber sie setzten ihn gefangen. Er bescherte ihnen dann reiche Fänge. Diese Sage bestand in Nikolaiken [Mikolajki], Kreis Sensburg [Mragowo].

Heutzutage weniger bekannt dürfte auch der Brauch sein, dass Braut und Bräutigam versuchen, sich nach der Trauung gegenseitig auf die Füße zu treten. Motiv war der Glaube, dass die Person, der es zuerst gelang, das Sagen in der Ehe haben würde.

Gegenständliche Besonderheiten

Die Ausstellung erweitert die Art der dargestellten Bräuche durch regionale gegenständliche Besonderheiten. So ist der Stinthengst eine Erscheinung, die aus der Sage stammt: Der König der Fische hatte sich in einem Netz verfangen und versprach den Fischern, dass er sie reich belohnen werde, ließen sie ihn am Leben. Die Fischer taten dies, aber sie setzten ihn gefangen. Er bescherte ihnen dann reiche Fänge. Diese Sage bestand in Nikolaiken [Mikolajki], Kreis Sensburg [Mragowo].

Deshalb befestigte man dort später einen großen hölzernen Fisch bei einer Brücke. In der Ausstellung wird ein solcher hölzerner Fisch gezeigt. Er kommt aus der Patenstadt der Kreisgemeinschaft Sensburg, Remscheid.

Krajebietter und Landsmannschaft

Rituale und Sagen sind Quellen für Bräuche. Eine weitere führt die Ausstellung mit der Präsentation der „Krajebietter“ (Krähenbeißer) an. Auf der Kurischen Nehrung bestand eine Fangsitte, die zunächst ungewöhnlich aussieht. Die arme Nehrungsbevölkerung musste sich für die fischfanglose Winterzeit Nahrungsvorrat anlegen. Ein Bereich davon war der Fang der Krähen, die im Herbst zur Vogelzugzeit zu Abertausenden auf der Nehrung rasteten. Angelockt durch Lockvögel oder Köder fing man die Vögel durch Netze. Der Fänger tötete sie durch einen Biss in die Schädeldecke. Daher die Bezeichnung Krähenbeißer. Für die Nehrungstouristen wurde dies zu einer etwas absonderlichen Sensation, durch Fotos und Berichte verbreitet. Die eingemachten Vögel fanden später auch ihren Weg in Delikatessengeschäften in Königsberg und Berlin, als „Nehrungstauben“.

Schließlich vergisst die Ausstellung auch nicht die bereits schon 75 Jahre lan-

ge Tätigkeit der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), der Kreisgemeinschaften und weiterer Vereine, die sich neben den Aufgaben der Interessenvertretung unter anderem auch sehr der Pflege der Kultur annahmen. Dies war zur Identitätsfindung und Selbstvergewisserung der Flüchtlinge und Vertriebenen ein unabdingbarer Beitrag. Feste, Veranstaltungen und Seminare fanden und finden statt, dazu erschien eine große Zahl von Veröffentlichungen mit historischen Schilderungen und praktischen Anleitungen.

Natürlich kann in einer Ausstellung nur ein Bruchteil der vielfältigen Bräuche, Legenden und Darstellungen aus Ostpreußens reichen Kulturtraditionen gezeigt werden. Es ist hier gelungen, eine kluge Auswahl zu treffen und sie anschaulich zu präsentieren. Ein Besuch lohnt sehr, auch wegen der relativen Seltenheit dieser Thematik in der hiesigen Ausstellungslandschaft.

● Nähere Informationen zur Kabinettausstellung „Stinthengste, Krähenbeißer, Lange Wurst und Co. Ostpreussische Bräuche im Wandel“ bietet das Ostpreussische Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Fax (04131) 75995-11, E-Mail: info@ol-ig.de



Der Hochzeitsbitter: Ausschnitt aus dem Gemälde „Hochzeit im Ermland“ von Johann Arthur Nikutowski aus dem Jahre 1879

Foto: OL

VON RICHARD DREXL

Kaum eine Regierung ist so unvermittelt auf dem Boden der Tatsachen gelandet wie die rot-grün-gelbe-Koalition in Berlin. Mehr Fortschritt sollte gewagt werden, ein Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit Deutschland aus der Erstarrung der Merkel-Zeit befreien. Unter dem Ampel-Koalitionsvertrag war die Tinte kaum trocken, da marschierte die russische Armee am 24. Februar 2022 in die Ukraine ein. Damit brach die europäische Nachkriegsordnung wie ein Kartenhaus zusammen. Der neuen Bundesregierung wurden über Nacht neue Prioritäten beschert. Was aber ist nach nun bald zwei Jahren daraus geworden? Sind Staat und Gesellschaft auf dem richtigen Weg? Ist die „große nationale Kraftanstrengung“ (so Kanzler Scholz bei seiner „Zeitenwende“-Rede 2022) praktische Regierungspolitik geworden?

Immerhin wurde mit dem 100-Milliarden Sonderprogramm für die Bundeswehr über Nacht ein deutlicher Aufschlag vorgelegt. Die 5000 Helme der unglücklichen Christine Lambrecht für die Ukraine waren nicht das letzte Wort. Die Unterstützung dieses um seine schiere Existenz kämpfenden Landes wurde mit Milliarden Euro, schweren Waffen und militärischer Ausrüstung stetig ausgeweitet.

Ungelöst bleiben jedoch im Bundeshaushalt eine Reihe gärender Zielkonflikte. Soziale Wohltaten wie die umstrittene Erhöhung des Bürgergeldes nehmen weiterhin zu, an den Maßnahmen zur Dämpfung des Klimawandels soll nicht gespart werden, und die ideologiegetriebene Energiepolitik bleibt unangetastet. Dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, dem Hin-und-her-Buchen von staatlichen Kreditermächtigungen zwischen Schattenhaushalten einen Riegel vorzuschieben, zu nächtelangen Krisensitzungen mit halbgenen Streichvorschlägen führte zeigt, dass bislang kein Ressortminister den gewohnten Weg des großen Geldausgebens verlassen hat.

„Weiter so!“ statt „Zeitenwende“

Die Folgen sind fatal: Die vielbeschworene „nationale Kraftanstrengung“ zur Wiederaufrüstung der Bundeswehr versandet. Mittelfristig fehlt mit dem Aufbrauchen des 100-Milliarden-Sonderprogramms auch für Betriebsausgaben die Priorität für Verteidigungsausgaben. Dem weigert sich die Koalition – zum Schaden der Wehrhaftigkeit. Mit dem bisherigen Haushaltsansatz sind weitere große Rüstungsprogramme über die Beschaffung der fliegenden US-Waffensysteme F-35 und CH-47 etc. (siehe PAZ vom 15. September 2023) hinaus nicht zu realisieren. Die Munitionsdepots sind leer, die Infrastruktur bedarf vielerorts der Erneuerung, die Armee ist so wenig digital wie das ganze Land, ein Teil hat es sich in hohen Ämtern und Stäben unter dem Patron Sankt Bürokratie bequem gemacht. Vom fehlenden Nachwuchs ganz zu schweigen. Eine neue Bundeswehr muss her, mit kleinen Scheinen ist die nicht zu bezahlen.

Ein Blick zurück verdeutlicht die lange Wurzel der Misere. Nicht weniger als zehn Jahre wurden von den Vorgängerregierungen versammelt, mit Annexion der Krim 2014 durch Russland hätte das Ruder herumgerissen werden müssen. Das „Weiter so!“ hat militärisch massiv geschadet, die NATO-Partner vergrätzt und sicherheitspolitisch einen exorbitanten Schuldenstand angehäuft. Mit dem 1,3-Prozent-Anteil am Brutto sozialprodukt für die Verteidigung waren gerade einmal die Auslandseinsätze wie Afghanistan und Mali zu finanzieren. Um den Materialbedarf der Einsatzkontingente zu decken, wurde rares Wehrmaterial von Einheit zu Einheit weiter verliehen. „Dynamisches Verfügbarkeitsmanagement“ hieß die Problemlösung des armen Mannes.

Dass die Bundeswehr heute nicht mehr die Mannschaftsstärke des Kalten Krieges von 500.000 Mann benötigt, ist



Anhaltendes Fremdeln trotz erklärter „Zeitenwende“: Bundeskanzler Olaf Scholz und die Bundeswehr

Foto: imago/Chris Emil Janßen

SICHERHEIT

Die Zeitenwende – Soufflee in Schwarz-Rot-Gold

Für jeden anspruchsvollen Koch ist es ein Malheur, wenn das bestellte Gericht am Tisch in sich zusammenfällt. An Kanzler Scholz hingegen scheint es vorbeizugehen, dass aus seiner groß angekündigten „Zeitenwende“ die Luft entweicht. Er steht mit Staat und Gesellschaft vor einer Herkulesaufgabe

dabei unbestritten. Nachdem die Landesverteidigung 2003 als nicht mehr „strukturbestimmend“ eingestuft wurde, ging es mit der Demilitarisierung von 2011 unter Verteidigungsminister de Maizière erneut ans Eingemachte.

Selbst angesichts des verdeckten Krieges in der Ostukraine behielt das Militärische seinen marginalen Stellenwert. Der Schrumpfungsprozess der Streitkräfte wurde mit der Auflösung von Kampfeinheiten, mit Standortschließungen und dem Verschrotten oder Verschenken von Waffensystemen unverdrossen fortgeführt. Ausgelegt auf internationale Kriseneinsätze wurde der Gedanke der Abschreckung zu den Akten gelegt, man war ja von Freunden umgeben.

Land ohne strategische Kultur

Abrüstung im Blindflug trotz Gewitterfronten in Europa nannte dies der frühere Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, Hans-Peter Bartels. Von der Leyens Trendwenden für Material, Personal und Finanzen machten die Bundeswehr nur noch teurer, aber nicht besser. Sowohl der französische Präsident Emmanuel Macron, der stärkere europäische Verteidigungsanstrengungen annahmte, als noch mehr US-Präsident Donald Trump stießen mit ihren Forderungen nach einer Erhöhung der deutschen Verteidigungsanstrengungen in Berlin auf taube Ohren. In Angela Merkels Politik der Orientierung an Umfragen und Wählerwünschen hatte die strategische Neuausrichtung keinen Platz.

Wie die politischen Instanzen ist allerdings auch die Gesellschaft des Militärs entwöhnt. In Afrika oder dem Nahen Osten, in Afghanistan und vielleicht auf dem Balkan, auf dem europäischen Kontinent hat der Krieg aber ausgedient, lautete die Devise auch in den Medien. Die fehlende Wehrpflicht konnte ebenfalls nicht mehr dafür sorgen, dass an den Küchentischen über Militär, Krise und Krieg gesprochen wurde. Ergo ist ein Bewusstsein für Bedrohungen unseres freiheitlich-demokra-

tischen Staatswesens in der Bevölkerung so gut wie nicht mehr vorhanden. Dass ein liberaler Rechtsstaat im Ernstfall auch mit militärischen Mitteln verteidigt werden muss, behandelt kein Lehrer mehr in den Schulen, aus denen die Jugendoffiziere der Bundeswehr oft genug ausgesperrt waren. Ohnehin wurden von den Lehrern lieber friedensethische Themen behandelt und Mahatma Gandhi beschworen sowie auf Kirchentagen dazu aufgerufen, auch die zweite Wange hinzuhalten. Dass nun selbst nach zwei Jahren Krieg in der Ukraine kein öffentliches Bewusstsein dafür existiert, es bei Russland und China mit imperialen Mächten zu tun zu haben, verwundert daher nicht.

Nach Gerhard Schröder musste sich mit Olaf Scholz erneut ein sozialdemokratischer Bundeskanzler mit dem grausamen Thema Krieg in Europa befassen, der den Krieg sicher nicht gewollt hat, gleichwohl für das Handeln Deutschlands die Verantwortung trägt. Längst hätte der Kanzler angesichts der Lage die Gesellschaft darauf einstimmen müssen, der äußeren Sicherheit eine höhere Priorität einzuräumen.

Doch nicht so Olaf Scholz. In seiner Regierungserklärung im Bundestag zum Haushalt 2024 erklärte er, dass das Karlsruhe Urteil am Versorgungsstaat nichts ändern werde: „Allen Bürgerinnen und Bürgern sage ich: In Ihrem Alltag, hier und heute, ändert das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nichts – völlig unabhängig davon, ob Sie Kindergeld oder BAföG bekommen, eine Rente oder Wohngeld. Wir lassen niemanden allein.“ Anstatt den Bürgern reinen Wein einzuschenken und den offenkundigen Zielkonflikt zwischen überbordenden Sozialausgaben und notwendiger Sicherheitsvorsorge zu erklären, verteilte er lieber Beruhigungspillen. Und anstatt an die „große nationale Kraftanstrengung“ seiner Zeitenwende-Rede anzuknüpfen, wollte er lieber den Eindruck vermitteln, dass erforderliche Mittel auf den Bäumen wachsen.

Vom gerade verstorbenen Wolfgang Schäuble stammt der Satz zu Merkels Politik: „Ich würde entschlossener vorgehen und sagen, Leute, da geht’s lang.“ Dies passt auch auf Olaf Scholz. Wie die Bundeswehr nach Boris Pistorius wieder „kriegstüchtig“ werden soll, bleibt das Geheimnis des Kanzlers. Die Wehrbeauftragte Eva Högl hält bis zu 300 Milliarden Euro für erforderlich, um mit Waffensystemen, Ausrüstung und Munition die Streitkräfte wieder auf Vordermann zu bringen.

Dabei sind die haushalterischen Probleme nur ein Teil der Misere. Die Mannschaftsstärke der Bundeswehr soll von etwas über 180.000 Soldaten wieder auf 203.000 steigen. Die Bewerberzahlen für den Dienst in den Streitkräften gehen aber zurück. Selbst an Weiterverpflichtungen mangelt es trotz guter Aufstiegschancen, vergleichsweise hohen Gehältern und freier Bahnfahrt für uniformierte Soldaten.

Gefragt ist starke Führung

An Schulen und Universitäten muss pazifistischen Auswüchsen entgegengetreten werden. Kultusbehörden dürfen es nicht mehr durchgehen lassen, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr keinen Zugang zu Schulen erhalten. Es spricht alles für die Vermittlung sicherheitspolitischer Inhalte insbesondere auch für einen Teil der Lehrerschaft. Die Krisen dieser Welt verlangen nach Einordnung und Erklärung. Es ist auch nichts Verwerfliches daran zu erkennen, wenn Wehrdienstberater an Schulen und Universitäten für den Dienst in den Streitkräften werben. Was der Deutschen Bahn und anderen erlaubt ist, sollte für den militärischen Dienst billig sein. Von der absehbaren Unterstellung von pazifistischer Seite, dies stelle eine Militarisierung der Gesellschaft dar, sollte man sich nicht irritieren lassen. Wie sonst soll die Bundeswehr „wieder einen Platz in der Mitte der Gesellschaft“ bekommen?

Zu den erforderlichen Maßnahmen gehört auch die Aufhebung sogenannter Zivilklauseln, die militärische Forschung

an Hochschulen verbieten. Auch Unis und linke Professoren leben vom Steuergeld der sozialen Marktwirtschaft.

Kommt die Dienstpflicht?

Alles in allem sprechen gute Gründe dafür, entweder die leichtfertig aufgegebene Wehrpflicht wieder zu reaktivieren, oder besser noch, eine für beide Geschlechter geltende allgemeine Dienstpflicht für existenziell-wichtige Aufgaben einzuführen. Zurück zu alten Prioritäten zur Stärkung des Gemeinschaftsgeistes lautet die Devise. Die Durchhaltefähigkeit für Krisenlagen muss verbessert werden.

Doch selbst in der Rüstungspolitik ist die „Zeitenwende“ nicht angekommen, wie an der verhinderten Lieferung von 50 Eurofightern nach Saudi-Arabien zu sehen ist. Waffen in diese Konfliktregion gehen nicht, sagen die Grünen, lieber treiben sie die Araber in die Hände der Chinesen. Ist etwa nicht bekannt, dass der Export die einzige deutsche Flugzeugproduktion am Leben hält, wirtschaftliche Stückzahlen ermöglicht und Empfängerländer bindet? Hinzu kommt, dass die Partner Großbritannien, Italien und Spanien toben ob dieses Verstoßes gegen bestehende Verträge. Deutschland disqualifiziert sich damit ausgerechnet jetzt als Partner von Rüstungsprojekten.

Womit wir bei einem Kernproblem von Demokratien wären, dem zeitraubenden Aushandeln von Kompromissen. Diktaturen haben damit keine Mühe. Dass die Luft aus der „Zeitenwende“ raus ist verwundert nicht, wenn selbst an der Spitze des Staates statt Tacheles um den heißen Brei herumgeredet wird. Scholz muss die Herkulesaufgabe endlich beherzt angehen, will er die Kanzlerdämmerung noch vermeiden.

● **Richard Drexler** ist Oberst a.D. und seit 2014 Präsident des Bayerischen Soldatenbundes 1874 e.V. Zuletzt erschien „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr in der Krise“ (FinanzBuch 2021). www.m-vg.de

JAHRESWECHSEL IN CRANZ

Russische Touristen als Preistreiber

Bezahlbare Hotels waren bereits im November ausgebucht – 20 Prozent mehr Gäste als im Vorjahr

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Im Ostsee-Kurort Cranz übertraf an diesem Jahreswechsel die Länge der in den Straßen aufgehängten Neujahrsgirlanden die Länge der Strandpromenade. Die glitzernden Lichter von Cranz erstreckten sich über vier Kilometer.

Die Fußgängerzone im Cranzer Zentrum war von den Geschäftsinhabern selbst geschmückt worden. Um die Vielfalt und Buntheit der Beleuchtung zu fördern, hatte die Stadtverwaltung einen Wettbewerb veranstaltet und Preise für die besten Dekorationen vergeben. Einen ähnlichen Wettbewerb gab es auch für Wohnungseigentümer. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen – Cranz erstrahlte bereits einen Monat vor dem Jahreswechsel in allen Farben. Und das nicht ohne Grund, denn für Neujahr wurde ein neuer Rekord bei der Touristenanzahl erwartet.

Auf der Liste der beliebtesten Reiseziele für den Neujahrurlaub standen diesmal die Skigebiete in der Region Krasnodar und im Kaukasus. Am häufigsten werden jedoch Ausflugsreisen ins nördliche Ostpreußen gebucht. Die Zahl der Buchungen war im Vergleich zum Vorjahr um etwa 20 Prozent gestiegen. Schon Ende November gab es auf den Websites der russischen Reiseveranstalter nur noch wenige Angebote. Die durchschnittlichen Kosten für eine Reise in die Region lagen umgerechnet bei rund 800 Euro. In diesem Betrag waren ein Flug für zwei Personen in der Economy-Klasse sowie eine Woche Unterkunft in einem Standardzimmer eines Drei-Sterne-Hotels enthalten.

Zu den teuersten Offerten zählten einwöchige Aufenthalte in den Kurorten und auf der Kurischen Nehrung. Für die



Lassen sich von der rauhen Witterung nicht abschrecken: Touristen in Cranz

Foto: J.T.

Summe von knapp 900 bis 1300 Euro wurden Unterkünfte in Drei- oder Vier-Sterne-Hotels mit Frühstück und Flüge angeboten.

Ostpreußen günstiger als die Türkei

Eine selbst organisierte Silvesterreise ins Königsberger Gebiet ohne Pauschalreise für zwei Personen kostete deutlich mehr – etwa 1500 Euro. Ein erheblicher Teil der Kosten musste für einen Flug ausgegeben werden – der Preis für ein Ticket von Moskau nach Königsberg-Powunden für zwei Personen betrug knapp 600 Euro. Zugfahr-

karten für Ende Dezember und Anfang Januar waren nicht mehr verfügbar.

Insgesamt sind die Preise für Reisen ins nördliche Ostpreußen drastisch gestiegen. Verglichen mit den Kosten für Reisen in warme Länder wie die Türkei, für welche die Russen bei den preiswertesten Anbietern bereits ab 3000 Euro berrappen müssen, sind die Preise im Königsberger Gebiet eine günstige Alternative, wenn auch mit schlechterem Wetter gerechnet werden muss.

Die Nachfrage nach Urlaub im Königsberger Gebiet hat jedoch nicht nur zu ei-

nem Anstieg der Flugticketpreise geführt. Für die Bewohner des Gebiets hat sich das Leben durch den Touristenansturm empfindlich verteuert. Zu spüren ist das vor allem bei den Kosten für eine Taxifahrt, für Café- und Restaurantbesuche sowie für Lebensmittel. Nachdem die Preise bereits aufgrund der allgemeinen Inflation drastisch gestiegen sind, wirkt sich im Königsberger Gebiet nun zusätzlich der „touristische Faktor“ negativ aus. Die Kaufkraft der Touristen treibt die Preise in die Höhe, und die Einwohner haben das Nachsehen.

DEUTSCH IN ALLENSTEIN

Von Diktaten bis hin zum Jugendwort des Jahres

Jugendliche hatten im Haus Kopernikus die Möglichkeit, ihre Sprachkenntnisse im Wettbewerb zu testen

Im Herbst war das Haus Kopernikus Treffpunkt einer Vielzahl von Jugendlichen. Anlass war das Projekt „Gutes Deutsch = korrektes Deutsch“, das sich der Förderung der deutschen Sprache und Rechtschreibung widmet. Die Veranstaltung bot den Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Sprachkenntnisse zu vertiefen und ihre Fähigkeiten im Bereich der Rechtschreibung zu stärken.

Während des Projekts wurden Arbeitsgruppen gebildet, die zwei Teile umfassten: einen Vortrag über die wichtigsten Rechtschreibregeln im Deutschen und Übungen zur aktuellen Jugendsprache. Die Teilnehmer erhielten wertvolle Einblicke in die deutsche Sprache, aktuelle Sprachphänomene sowie die Entwicklung der deutschen Sprache.

Die Arbeitsgruppen leitete die Professorin und Leiterin des Lehrstuhls für Germanistik Anna Dargiewicz von der Allensteinen Universität, die auch einen spannenden Vortrag hielt. Das ermöglichte den Teilnehmern, sich mit interessanten Begriffen aus der Jugendsprache vertraut zu machen. Dargiewicz beleuchtete auch, wie das sogenannte Jugendwort des Jahres in Deutschland von einer Jury unter der Leitung des Langenscheidt-Verlags

Jahr für Jahr ausgewählt wird. Sie stellte eine Liste von Wörtern vor, die sich in den vergangenen Jahren der größten Beliebtheit erfreuten.

Die Referentin erwähnte in diesem Zusammenhang, welche Ausdrücke in der Republik Polen unter den Jugendlichen am populärsten sind. Darunter befanden sich auch solche, die bei der polnischen Abstimmung zum Jugendwort des Jahres gewonnen hatten. Anschließend konnten die Jugendlichen sich im Diktat versuchen, das als Übung und zur

Festigung der orthografischen Regeln diente. Das Diktat hatte einen besonderen Charakter, da es als Sprachwettbewerb gestaltet war. Die Referentin konzipierte einen Text, der den Teilnehmern Satz für Satz vorgelesen wurde. Die Herausforderung bestand darin, den diktierten Text fehlerfrei aufzuschreiben.

Während eine Jury die Arbeiten bewertete, konnten sich die Jugendlichen an Sprachanimationen beteiligen, die von Edyta Gładkowska im Rahmen der Kampagne des Hauses der Deutsch-Polnischen

Zusammenarbeit „Bilingua – einfach mit Deutsch“ vorbereitet worden waren.

Drei Teilnehmer erhielten Preise

Danach gab es eine kurze Erholungspause mit Pizza. Von der Jury wurden sechs Teilnehmer ins Finale gewählt. In der Endrunde wurde ein anspruchsvollerer Text zur Rechtschreibprüfung vorgelesen, und die drei Teilnehmer mit der höchsten Punktzahl erhielten Preise.

Das Schreiben durch Hören ermutigte die Teilnehmer, kritisch über ihre geschriebenen Texte nachzudenken und ihre Rechtschreibkompetenzen zu stärken. Das Diktat ermöglichte den Wettbewerbsteilnehmern, ihr Wissen über die Jugendsprache zu vertiefen. Insgesamt wurde das abgeschlossene Projekt „Gutes Deutsch = korrektes Deutsch“ von den Veranstaltern als großer Erfolg gewertet, da es dazu beigetragen habe, das Interesse an der deutschen Sprache unter den Jugendlichen aus der Stadt zu wecken. Das Jugendprojekt wurde ermöglicht dank der Finanzierung aus den Mitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat durch den Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG).



Hatten Spaß an den Wettbewerben: Teilnehmer des Projekts „Gutes Deutsch = korrektes Deutsch“ im Haus Kopernikus in Allenstein

Foto: D.K.

● MELDUNGEN

Laufen für den guten Zweck

Königsberg – In diesem Jahr haben die Bewohner des Königsberger Gebiets um den Jahreswechsel zehn Tage frei, da der 30. und der 31. Dezember auf ein arbeitsfreies Wochenende fallen. Der Neujahrsschmuck und die Weihnachtsbäume wurden erst Mitte Dezember in den Straßen der Stadt aufgestellt. Zuvor fand in diesem Jahr auf dem Kneiphof ein Wohltätigkeitsrennen in Neujahrskostümen statt. Erwachsene und Kinder nahmen an dem Rennen teil. Die Teilnehmer wurden von Snegurotschka, Väterchen Frost und anderen märchenhaften Gestalten begleitet. Auch für Haustiere gab es festliche Kleidung. Das Rennen war ein symbolisches ohne Rekorde. Die Strecke war 1,3 Kilometer lang und die Teilnahme kostete umgerechnet knapp vier Euro für Erwachsene, für Kinder in Begleitung eines Erwachsenen war sie kostenlos. Der Organisator der Veranstaltung, die Wohltätigkeitsstiftung „I Believe in Miracle“ („Ich glaube an ein Wunder“), plant, den gesamten Erlös für den Bau des ersten Kinderhospizes in Königsberg namens „House of Fruppolo“ zu verwenden. Ende Dezember zogen die verkleideten Teilnehmer in Cabrios mit Weihnachtsbäumen durch die Straßen von Königsberg. Sie verteilten Mandarinen und Süßigkeiten an die Bürger. J.T.



Foto: J.T.

Im Zentrum von Königsberg: Väterchen Frost und Snegurotschka

Gemeinsam für die Weichselmarschen

Elbing – Die Initiative zur Rettung dieser spezifischen Region ging letztes Jahr von Bauern der Weichselmarschen aus, die sich in den beiden Woiwodschaften Pommern und Ermland-Masuren, in denen das Gebiet liegt, an den Rand gedrängt und vergessen fühlten. 18 Gemeinden beider Woiwodschaften, darunter Elbing, Grunau und Markushof, sind dem Programm der „Woiwodschaften übergreifenden Partnerschaft der Strategie für das funktionale Gebiet der Marschen“ beigetreten. Ziel ist es, der Region gerade in den niedrig gelegenen Gebieten die Chance auf Optimierung der hydrotechnischen Infrastruktur und auf neue Möglichkeiten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu geben. Das Programm wurde angestoßen vom Ministerium für Fonds und Regionalpolitik, das die Selbstverwaltungen mit Hilfe von Beratern und in Kooperation mit dem Polnischen Städtetag bei der Entstehung und Vorbereitung der Strategie sowie Gewinnung von Mitteln aus EU-Fonds unterstützt. U.H.



ZUM 101. GEBURTSTAG

Kugge, Gertrud, geb. **Scharnowski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Januar
Mertsch, Hildegard, geb. **Rugulis**, aus Schwentwokarren, Kreis Memel, am 10. Januar
Salecker, Kurt, aus Ebenrode, am 7. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Murr, Edith, aus Lyck, am 11. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Gründler, Edith, geb. **Scherello**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 5. Januar
Liebert, Ursula, geb. **Klekottka**, aus Lyck, am 11. Januar
Malunat, Hannelore, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Wedler, Hermann, aus Neuginendorf, Kreis Elchniederung, am 11. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hinz, Dora, geb. **Hebmüller**, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 4. Januar
Luthi, Vera, geb. **Tramowsky**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 7. Januar
Stegeberg, Christel, geb. **Vogel**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 5. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Cordes, Martha, geb. **Klecz**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar
Hermenau, Alfred, aus Königsberg, am 10. Januar
Leferink, Herta, geb. **Mann**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Januar
Orlowski, Helmut, aus Langsee, Kreis Lyck, am 8. Januar
Rottmann, Liesbeth, geb. **Wolff**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 5. Januar
Schrick, Elisabeth, geb. **Bahlo**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 9. Januar

Siering, Marianne, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 11. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Aarsen, Ruth van, geb. **Brandt**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 11. Januar
Gresch, Wilhelm, aus Neidenburg, am 10. Januar
Kiel, Otto, aus Lyck, am 7. Januar
Krohm, Luise, aus Ebenrode, am 11. Januar
Krüger, Helmut, aus Gollen, Kreis Lyck, am 5. Januar
Rundt, Hanne-Lore, geb. **Radzio**, aus Lyck, Danziger Straße 31, am 8. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bächle, Ilse, geb. **Jüngst**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 5. Januar
Christiansen, Kunigunde, geb. **Galda**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 10. Januar
Kukielka, Friedrich, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Merzenich, Gretel, aus Wilkenhof, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Piassek, Edith, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 11. Januar
Piasta, Eva, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. Januar
Stiegele, Inge, geb. **Sack**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar
Witt, Helmut, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. Januar
Wüstholtz, Christel, geb. **Balze-reit**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 6. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bolscho, Willi, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Januar
Frank, Lydia, geb. **Rostek**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 7. Januar
Jung, Eva, geb. **Jelling**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 7. Januar
Klewitz, Gerhard, aus Groß Dege-sen, Kreis Ebenrode, am 1. Januar
Reeve, Robert, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Sanden, Helmut, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 11. Januar
Sellhorn, Elisabeth, geb. **Kuczewski**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dannehr, Margarete, geb. **Krause**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 8. Januar
Friedrich, Alfred, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Hanke, Ilse, geb. **Masurat**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 5. Januar
Hein, Alfred, aus Rantau, Kreis Fischhausen, am 5. Januar
Klaus, Heinrich, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 6. Januar
Ludwanowski, Hans-Joachim, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 11. Januar
Pasternack, Edeltraut, geb. **Kuschewitz**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 8. Januar
Reese, Eva-Maria, geb. **Schalwat**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 4. Januar
Richter, Gerda, geb. **Bast**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Januar
Rohmann, Meta, geb. **Liebich**, aus Klausen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Schweissing, Klaus, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 7. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Becker, Helmut, aus Kloben, Kreis Mohrungen, am 9. Januar
Czerepan, Heinz, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 6. Januar
Ehl, Erna, geb. **Dogge**, aus Mohrungen, am 8. Januar
Frank, Erika, geb. **Szodruch**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 8. Januar
Grabowski, Günter, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar
Hinz, Elli, geb. **Behrend**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 7. Januar
Kalwa, Käte, geb. **Beutler**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 11. Januar
Ketter, Edith, geb. **Nowotsch**, aus Seebücken, Kreis Lyck, am 6. Januar
Machnitzke, Erika, geb. **Wagner**, aus Hindenburg, Kreis Labiau, am 8. Januar
Paslack, Gisela, geb. **Gloswatzki**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 5. Januar
Pohlmann, Helmut, aus Waldau, Kreis Königsberg, am 7. Januar
Quinque, Christel, geb. **Milewski**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 5. Januar

Seitz, Eva, geb. **Scheege**, aus Linkau, Kreis Fischhausen, am 10. Januar
Simanski, Wilhelm, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 6. Januar
Zibner, Werner, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 7. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Cyulla, Helmut, aus Groß Stür-lack, Kreis Lötzen, am 7. Januar
Fischer, Gretel, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 8. Januar
Froelian, Günther, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 137, am 8. Januar
Kaleyta, Helga, aus Lyck, Danziger Straße 13, am 11. Januar
Kaulfuß, Hannelore, geb. **Schra-der**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 5. Januar
Klapper, Irmgard, geb. **Klimaschewski**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Köbel, Christa, geb. **Philippzik**, aus Lyck, am 6. Januar
Kopatz, Willi, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar
Kuhn, Erna, geb. **Janz**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 9. Januar
Lichtenstein, Kurt, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar
Nowak, Gerhard, aus Groß Schiemannen, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar
Pietruschinski, Lothar, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 6. Januar
Reinke, Egon, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Seyda, Harry, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 1. Januar
Struck, Emma, geb. **Bobrowski**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 8. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Adaszewski, Elfriede, geb. **Wierczoch**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 10. Januar
Burchard, Theodor, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 6. Januar
Faesel, Ruth, geb. **Dombrowski**, aus Gingen, Kreis Lyck, am 5. Januar
Fellbrich, Rozalia, geb. **Nagy**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. Januar
Gnass, Heinz, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 2. Januar
Hildebrandt, Carolina, geb. **Schneider**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 10. Januar
Kaden, Ilse, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 7. Januar
Kostropitsch, Waltraut, geb. **Czapla**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 10. Januar
Kranz, Edith, geb. **Jankowski**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 6. Januar
Kühn, Marianne, geb. **Ramm**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Januar

Landmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

16. und 17. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter** in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)
 13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)
 19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
 1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
 22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Osterode
 20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
 7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt

1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
 2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
 2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte bei der Landmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Meyhak, Hedwig, geb. **Leitzbach**, aus Leegen, Kreis Ebenrode, am 5. Januar
Moor, Lydia, geb. **Upadek**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 8. Januar
Quassowsky, Georg, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 8. Januar
Rosinski, Wellige, geb. **Blaudzun**, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 1. Januar
Rothe, Dr. Wolfgang, aus Ebenrode, am 8. Januar
Strübing, Günther, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Teske, Martha, geb. **Fröse**, aus Er-len, Kreis Elchniederung, am 11. Januar
Thiede, Hans-Günther, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 9. Januar
Warnat, Christel, aus Lyck, am 8. Januar
Wesenberg, Edith, geb. **Guzewski**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 7. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Biermann, Herbert, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 11. Januar
Buchholz, Winfried, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar
Bunscheit, Günter, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 6. Januar
Fraund, Christel, geb. **Schönfeld**, aus Kallenau, Kreis Ortelsburg, am 6. Januar
Gintaut, Ingrid, geb. **Schwillo**, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, am 5. Januar
Hensel, Helene, geb. **Engelhardt**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 7. Januar
Kuhnert, Prof. Dr. Reinhard, aus Wehlau, am 6. Januar
Liebscher, Gerdy, geb. **Schenke-witz**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 8. Januar
Masanek, Renate, geb. **Kapteina**, aus Ortelsburg, am 5. Januar
Matten, Elfriede, geb. **Meutsch**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 5. Januar
Neukamm, Dieter, aus Hohensalzburg, Kreis Tilsit-Ragnit, am 8. Januar
Pasternak, Jürgen, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 5. Januar
Paszta, Brigitta, geb. **Plikat**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Pest, Ulrich, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 11. Januar
Pohlens, Gerda, geb. **Schickschneit**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 6. Januar
Preukschat, Heinrich, aus Wiesendorf, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar
Rehagel, Dietmar, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 5. Januar

Reuter, Dieter, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 8. Januar
Rist, Renate, geb. **Baumgart**, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 10. Januar
Schiener, Irmgard, geb. **von Einsiedel**, aus Wehlau, am 9. Januar
Seelbach, Marianne, geb. **Licht**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 10. Januar
Symanzik, Erwin, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 9. Januar
Unrau, Winfried, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 6. Januar
Westphal, Helmut, aus Taabern, Kreis Mohrungen, am 11. Januar
Willumat, Alfred, aus Keppen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 7. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Dudda, Ulrich, aus Wehlau, am 10. Januar
Engelke, Burckhard, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 7. Januar
Handt, Renate, geb. **Legat**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 7. Januar
Herrmann, Karin, geb. **Butanowitz**, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 11. Januar
Kleint, Karin, geb. **Kallweit**, aus Ebenrode, am 2. Januar
Lunkeit, Franz-Peter, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 10. Januar
Mannhardt, Helga, geb. **Thewe-leit**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 11. Januar
Satzek, Heinz, aus Groß Schiemannen, Kreis Ortelsburg, am 8. Januar
Truschkowski, Adolf, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 11. Januar
Vieten, Elsbeth, geb. **Pietrzeniuk**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 6. Januar
Wend, Brigitte, geb. **Nossek**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 10. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Brauner, Ruth, geb. **Schareina**, aus Ruttkau, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar
Buchholz, Jürgen, aus Wehlau, am 9. Januar
Hermecke, Willi, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 9. Januar
Kudies, Konrad, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 7. Januar

Zusendungen für die Ausgabe 3/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 3/2024 (Erstverkaufstag 19. Januar) **bis spätestens Dienstag, den 9. Januar**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

PREUSSEN-KURIER

Nürnberg – Die Weihnachtsausgabe des „Preußen-Kuriers“ ist erschienen und über die Internetseite www.low-bayern.de als PDF-Datei oder als Druckausgabe erhältlich mit sehr interessanten Themen.

Sylvia Stierstorfer hat das Amt der Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene in Bayern fünfzehn Jahre ausgeübt. Im November 2023 wurde das Amt von Petra Loibl übernommen.

Es wird mit vielen Bildern über die Veranstaltungen Landeskulturtagung, BJO-Adventstreffen und Ansbacher Gedenken zum Volkstrauertag berichtet

Fata Morganen auf der Ostsee, die neue Touristenroute durch das Königsberger Gebiet, eine Buchpräsentation über die Geschichte der Kleinbahn von Jörg Petzold unterhalten genauso wie die Spekulationen zum Tod der Sängerin Alexandra oder ein Bericht über Luisenwahl. Besonders erwähnenswert ist ein Interview mit dem Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, Gunter Dehnert. CRS



Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Jahreshauptversammlung

Wetzlar – Dienstag, 16. Januar, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld,

35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: „Von der Suchliste Adler zur Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen (LOW)“, eine Chronik der Kreisgruppe Wetzlar in der LOW – Teil 2, Vortrag von Kuno Kutz verbunden mit der Jahreshauptversammlung 2024 mit Wahl des Vorstandes. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinze wies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.

Vorweihnachtliches Treffen

Wiesbaden – Zur vorweihnachtlichen Feier der Landsmannschaft hatten fleißige Hände die Tische vor dem Weihnachtsbaum festlich geschmückt. Auf den bunten Tellern lag neben allerlei Gebäck auch der in der Heimat übliche Mohnstrizel. Das von Brigitte Klemm für jeden Gast gefertigte Tannenbäumchen aus Glanzpapier ergänzte das weihnachtliche Bild.

Mit der Preußenschar feierte auch Stadtverordnetenvorsteher a.D. Wolfgang Nickel, derzeitiger Ortsvorsteher des Wiesbadener Stadtteils Naurod. Die verhinderte Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf hatte Grußworte geschickt. Leider musste Pfarrer Dr. Holger Saal wegen Erkrankung absagen.

„Weihnachten ist das Fest des Friedens, der Besinnung, der inneren Einkehr und des Lichts“, so der Vorsitzende Dieter Schetat bei der Begrüßung. „Die Kerze brennt und trägt das Licht“ hieß es dann auch in dem Gedicht von Jörg Philipp. Am Keyboard trug Mathias Budau zum musikalischen Teil des heimatisch-besinnlichen Programms bei, das ganz im Zeichen von Musik und Gesang stand. Die im Programm eingestreuten Texte sprachen Ilse Klausen, Margitta Krafczyk und Helga Kukwa.

Natürlich durften an diesem Nachmittag auch Erinnerungen an die unvergessene Heimat nicht fehlen. So las Klausen die Erzählung „Weihnachten Zuhause“ der

Königsberger Schriftstellerin Ruth Geede, und Budau ergänzte musikalisch mit der Melodie „Weihnachten bin ich zu Haus“. Ebenso ein Stück Heimerinnerung weckte das „Königsberger-Marzipanherz“ auf jedem Kuchenteller – eine freundliche Spende der einstigen Königsberger Konditorei Gehlhaar, die seit 1954 in Wiesbaden noch ein kleines aber feines Geschäft betreibt.

„Wir leben in einer unruhigen Zeit“, sagte Schetat und nannte beispielhaft die brutalen Kriege, die Wirtschaftskrise und die sich mehrenden Naturkatastrophen. Auch der Verfall der moralischen und ethischen Werte in unserer Gesellschaft bereite Sorge. Wir können etwas tun, meinte der Vorsitzende und gab Worte der Ordensschwester und Missionarin Mutter Teresa zu bedenken: „Der Friede beginnt mit einem Lächeln. Greifen wir nicht zu Bomben und Gewehren, um die Welt zu überwinden, greifen wir zu Liebe und Mitleiden.“

Mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied und der Weihnachtsweise „O du fröhliche“ klang die Feier unter dem eingepielten Geläut der Glocken der Danziger Marienkirche aus. D.S.



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Heimatbrief ist versandt

Die 72. Ausgabe unseres Heimatbriefes Kreis Gerdauen ist kurz vor Weihnachten an alle in der Versandkartei erfassten Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen verschickt worden. Sie enthält auf 128 Seiten wieder viele interessan-

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de
Tel: 040-414008-0



**35,- Euro
zzgl. Porto
und
Verpackung**

te Artikel über das Leben im Kreis früher und heute, über die Arbeit der Heimatkreisgemeinschaft sowie Kultur und Geschichte unseres Heimatkreises. Unter anderem werden der aus dem Kreis Gerdauen stammende Schauspieler Franz Verdier, der bekannte Naturwissenschaftler und Forscher vom Nordenburger See, Walter von Sanden-Guja, und der Gerdauener Fußballer Bernhard Schmidtke vorgestellt. Über Neuigkeiten aus dem Kreisgebiet, wie etwa den Stand der Restaurierung historischer Gebäude in Gerdauen, wird ebenso berichtet wie über den Ort Grünheim, den ostpreußischen Reitergeist und Immanuel Kant, dessen Geburtstag sich 2024 zum 300. Male jährt.

Wer den Heimatbrief noch nicht erhält, ihn aber gern regelmäßig zugeschickt haben möchte, kann sich in unserer Kreiskartei anmelden. Dies ist jederzeit mit dem über die Internetseite www.kreis-gerdauen.de/kreisgemeinschaft/heimatbriefe/neuanmeldung.pdf erreichbaren Formular

möglich. Ausdrucken, ausfüllen, unterschreiben und zurücksenden per E-Mail an kreisartei@kreisgerdauen.de oder per Post an Walter Mogk, Am Eichengrund 1 f, 39629 Bismark. Die Mitgliedschaft in der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen und der Bezug des Heimatbriefes ist mit keinerlei Kosten oder Verpflichtungen verbunden. Wir finanzieren unsere gemeinnützige und ehrenamtliche Arbeit ausschließlich über Spenden unserer Mitglieder und Heimatbrief-Empfänger. Walter Mogk
Kreisvertreter



FOTO: SHUTTERSTOCK



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de, **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Herder-Schülerwettbewerb

Osterode – Während der Reise des Vorstands ergab sich ein Gespräch mit dem Direktor des Lyceums in Osterode, Piotr Patejuk, bei dem der Rahmen für einen Herder-Schülerwettbewerb abgesteckt wurde. Dieser sollte Themen im Geiste Herders bearbeiten, also gegenseitige Achtung und Völkerverständigung, nicht Herder selbst.

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebene, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Das Preisgeld von insgesamt 1000,- Euro, mit dem im November drei Arbeiten ausgezeichnet wurden, wurde vom letzten noch lebenden Abiturienten des Osteroder Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums gestiftet: Armin Mruck ist ein Brückenbauer par excellence. Der nachfolgende Briefwechsel zeigt, dass es ganz in Mrucks Sinne eingesetzt wurde:

„Sehr geehrter, lieber Herr Direktor Patejuk, sehr geehrte, liebe Frau Dota-Kubinska,

der erste Durchgang des ‚Herder-Wettbewerbes‘ liegt nun erfolgreich hinter uns und es wird Zeit, Dank zu sagen: Ihnen, lieber Herr Direktor Patejuk, dafür dass Sie die Idee eines völkerverbindenden Schülerwettbewerbes so bereitwillig aufgenommen und tatkräftig unterstützt haben, und besonders auch Ihnen, liebe Frau Dota-Kubinska, dafür dass Sie die erhebliche Arbeit, die ein solcher Schülerwettbewerb mit sich bringt, zusätzlich zu Ihrer ohnehin schon sehr hohen Unterrichtsverpflichtung auf sich genommen haben. An der Tatsache, dass es bei der Bewertung der eingereichten Arbeiten nicht die geringsten Meinungsunterschiede zwischen uns gegeben hat, kann man erkennen, wie harmonisch die Zusammenarbeit mit Ihnen war.

Danken möchte ich aber auch den Schülern, die an dem Wettbewerb teilgenommen haben. Natürlich sind die Arbeiten unterschiedlich und nicht jede kann mit einem Preisgeld ausgezeichnet werden. Allen Arbeiten gemeinsam ist aber

der geradezu leidenschaftliche Wunsch nach Aussöhnung, Verständigung und Frieden zwischen Polen und Deutschen. Dieses Bekenntnis ist deshalb so glaubwürdig, weil sich die Verfasser auf persönliche Erfahrungen berufen und konkrete Vorschläge machen.

Mehrere Arbeiten heben auch die verbindende Funktion Ihres Schulgebäudes hervor, das früher deutsche Schüler – so auch mein Vater – allmorgendlich betreten, so wie es heute die polnischen Schüler tun. Über dem Eingang ist eine Eule zu sehen, die die Weisheit der griechischen Göttin Athene symbolisiert. Am Ende von Homers Odyssee – nach einer schier endlosen Kette von Irrungen und Wirrungen, nach Leid, Schmerz und Tod, nach Krieg und Heimatverlust – beendet sie ‚den Streit des Krieges, der keine Unterschiede macht‘ – und stiftet Frieden.

Daran wollen wir denken, wenn wir – ob Polen oder Deutsche – das Schulgebäude betreten, und uns aktiv für den Frieden zwischen den Völkern einsetzen. Der ‚Herder-Wettbewerb‘ hat Brücken gebaut und ist damit der Intention seines Initiators und Stifters des Preisgeldes, des letzten noch lebenden Abiturienten des Kaiser Wilhelm Gymnasiums, Prof. Armin Mruck, gerecht geworden.

Ich grüße Sie in enger Verbundenheit sehr herzlich.

Ihr Burghard Gieseler“

„Sehr geehrter Herr Gieseler, ich möchte mich aufrichtig bei Ihnen für Ihr engagiertes Mitwirken und Ihre wertvolle Unterstützung bei der Organisation des Wettbewerbs ausdrücken. Die Zu-

sammenarbeit mit Ihnen war äußerst bereichernd, und ich schätze Ihr persönliches Engagement.

Die Zeit und Mühe, die Sie investiert haben, haben sich zweifellos in der Qualität und dem Erfolg des Ereignisses niedergeschlagen. Mit diesem Wettbewerb haben wir nicht nur die kreativen Talente unserer Teilnehmer gefeiert, sondern auch einen Beitrag zum interkulturellen Dialog geleistet.

Für mich persönlich war diese Zusammenarbeit ein außergewöhnliches Erlebnis, das gezeigt hat, dass wir trotz kultureller Unterschiede, großer Entfernungen und schwieriger Geschichte gemeinsam in die Zukunft blicken können. Die erstaunliche Einigkeit, mit der wir Entscheidungen getroffen haben, war für mich überraschend und ermutigend.

Ich hoffe, dass wir auch in Zukunft Gelegenheit haben werden, gemeinsam an solch inspirierenden Projekten zu arbeiten. Möge die positive Energie und der Zusammenhalt, die wir während des Wettbewerbs erlebt haben, weiterhin in unserer Zusammenarbeit spürbar sein.

Nochmals herzlichen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung und Ihre herzliche Zusammenarbeit. Ich freue mich auf weitere gemeinsame Projekte und wünsche Ihnen persönlich alles Gute.

PS: Im Anhang finden Sie eine Kopie dieser Nachricht, die ich an Professor Mruck sende, um ihn über unsere erfolgreiche Zusammenarbeit zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen
Piotr Patejuk
dyrektor Liceum Ogólnokształcące Nr 1“



Kreisvertreter: Hubertus Hilgen-dorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.
Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Treffen in Rastenburg
Es ist eine gemeinsame Busfahrt nach Rastenburg vom 1. bis 12. Mai 2024 geplant. Ausgangs- und Endpunkt der Fahrt, so sich genügend Personen – mindestens 20 – anmelden, ist Magdeburg.

Wer Interesse an einer gemeinsamen Fahrt hat, möge sich bitte umgehend bei Rita Kalmbach, Telefon (039245) 2828 oder per E-Mail: er-kalmbach@t-online.de melden.

Alternativ gibt es noch die Möglichkeit der eigenen Anreise und individueller Zimmerbuchung vom 1. bis 12. Mai im Hotel Koch, ul. Sportowa 1, PL-11-400 Kętrzyn, Telefon (0048) 897511093, E-Mail: kochsportowa@wp.pl.

Vor Ort können, ob nun privat oder zusammen mit dem Bus angereist, gemeinsame Unternehmungen verabredet werden.

Dirk Schönwald

62 Jahre gemeinsame Wanderschaft sind in das Ende gekommen. Gott sprach das große Amen.

Karl Klingelhöller

*19. Juli 1931 † 14.11.2023
Wermelskirchen Angermünde

Ich danke meinem lieben Mann für seine treue Kameradschaft auf unserem gemeinsamen Lebensweg.

Mit mir trauern die betroffenen Familien Brüggemann, v. Werder und v. Gottberg.

Elisabeth Klingelhöller, geb. v. Gottberg (Haus Groß Klitten)

Anschrift:
E. Klingelhöller, Kerkower Dorfstraße 22, 16278 Angermünde

Forum Baltikum – Dittchenbühne



Elmshorn – Sonnabend, 6. Januar, 18 Uhr: „Russische Weihnacht“, der klassische Weihnachtstermin der Orthodoxen Kirche wird als Friedensfest mit einer bunten Kulturveranstaltung gefeiert – mit Musik und Tanz sowie natürlich mit dem Besuch von „Väterchen Frost“ und seinem Schnee-

mädchen. Dazu gibt es einen russischen Imbiss. Die Leitung der Veranstaltung liegt in den Händen von Frida Büchner und Valentina Holz.

Weitere Informationen unter Telefon (04121) 89870 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

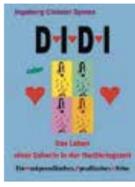
In der Redaktion eingetroffene Heimatbücher



Anette Hildebrandt: „An des Haffes anderem Strand“, Edition Chrismon, Leipzig 2023, 648 Seiten, 22 Euro



Paul C. Liberra: „Ihre Heimat war das Memelland“, BoD, Norderstedt 2023, 472 Seiten, 18,99 Euro



I. C. Spiess: „Das Leben einer Seherin in der Nachkriegszeit“, BoD, Norderstedt 2023, 480 Seiten, 28,90 Euro

Rätsel

Grid of crossword puzzle clues with categories like 'die Ackerkrume lockern', 'empfehlen, nahelegen', 'Handelsbrauch', etc.

Schüttelrätsel

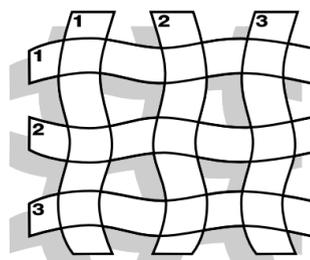
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for the 'Schüttelrätsel' with letters like BEEK LR, AALV, EHR, BRU, EERU, DEER, IINR, ESTT, etc.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine Frosterscheinung.

Grid for the 'Mittelworträtsel' with words like RAUB, ARTIG, GOLD, UHR, START, SCHEIN, TIEF, PLATZ, PRESSE, LOS, HOLZ, HUND, TEE, WEISE.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 weiblich
2 Opferfreudigkeit
3 dt. Schauspieler (Axel)

So ist's richtig: A grid of words and phrases with a small crossword puzzle at the bottom.

Wie es war

WEIHNACHTEN

Die Sternsinger

Eine Erzählung von Erhard Riemann aus dem LO-Arbeitsbrief „Zeit der Hoffnung – Zeit der Freude“

Im Südteil Ostpreußens, aber auch in anderen Gegenden, gingen bis zum letzten Kriege in den Weihnachtstagen die „Sternsinger“ um. Man nannte sie auch „Sternjungens“ oder die „Weisen aus dem Morgenland“.

Einer von ihnen trug auf einer Stange einen drehbaren Papierstern, in dem ein Licht brannte. Die Begleiter des Sternträgers waren die Heiligen Drei Könige. Sie hatten weiße Hemden an und goldene Papierkronen oder hohe, spitze Papiermützen auf. Einer von ihnen hatte sein Gesicht schwarz gemacht. Er trug vielfach ein an der Spitze blutigrot gefärbtes Schwert, was an den Kindermord des Herodes erinnern sollte, und eine kleine Puppenwiege mit einer Puppe darin. Ein anderer spielte auf dem „Brummbass“, einem Lärminstrument, bei dem auf ein Brett Draht- und Bindfadensaiten über eine zugleich als Steg und Resonanzboden dienende Zigarrenkiste gespannt waren. In manchen Gegenden haben die Sternsinger an Stelle des Brummbasses einen „Brummtopf“ mitgeführt, ein gleichfalls als Geräuschinstrument dienendes Fässchen, bei dem ein Boden mit Schweinsblase oder Leder überzogen und ein Schweif von Pferdehaaren aus der Mitte dieses Überzuges herausgeführt wurde. Zu den Brummtönen ihres Instrumentes trugen sie in eintönigem Sprechgesang ihre altertümlichen Lieder



Mit Kronen, Stern, Brummbass und Puppenwiege: Osteroder Sternsinger im Jahre 1912
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

vor, die meistens mit der Strophe begannen: „Wir treten herein ohn' allen Spott! Einen schönen, guten Abend, den geb' uns Gott, einen schönen, guten Abend, eine fröhliche Zeit, die unser Herr Christus hat bereit't!“

Die Umzüge der Sternsinger gehen wohl auf alte szenische Spiele zurück. Von ursprünglicher Handlung waren aber nur noch kümmerliche Reste vorhanden. In manchen Dörfern des Oberlandes wurde dabei auch der Kindermord zu Bethlehem drastisch vorgeführt. Aber auch Reste des mittelalterlichen Kindelwiegens lebten in den ostpreußischen Sternsingerspielen. Im Osten der Provinz, in der Ge-

gend um Treuburg, schaltete man nach der Begrüßung das schöne, wohl aus dem 17. Jahrhundert stammende Lied von der Himmeltür ein. Auch Spuren alter Hanswurstszenen ließen sich bisweilen in den Sternsingerspielen beobachten. Die Sternsinger- oder Dreikönigsspiele, die sich mit erstaunlicher Zähigkeit in mündlicher Überlieferung von Generation zu Generation erhalten hatten, gehen auf kirchliche Spiele des späteren Mittelalters zurück.

In Masuren wurden neben den volkstümlichen Szenen der Sternsinger auch alte Krippenspiele in den Kirchen aufgeführt.

www.ostpreussen.de

ANZEIGE

Sonnabend, 1. Juni 2024
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen

Noch bis 25. Februar: **Stinthengste, Krähenbeißer, Lange Wurst und Co. – Ostpreußische Bräuche im Wandel.** Bräuche bestimmen unser Leben, im Alltag sowie zu besonderen Anlässen. Warum? Dafür gibt es die verschiedensten Gründe und Entstehungsgeschichten. Auch in Ostpreußen haben sich im Laufe der Zeit unterschiedliche Bräuche entwickelt, manche kommen uns heute noch sehr bekannt vor, andere erscheinen uns ein wenig veraltet, wieder andere führen uns in eine völlig fremde und einzigartige Welt. Einem Teil dieser Bräuche widmet sich diese Kabinettausstellung.

Noch bis 25. Februar: **Die Königsberger Kunstakademie (1845-1945).** Künstler aus zwei Jahrhunderten. Mit Künstlern wie Lovis Corinth (Schüler), Ludwig Dettmann (Direktor), Artur Degner (Schüler, Lehrer) und Ernst Mollenhauer (Schüler) ist die Geschichte der Königsberger Kunstakademie eng verbunden. Zwischen ihrer Gründung 1845 und dem Untergang Königsbergs 1945 bildete die Akademie 100 Jahre das künstlerische Zentrum Ostpreußens. Vor allem die weite Landschaft und die Küste waren eine der Hauptinspirationsquellen

der dortigen Künstler. Die Ausstellung zeigt Werke der verschiedenen Direktoren und Lehrer, die an der Kunstakademie in Königsberg gewirkt haben.

Veranstaltungen

Sonntag, 7. Januar, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Bräuche in Ostpreußen. Sonntagsführung mit Hannah Janowitz.** Die Kuratorin der aktuellen Kabinettausstellung führt ein in das Entstehen und die Funktionen von Brauchtum und Ritualen und stellt einige Bräuche aus Ostpreußen näher vor. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 11. Januar, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Schnitzeljagd durchs Museum – wer hat denn da gefeiert? Kinderclub mit Monja Breyer.** Bei der Neujahrsfeier ist im Museum einiges durcheinandergekommen. Vieles konnte das Museumspersonal wiederfinden und an den richtigen Platz zurückstellen, aber nicht zum ersten Mal ist die Bronze-Figur von unserem beliebten „Museumsmaskottchen Ingo“ spurlos verschwunden. Dafür liegen allerdings Puzzleteile mit Rätselfragen im Museum verteilt. Wo kommen

die bloß her? Gemeinsam versuchen die Kinder das Rätsel zu lösen und Ingo zu finden. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Sonntag, 14. Januar, 14 bis 17 Uhr, Gebühr, inklusive Wolle, Erwachsene 20,- Euro, Kinder 10,- Euro: **Familiennachmittag: Filzworkshop für Anfänger und Fortgeschrittene.** An diesem Familiensonntag gibt es tolle Inspirationen für einfache kleine Filzobjekte. Neben Grundanleitungen fürs Filzen mit der Nadel liefert Joanna Margner auch reichlich praktisches Wissen und ausführliche Informationen. Gemeinsam können Groß und Klein den Umgang mit der Filznadel und die Schönheit der pflanzengefärbten Wolle kennenlernen und ausprobieren. Spaß macht es, Motive wie Wichtel, Schneemänner und Tiere nach verschiedenen Mustern oder frei nach eigenen Ideen umzusetzen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 16. Januar, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Tipsy, Renata und andere Idyllen aus dem alten Estland.** Die deutsch-baltische Schriftstellerin Else Hu-eck-Dehio (1897-1976). Vortrag in der Reihe „Museum Erleben“ mit Dr. Eike Eckert. Die 1897 in Dorpat/Tartu geborene Autorin verfasste zahlreiche Erzählungen, die in ihrer baltischen Heimat spielten. Ihre Bücher erreichten in den 1950er Jahren in Westdeutschland eine über zwei Millionen zählende Leserschaft. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 24. Januar, 18.30 Uhr, Eintritt: 4,- Euro: **Geschichte einer Mühle in Ostpreußen – eine Spurensuche. Vortrag und Gespräch mit Burchard Dabinnus, Henri Rösch und Dr. Christian Rohrer.** In der Vorkriegszeit gab es in Bartenstein (heute Bartoszyce in Polen) einen großen, modernen Mühlenbetrieb der jüdischen Familie Meyer. Nach 1933 begann in Ostpreußen – wie in ganz Deutschland – der Prozess der so genannten „Arisierung“, bei dem jüdischer Besitz zwangsweise an neue, „arische Eigentümer“ übertragen wurde. So gelangte die Meyer-Mühle in die Hände der deutschen Familie

Dabinnus. 80 Jahre später versucht Burchard Dabinnus, Schauspieler und Regisseur aus München, dessen Großeltern die Mühle der jüdischen Nachbarn übernommen hatten, die „Mühlengeschichte“ aufzuklären. Über diese lange Zeit verschwiegener Familienangelegenheiten spricht er mit Dr. Christian Rohrer, dem Autor des vielbeachteten Buchs „NS-Macht in Ostpreußen“ und Henri Rösch, Familienmitglied der jüngeren Generation. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 25. Januar, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Sehen und Malen – Kinder können Kunst,** Kinderclub mit Silke Straatman. Bei einem Besuch der Sonderausstellung geht es auf Entdeckungsreise zur „Kunstakademie Königsberg“ mit ihren verschiedenen Kunststilen. Wir betrachten die Bilder genauer und unterhalten uns darüber, warum das Kunstwerk ein Kunstwerk ist. Mit einem selbst hergestellten Puzzle können die Kinder ihre eigenen Vorstellungen von Kunst und Malerei umsetzen. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter

Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Mittwoch, 31. Januar, 18.30 Uhr, Eintritt: 4,- Euro: **Eduard Bischoff. Maler aus Königsberg. Vortrag von Dr. Jörn Barfod über das Leben und Werk eines ostpreußischen Künstlers.** Eduard Bischoff (1890-1974) gehört zu den heute noch bekanntesten ostpreußischen Künstlern aus der Tradition der Königsberger Kunstakademie. Er war dort von 1910 bis 1914 Schüler und von 1936 bis 1945 Lehrer. Damit zeigt sein Werk in besonderer Weise die Kunst, die in Königsberg nach 1900 bis 1945 entstand. Das umfasst auch die problematische Zeit der Kunst im „Dritten Reich“. Doch nicht genug damit, gehört Bischoff auch zu den anerkannt führenden Malern, die nach 1945 in der Bundesrepublik ihre Arbeit fortsetzen konnten. Alle diese Aspekte möchte der Vortrag anschaulich präsentieren. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de



SEENOTRETTUNG IN OSTPREUSSEN

Hilfe in letzter Sekunde vor dem Ertrinken

Der „Mahnruf an das deutsche Volk“ führte 1865 zur Gründung der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger

VON WOLFGANG KAUFMANN

Is in das späte 18. Jahrhundert hinein waren Schiffbrüchige in der Regel verloren. Dann entstanden in den Niederlanden und Großbritannien erste Seenotretterstationen. Im Jahr 1802 war es dann auch in Ostpreußen soweit: Die Kaufmännische Korporation von Memel stiftete ein Rettungsboot, das im Bedarfsfall durch Lotsen bemannt werden sollte. Zudem versuchte man in Memel ab 1827, mit Hilfe von Kanonen oder Mörsern Bergeleinen zu den gestrandeten Schiffen hinauszuschleusen, um deren Seeleute an Land zu ziehen. Die private Rettungstation in Memel gelangte 1839 unter staatliche Verwaltung. Elf Jahre später gab es bereits 20 solcher Stützpunkte entlang der preußischen Ostseeküste.

Nach mehreren schweren Schiffsunglücken mit vielen Opfern erging 1861 ein „Mahnruf an das deutsche Volk“, der schließlich am 29. Mai 1865 zur Gründung der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) führte. Am 18. Januar 1867 übernahm der preußische König und spätere deutsche Kaiser Wilhelm I. die Schirmherrschaft über die DGzRS. Bis 1875 entstanden insgesamt 91 Rettungsstationen entlang der deutschen Küsten – davon mehr als die Hälfte an der Ostsee.

Kaiser Wilhelm I. übernahm die Schirmherrschaft

1887 kamen auch die bislang privaten ostpreußischen Stützpunkte bis hinauf zur russischen Grenze zur DGzRS. Die Entwicklung in der Folgezeit verlief ebenfalls dynamisch: 1890 zählte man schon 111 Rettungsstationen und 1910 dann sogar 129, womit das Netz des deutschen Seenotrettungswesens nun die größte Ausdehnung seiner Geschichte erreichte. In Ostpreußen gab es Rettungsstationen in Pröbbernau, Neukrug, Großbruch, Pillau,

Der Beginn der Erfolgsgeschichte der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger: Die „Rettung Schiffbrüchiger mittels Raketenapparat und Rettungsboot“
Foto: Die Gartenlaube (1867)

Tenkitten, Kraxtepellen, Neukuhren, Cranz, Rossitten, Nidden, Schwarzort, Memel, Melineraggen, Karkelbeck und Nimmersatt. Typisch für diese war eine einheitliche, ganz auf die Bedingungen der Ostsee abgestimmte Ausstattung.

Im Gegensatz zur Nordsee fehlen hier die großen Flachwasserzonen vor der Küste, weswegen die Strandungen oder Untergänge oft in relativer Ufernähe stattfanden. Daher wurden überall Leinenschussgeräte englischer Bauart bereit gehalten, deren besondere Eignung für die Zwecke der Seenotrettung in Ostpreußen der königlich-preußische Seeartillerie-Hauptmann Albert Giersberg 1862 bestätigt hatte.

Dazu kamen offene Ruderrettungsboote aus Holz oder Eisen, neben die ab 1911 auch erste Motorrettungsboote traten. Diese erhielten nach dem Ersten Weltkrieg leistungsfähigere Dieselmotoren und durchgehende Decks, was zu einer wesentlichen Verbesserung der Seetauglichkeit führte.

Aufbau von Rettungsstationen

Zwischen 1865 und 1914 rettete die DGzRS um die 4000 Menschen aus Seenot. Dabei konnte sie nach dem Tod von Wilhelm I. im Jahr 1888 vor allem auf die Unterstützung des marine- und technikbegeisterten Prinzen Heinrich von Preußen bauen, der bis zum Großadmiral und

Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte aufstieg.

Kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde das System der Seenotrettung in Ostpreußen um eine zusätzliche Komponente erweitert: Am 26. August 1939 avancierte Pillau zur Basis der Seenotstaffel 2 der Luftwaffe, welche sowohl über Seeflugzeuge und Flugboote als auch über Hilfsschiffe verfügte. Zu Letzteren zählten die wechselweise in Pillau, Tenkitten, Neukuhren, Cranz, Sarkau, Rossitten, Pillkopen und Memel stationierten Flugbetriebsboote FLB 304, 306, 404 und 416 sowie die Motorrettungsboote „Konsul Kleyenstüber“ und „Geheimrat Ladisch“.

Aus der Seenotstaffel 2 wurde im August 1944 die Seenotgruppe 81. Diese beteiligte sich zum Ende des Krieges an der Evakuierung der deutschen Bevölkerung in Ostpreußen vor der anrückenden Roten Armee. In diesem Zusammenhang kam es zur Einrichtung einer Luftbrücke zwischen dem Kamper See westlich von Kolberg und dem Seefliegerhorst Bug auf Rügen, über die möglicherweise bis zu 12.000 Menschen gerettet werden konnten.

Flugboote im Zweiten Weltkrieg

Allerdings ereignete sich am 5. März 1945 auch ein zutiefst tragisches Unglück: An diesem Tag stürzte das von Oberfeldwebel Erich Schluß kommandierte dreimotorige Fernaufklärungsflugboot vom Typ Dornier DO 24T-3 kurz nach dem Start mit dem Heck voran aus 80 Metern Höhe in den Kamper See. Von den 81 Menschen an Bord, darunter 76 Kinder, überlebte nur ein einziger. Möglicherweise resultierte die Katastrophe aus der Überladung der für maximal 16 Personen ausgelegten Maschine, vielleicht wurde die Dornier aber auch von den Russen abgeschossen.

Die DO-24-Flugboote der ehemals in Pillau beheimateten Seenotgruppe 81 flogen am 18. Juni 1945 den höchstwahrscheinlich letzten Einsatz einer Einheit der Luftwaffe des Dritten Reiches, als sie etwa 450 verwundete deutsche Soldaten und um die 550 weitere Personen aus dem dänischen Guldborg nach Schleswig transportierten, wobei sie von britischen Jagdflugzeugen eskortiert wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger alle Rettungsstationen östlich von Ueckermünde, setzte aber ihre Traditionen aus der Zeit vor dem Verlust Ostdeutschlands fort. Hierzu gehört bis heute, komplett auf Zuschüsse aus Steuermitteln zu verzichten.

VICTOR VALOIS

Ein Marineaufsteiger aus Preußisch Holland

Offizierslehrgang, Kapitänleutnant, Teilnahme an Seeschlachten und Schriftsteller – Die Karriere des Ostpreußen war vielseitig

Victor Valois stammte aus Preußisch Holland in Ostpreußen. Er hatte französische Vorfahren und machte in der Kaiserlichen Marine eine steile Karriere. Er befehligte das Ostasiengeschwader, leitete die Kaiserlichen Werften in Danzig sowie Kiel und stieg bis in den Rang eines Vizeadmirals auf. Valois war zuletzt Chef der Marinestation für die Nordsee in Wilhelmshaven, wo er über Jahre den Ausbau dieses wichtigen deutschen Flottenstützpunktes betrieb.

Er war ein couragierter Kritiker der Sklaverei in den Kolonien und der unausgewogenen Flottenpläne von Großadmiral Alfred von Tirpitz, der als Staatssekretär des Reichsmarineamtes fungierte und mit dem Wohlwollen des Kaisers für die Marine ein Risikokonzept entwickelte.

Im Alter schrittstellerte der Vizeadmiral. Die Palette seiner Schriften reichte von den „Erlebnissen eines alten Seeoffiziers“ und „Betrachtungen über Seekriegsführung“ über den Blick auf „Deutschland als Seemacht“ bis zu Überlegungen über den „Panamakanal und die Monroe-Doktrin“.

Valois wurde am 14. August 1841 in Preußisch Holland geboren. Der Ort

war zwischen 1818 und 1945 als Kreisstadt Sitz des Kandrats des gleichnamigen Landkreises im Westen des Regierungsbezirkes Königsberg. Der Vater des Jungen fungierte in Preußisch Holland als Justizkommissar. Als Mutter ist Antonie Pohl-Senslau überliefert, deren Vater einen Sitz im preußischen Herrenhaus hatte.

Sohn Victor meldete sich schon als 16-Jähriger vor Abschluss der Schule zur preußischen Marine. Er wurde im Berliner Seekadetteninstitut als Kadett-Aspirant aufgenommen, erlebte seine Grundausbildung auf der Korvette „Amazone“ und nahm anschließend auf der Fregatte „Thetis“ an einer dreijährigen Ostasienreise teil.

Valois absolvierte danach einen Offizierslehrgang, erlebte auf dem Dampfkanonboot „Loreley“ mit Heimathafen Stralsund den Deutsch-Dänischen Krieg und war zwischen 1865 und 1868 als Mitglied der Marine des Norddeutschen Bundes auf der Korvette „Vineta“ an einer Weltumsegelung beteiligt. Es folgten die Versetzung auf die Kreuzerfregatte „Augusta“, die Beteiligung am Deutsch-Französischen Krieg und nach erfolgreicher Bewährung im Seegefecht vor der

Auf diesem Schiff diente Victor Valois während des Deutsch-Französischen Kriegs 1870/71: Die preußische Korvette „Augusta“
Foto: Gemälde von Alexander Kircher

Girondemündung der Aufstieg zum Kapitänleutnant.

Nach der Reichseinigung gehörte Valois der Kaiserlichen Marine an. Er absolvierte die Marineakademie, kommandierte die Korvette „Victoria“ und die Kreuzerfregatte „Gneisenau“ und gehörte damit 1884 bis 1886 zum Ostafrikanischen Kreuzergeschwader. In dieser Zeit

fungierte er als Berichterstatter über das deutsche Schutzgebiet „Witu“. Das war ein Sultanat im Norden der heutigen Republik Kenia, das durch die Brüder Clemens und Gustav Denhardt an Deutschland kam und in den Quellen auch als „Suaheli-Land“ verbreitet ist. Valois beurteilte den Umgang mit den Eingeborenen kritisch und nahm später

in anderen Ämtern Einfluss auf eine Besserung.

Kritik an Tirpitz

Nach seiner Berichterstattung über das Witugebiet fungierte Valois nacheinander zwischen 1887 und 1890 als Oberwerftdirektor der Kaiserlichen Werften Danzig und Kiel. Es folgte die Erhebung zum Konteradmiral und Chef des Kreuzergeschwaders, das 1891 an der Küste Chiles den Schutz der Deutschen im chilenischen Bürgerkrieg sicherte. 1892 wurde ihm dann das Kommando über die Marinestation Wilhelmshaven übertragen. Damit befehligte er nun als Vizeadmiral alle deutschen Marineverbände in der Nordsee. Ende 1896 trat der Ostpreuße in den Ruhestand, in dessen Verlauf er vielgestaltig tätig blieb. Er war Mitglied des Kolonialrates, vertrat hier fortschrittliche Positionen und schrittstellerte nebenbei.

Valois, der mit Minna Behrendt verheiratet war, erlebte den Ersten Weltkrieg als Tirpitz-Kritiker recht frustriert und starb nach dem Erlebnis des Zusammenbruchs des deutschen Kaiserreiches mit dem Versailler Vertrag am 4. Januar 1924 in seinem Rückzugsort Königsberg, in seiner Heimat Ostpreußen.
Martin Stolzenau

MARITIMES

Geschichte des Eisbrechers „Stettin (1)“

Die Eisbrecherflotte hielt im Winter die Wirtschaft Stettins und Pommerns aufrecht

VON ERWIN ROSENTHAL

Die „Stettin (1)“ war im Jahr 1888 der erste Eisbrecher der Stettiner Eisbrecherflotte. In aller Munde ist heute allerdings der Dampfeisbrecher „Stettin“, erbaut in den Jahren 1932/33 auf der Stettiner Oderwerft. Sein Heimathafen ist heute Hamburg. Auftraggeber für das Schiff war die Industrie- und Handelskammer Stettin gewesen. Nur Eingeweihte wissen, dass die „Stettin“ einen Vorgänger gleichen Namens hatte.

Im Osten Deutschlands waren die Winter früher besonders hart. Oft gab es schon vor Weihnachten auf den Seen und Flüssen eine geschlossene Eisdecke. In Stettin wurden in den Wintermonaten nicht selten minus 30 Grad gemessen. Eine bis zu 50 Zentimeter dicke Eisdecke bedeckte dann monatelang die Gewässer. Und auf der östlichen Ostsee stapelten sich die Eisschollen meterhoch. Aus eigener Kraft konnten die Handelsschiffe der Stettiner Kaufleute das Stettiner Haff, die Kaiserfahrt und die Swine dann nicht passieren.

Der Handel musste jedoch auch in den Wintermonaten florieren, „The Show Must Go On“ würde es heute heißen. Solange der Frost den Hafen und damit den Schiffsverkehr gesperrt hatte, „feierten“ der Kaufmann, seine Angestellten ebenso wie die Handwerker, die auf sie angewiesen waren. So verwundert es nicht, dass Stettin, die Stadt mit dem zweitgrößten deutschen Hafen und dem größten deutschen Ostseehafen, bei der technischen Entwicklung des Eisbrecherwesens in Deutschland führend war.

Stettin half sich selbst

Die ersten drei Eisbrecher ließ die Stettiner Kaufmannschaft auf der einheimischen Vulcan-Werft bauen. Die Finanzierung hatte die Kaufmannschaft gemeinsam mit der Stadtverwaltung geschultert, denn die Regierung in Stettin sah die Eisbrecherflotte als Konkurrent für ihre Eisenbahn an, und die Schatulle des Kaisers blieb verschlossen.

Bereits im Jahre 1852 hatte der Stettiner Vulcan das erste in Preußen gebaute stählerne Seeschiff, die „Dievenow“, ausgeliefert, mit deren Indienststellung der über das Stettiner Haff führende sommerliche Linienverkehr zwischen Stettin und dem Heimathafen des Schiffes, Swinemünde, begann. Wenige Jahrzehnte später wagte sich die Werft auch an den Bau von Eisbrechern heran. Schon der erste, im Jahr 1888 gebaute Eisbrecher „Stettin“ galt als technische Spitzenleistung. Das Schiff hatte bei einer Wasserverdrängung von 177 BRT, eine Länge von 32 Metern und einen Tiefgang von 3,75 Metern. An-



Auf einem Gemälde von Robert Parlow: Die Eisbrecher „Berlin“, „Stettin“ und „Swinemünde“ vor Ziegenort im Stettiner Haff

getrieben wurde der Eisbrecher von einer Dampfmaschine, die 350 PS leistete.

Eisbrecherflotte hielt Fahrinne frei

Im gleichen Jahr lief ein zweiter, baugleicher Eisbecher, getauft auf den Namen „Swinemünde“, vom Stapel. Die Besatzungsstärke: zehn Mann. Sehr schnell merkte man aber, dass beide Schiffe zu klein waren und für den ständig ansteigenden Verkehr nicht ausreichten. Schon im folgenden Jahr wurde von den Kaufleuten beim Stettiner Vulcan ein dritter Eisbrecher in Auftrag gegeben. Er lief am 24. Dezember 1889 vom Stapel, hatte 439 BRT und war mit seinen 900 PS mehr als doppelt so stark wie seine Vorgänger. Getauft wurde er auf den Namen „Berlin“.

Mit den drei Schiffen war die Hauptstadt der preußischen Provinz Pommern zum Heimathafen einer privatwirtschaftlich organisierten Eisbrecherflotte geworden. Im Konvoi konnten die Eisbrecher der Schifffahrt den Weg durch das vereiste Haff, die Swine und auf die Ostsee hinaus bahnen. Nun florierte auch im Winter der Import und der Export. Eingeführt wurden vor allem Getreide, Mais, Phosphate, Erze und Kohlen, während Zucker, Grubenhölzer und Stückgüter exportiert wurden.

Wilhelm II. fährt mit

Die sehr erfolgreichen Eisbrechereinsätze auf dem Stettiner Haff sprachen sich schnell in ganz Deutschland herum. Auch Kaiser Wilhelm II., bekannt für seine maritimen Neigungen, zeigte sich interessiert. Im Gefolge mit dem Stettiner Bürgermeister und den Spitzen der Stettiner Kaufmannschaft unternahm er am 13. Ja-

nuar 1891 auf der „Berlin“, dem Flaggschiff der pommerschen Eisbrecher, eine Fahrt von Swinemünde nach Stettin. Während dieser berühmt gewordenen Fahrt über das Stettiner Haff gestattete Wilhelm II. dem Ostseebad Heringsdorf, seinen neuerbauten Seesteg „Kaiser-Wilhelm-Brücke“ zu nennen.

Auch Maler ließen sich von den pommerschen Eisbrechern inspirieren. Ein Foto der Stettiner Eisbrecherflotte des 19. Jahrhunderts existiert nicht, wohl aber ein inzwischen häufig reproduziertes Öl-

gemälde, das die Eisbrecher „Berlin“, „Stettin“ und „Swinemünde“ im Konvoi auf dem Stettiner Haff, nahe Ziegenort, abbildet. Der Kaiser steht auf der Kommandobrücke des Eisbrechers „Berlin“, der aus diesem Anlass die kaiserliche Standarte im Vortopp führt. Einwohner Ziegenorts begrüßen, begeistert ihre Mützen schwenkend, ihren Kaiser.

Geschaffen hat das Bild der Marinemaler Robert Parlow, geboren am 26. Februar 1835 im hinterpommerschen Stepenitz. Unter den Stettiner Bürgerfamilien gab es zahlreiche Bewunderer seiner Malerei. Auch Kaiser Wilhelm II., der Herzog von Mecklenburg und der Fürst zu Schaumburg-Lippe hatten Gemälde Parlows erworben.



Eindrucksvoll: Eisbrecher „Preussen“ vor Swinemünde auf einem Gemälde von Willy Stöwer (1864 in Wolgast–1931 in Berlin) Fotos (3): Archiv Erwin Rosenthal

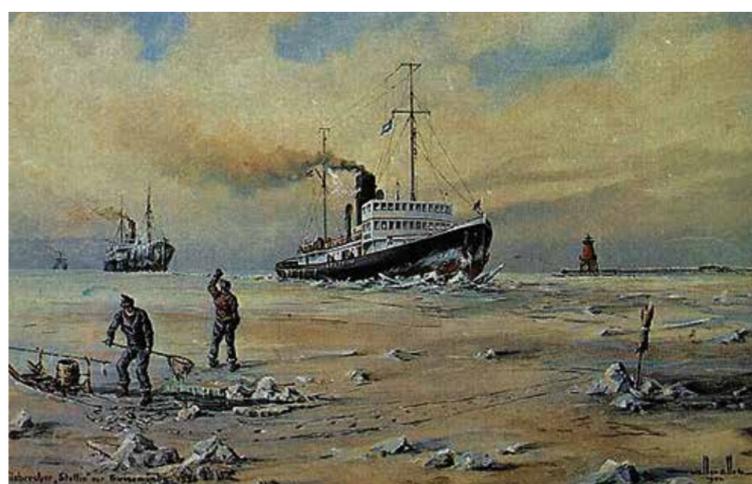
In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Eisbrecherflotte durch die von den Stettiner Oderwerken gebauten Eisbrecher „Pommern“, „Preussen“ und „Stettin“ vergrößert. Zwei namensgleiche Eisbrecher durfte es jedoch nicht geben, denn das Seeschiffahrtsamt forderte eindeutige Schiffsnamen. Mit dem Namen „Stettin 2“ für das neue Schiff konnte sich niemand anfreunden. Es gab

aber eine Lösung für das Problem: Nachdem im Jahre 1927 der Eisbrecher „Swinemünde“ nach Stralsund verkauft worden war, erhielt 1932 der Eisbrecher „Stettin“ dessen Namen. Der neue, von den Oderwerken 1933 gebaute Eisbrecher, wurde auf den nun freien Namen „Stettin“ getauft.

Das Ende 1953

Die Besatzung der fünf Eisbrecher „Swinemünde“ (vormals „Stettin“), „Berlin“, „Pommern“, „Preussen“ und „Stettin“ wechselte im Sommer auf die Ausflugsdampfer, wo sie die gleichen Maschinenanlagen vorfand wie auf den Eisbrechern. Auf diese Weise standen die Männer das ganze Jahr in Lohn und Brot.

Der Eisbrecher „Swinemünde“ (vormals „Stettin“) erfüllte jahrzehntelang treu und brav seine Pflicht. In Kriegsjahren war er dem jeweiligen Militärkommando unterstellt, anschließend nutzte ihn wieder die Kaufmannschaft. Bei den Kämpfen um Pommern sank die „Swinemünde“ (vormals „Stettin“) im Jahr 1945 im Dammschen See, einer Ausbuchtung der Oder, kurz vor deren Mündung ins Stettiner Haff. Zwei Jahre später wurde sie gehoben und fuhr in den Folgejahren als Eisbrecher „Swantewit“ unter polnischer Flagge. Im Jahre 1953 wurde sie schließlich abgewrackt.



In Swinemünde 1934: Der „neue“ Dampfeisbrecher „Stettin“, 1933 in Dienst gestellt, mit der unverkennbar breiten Brücke, der 90-jährige Jubilar von 2023 (PAZ 36/2023)

● MELDUNGEN

Neue Fähre, Fluglinie und Polenmarkt

Rügen – Die Arbeiten an einer Pipeline von Lubmin zum umstrittenen Flüssiggas-Terminal in Mukran sollen auch im Frühjahr fortgesetzt werden. Dies würde den Rügenger Hering gefährden. Über das Bürgerbegehren gegen dieses LNG-Terminal wurde seit vier Monaten nicht beraten. TS

Swinemünde – Von Januar an soll die „Epsilon“ den Betrieb auf der Fährlinie Swinemünde-Trelleborg aufnehmen. Das 2011 in Italien gebaute Fährschiff ist mit einer Länge von 186 Metern, einer Breite von fast 26 Metern und dem Transport von etwa 500 Passagieren nun das größte Schiff der Fährlinie. Es verkehrte zuvor auf der Linie Dublin-Cherbourg. TS

Quilow – Das 2007 von einer Stiftung übernommene und bis 2022 restaurierte Wasserschloss nahe der Peene sucht seit Jahresbeginn wieder einen Betreiber für die Gastronomie. Das Haus wird für Veranstaltungen und als Museum genutzt und ist bis 2046 verpachtet. TS

Stettin – Ärger um den bekannten „Polen-Markt“ von Neu Linken: Die Marktgebühr für Händler soll um das fünffache auf 288,26 Euro pro Monat steigen. Dagegen regt sich Widerstand, eine Petition wurde von 180 Händlern unterschrieben. Das letzte Wort hat der Gemeinderat. TS

Gollnow – Zwischen Mai und Oktober 2024 wird eine neue Fluglinie von den österreichischen Flughäfen Graz und Linz nach Gollnow gestartet. Sie soll Urlauber an die Strände Hinterpommerns bringen. Bedingt durch die heißen Sommer im Mittelmeerraum wird die Ostsee zur Alternative. TS

Köslin – Sturm und Unwetter hielten Hinterpommern in den letzten Tagen des Jahres 2023 in Atem: Neben umgestürzten Bäumen im Binnenland trat die Leba am 26. Dezember bei Vietzig über die Ufer. Schwere Schäden gab es auch an der Küste. Bei Stolpmünde wurde ein Strandabstieg zerstört. TS

● Rezept-Tipp:

Stettiner Punsch

Zutaten: Den ausgepressten Saft von fünf Zitronen, dazu 250 Gramm Zucker sowie die geriebene Schale einer Zitrone. Die Zutaten werden mit drei Liter heißem Wasser – oder Tee – aufgegossen.

Zur Geschmacksverfeinerung werden 0,85 Liter Rum (früher von Rückforth) dazugegeben. Heiß schmeckt er am besten und heizt ordentlich durch. Die Zimtstange und die Zitronenscheibe auf dem Foto sind natürlich nur Dekoration. TS



FOTO: M. TRETIN

„Abschied von den Wurzeln unseres Gemeinwesens“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Vielen Dank für diesen hervorragend recherchierten Artikel – fernab der üblichen linken Einseitigkeit“

Irem K., Berlin

zum Thema: Wofür Steinmeier in Tansania um Verzeihung bat (Nr. 45)



Ausgabe Nr. 49

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

UNSERIÖSE KRITIK?
ZU: EIN ENDE DER KOALITION WÄRE EINE ERLÖSUNG (NR. 50)

Es kam, wie es kommen musste: Da passiert nach Merks politischem „Wir schaffen das!“-Amoklauf einmal wieder etwas Vernünftiges in Deutschland, und schon geht das Jammern los. Dabei ist der Abbau von Subventionen der einzig richtige Weg, um wieder zu normalen und marktorientierten Wirtschaftsverhältnissen zurückzukehren. Aber nein, die Bauern bauen einen derartigen Aufstand, dass man meint, die Welt geht unter.

Dabei ist der Wegfall der Dieselsubventionen für die Landwirtschaft doch auch ein Wegfall einer umweltschädlichen Bezuschussung. Doch das kommt bei denen, die es trifft, natürlich anders an. Emotional nachvollziehbar, aber trotzdem falsch. Und so kann man nur hoffen, dass die Bundesregierung zusammenbleibt und ihren Weg zum Abbau der Steuergeldverschwendung fortsetzt. Schade nur, dass die Not erst groß werden musste, bis man hier in die Gänge kam.

Fazit: Es bleibt die Hoffnung, dass das Motto „Heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd andere an“ und die damit verbundenen Proteste nicht dazu führen, dieses zarte Pflänzchen am dornigen Weg der Haushaltskonsolidierung gleich wieder verwelken zu lassen. Das von Teilen der Medien und der Opposition betriebene Ampel-Bashing der miesesten Art lässt hier leider Schlimmes befürchten.

Claus Reis, Schwabach

WER HAT WELCHEN NUTZEN?
ZU: „NICHTS ANDERES ALS DAS ENDE DES ARZTGEHEIMNISSES“ (NR. 50)

Kein Arztgeheimnis mehr, das muss einem Angst machen. Wenn der Bundesgesundheitsminister Lauterbach erklärt, dass die Pharmabranche die elektronische Patientenakte braucht, dann kann man durchaus vermuten, dass diese Branche im Gesundheitswesen die Hosen anhat

und nicht der Herr Minister. Was mindestens genauso schlimm ist, dass die USA auch in diesem Fall in Europa wieder mitmischen. Offensichtlich ist Europa nicht in der Lage, eigene Server zu benutzen. Wobei das nicht bedeutet, dass das die bessere Variante ist. Das Geschäft mit Krankheiten ist ein großes Geschäft. Dabei geht es nicht zwangsläufig darum, was sinnvoll ist, sondern was die meisten finanziellen Vorteile für die Branche bringt.

Schon heute ist es so, dass wir viel Gutes für unsere Gesundheit tun können, was oft Ärzte und Krankenkassen bestätigen, aber man möge bitte einen hohen Eigenanteil zahlen, wenn nicht sogar alles. Der Patient wird aber auch nicht erst mit der Einführung der elektronischen Patientenakte gläsern – er ist es schon seit vielen Jahren. Nur dass wir noch nicht ganz so weit sind, wie es in George Orwells Dystopie „1984“ beschrieben ist.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

PARTEI OHNE OPTIONEN?
ZU: EINE LINKE MOGELPACKUNG (NR. 47)

Schon seit Jahren gilt Sahra Wagenknecht als eine der beliebtesten Politikerinnen, obwohl ihre bisherige Partei „Die Linke“ eher unpopulär einzustufen ist. Ein scharfes soziales und konservatives Profil verhilft Wagenknecht dabei, Sympathiepunkte in der Bevölkerung aufzubauen. So kommt Wagenknecht sowohl an traditionell eher konservative Wählerschichten heran, hat aber mit – vor allem in den neuen Bundesländern – ehemaligen Linksparteiwählern ein erhebliches Stammwählerpotential.

Beide Wählergruppen eint der Unmut über die desaströse Klima- und Migrationspolitik, welche von der Union bis hin zu den Linken mitgetragen wird. Dies zeugt von einer Profillosigkeit der etablierten Parteien. Mag die AfD zwar einige Themenfelder erfolgreich besetzt haben, fehlt es dieser aber dennoch an einer Ikone wie Wagenknecht, die auch breite Wählerschichten aus anderen politischen

Lagern gewinnen kann. Im Gegensatz zur als „rechtspopulistisch“ verpönten AfD verfügt Wagenknecht auch über ein Unterstützernetzwerk von Alice Schwarzer bis hin zum Millionär Ralph Suikat.

Schwierig dürfte es für Wagenknecht hingegen werden, den Kurs ihrer neuen Partei vorzugeben, vor allem, wenn es viele Glücksritter, Ausgestoßene, aber auch Sektierer in ihre Partei zieht.

Eine Regierungsbeteiligung einer Wagenknecht-Partei ist ebenso unwahrscheinlich, da Wagenknechts Kritik an den westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine lediglich von der AfD geteilt wird, mit welcher sie aber eine Koalition bereits im Vorfeld ausgeschlossen hatte. Die Frage daher: Ist Frau Wagenknecht zu einem Blick über ihre Brandmauer bereit, um künftig Mehrheiten zu bilden?

Marcel Jacobs, Hamburg

SELBSTGEWÄHLTES ELENDE?
ZU: DIE GRÜNEN ERLEBEN GERADE IHRE EIGENE ZEITENWENDE (NR. 48)

Beschämend, dass das Chaos der Ampel-Regierung (mit überwiegender Zustimmung der Mainstream-Medien) erst von einem Gericht in die Schranken verwiesen wurde, so wie es PAZ-Chefredakteur René Nehring realistisch dargestellt hat. Eine Regierung, die mit Eid geschworen hat, zum Wohle des Volkes zu handeln, aber mit einer Selbstverständlichkeit werden Regeln und Gesetze gebrochen.

Wir haben keine Energiekrise, wenn wir die emissionsarme Kernenergie nutzen; es ist eine politisch gewollte Verteuerung von Energie.

Neben den Kernkraftwerken könnte man an Kohlevergasung, Kohleverflüssigung zu Treibstoff, Fracking (Tabugesetz von 2017 aufheben) und weniger Flächenversiegelung die CO₂-Werte mindern, ohne die fraglichen Erneuerbaren auszubauen. Gescheitert ist die ideologisch grün-linke Energie-Utopie der Ampel.

Nicht nur Energie, sondern auch der absichtlich herbeigeführte Kontrollver-

lust in der Asyl- und Zuwanderungspolitik; eine elementare Schutzpflichtverletzung der heimischen Bevölkerung gegenüber. Bei dem zunehmenden Antisemitismus handelt es sich um einen importierten islamischen Antisemitismus (Clanstrukturen/Parallelgesellschaften).

Da ist noch die Malaise bei Bahn und Post, das Bürgergeld (Erhöhung), was nicht gerade zur Beschäftigungsfreude hier führt, und Zuwandererfamilien profitieren. Alles nicht zum Wohle der deutschen Bevölkerung und Überforderung der Sozialsysteme; dazu eine Abwanderung der deutschen Industrie, ein wirtschaftlicher Niedergang.

Auch nach der „Ampeleinigung“ werden die Bürger fürs Autofahren und Wohnen wieder mehr belastet, und der Streit um die Haushalte geht weiter. Alles ein Abschied von den Wurzeln unseres Gemeinwesens sowie ein Verschwinden der Werte von Sprache, Bildung und Tradition.

Günter Algner, Berlin

FDP VOR DEM ABSPRUNG?
ZUM WOCHENRÜCKBLICK: DIE SHOW MUSS WEITERGEHEN (NR. 45)

Der irische Schriftsteller und Satiriker Jonathan Swift (1667–1745), übrigens auch der Autor des Romans „Gullivers Reisen“ (erschienen im Jahr 1726) formulierte es einst so: „Die Ratte, die das sinkende Schiff verlässt, ist klüger als der Kapitän, der damit untergeht.“

Für mich könnten diese „Ratten“, die nun eiligst dieses sinkende Schiff verlassen könnten, die FDP sein, wo es innerparteilich immer mehr rattert, rumpelt, rumort und scheppert.

Für diese „freie und demokratische“ Partei könnte dieser Sprung ins kalte Wasser wahrscheinlich auch die allerletzte Chance sein, zwar pudelnass, aber doch noch einigermaßen heil, das rettende Ufer erreichen zu können. Also, Ahoi und mit voller Kraft voraus und holterdiepolter hinein ins kalte Nass!

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

ANZEIGE

Was 2023 nicht in der Zeitung stand

■ Wir müssen reden! Und zwar über das vergangene Jahr 2023: War das nun eine Geisterfahrt, ein Horrorfilm oder ein Aufenthalt in einer Nervenklinik?

- Einen Tag vor Neujahr starb der Papst – dafür regiert jetzt ein Anti-Papst.
- In den USA wechselte ein Amokläufer mittendrin die Schuhe – aber warum?
- In Deutschland wollten Reichsbürger den Staat übernehmen – aber mit nur einer Waffe.
- In China fanden Feuerbestattungen auf den Straßen statt – aber wo waren die Leichen?
- Im Nordatlantik sank ein Tauchboot mit fünf Menschen an Bord – und danach hatten alle schon vorher Bescheid gewusst.
- In New York klärte der Journalist Seymour Hersh die Nordstream-Sprengung auf – und verlor danach die Nerven.
- Im Sommer gab es einen Sexskandal um die Band Rammstein – aber wo war der Sex?
- Im August waren die Jahrestage der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki – aber welche Atombomben?
- Im September begründete Microsoft ein digitales Feudalsystem – mit den Nutzern als Leibeigenen.
- Im Oktober überfiel die Hamas Israel – war das der Startschuss für die Ankunft des Messias?
- u. v. a. m.

Immer wenn wieder einmal 365 Tage vorüber sind, nimmt sich der Enthüllungsjournalist das vom Mainstream schön zurechtgeschminkte Vorjahr zur Brust und zerlegt es nach allen Regeln der Kunst. Mit *verheimlicht* – *vertuscht* – *vergessen* 2024 stellt er die nunmehr 17. Ausgabe der inzwischen legendären Jahrbuchreihe vor – mit vielen Antworten auf immer atemloser werdende Fragen: Wo wurde gelogen, verdreht, aufgehübscht, parfümiert und verschwiegen? Und natürlich: Hat Deutschland noch eine Zukunft?

Begleiten Sie den Autor bei seiner kritischen Zeitreise durch das Jahr 2023.

Dieses Buch beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden.

Gerhard Wisniewski: *verheimlicht* – *vertuscht* – *vergessen* 2024 • gebunden • 284 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 990 900 • 18,99 €



Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

WINTERURLAUB

Investition in den Freizeitpark Alpen

Damit auch für die Deutschen der Pistenspaß nicht verloren geht – Viele Skigebiete in Österreich haben ihre Bergbahnen modernisiert

VON HELGA SCHNEHAGEN

Deutsche Skifreunde zieht es im Winter vor allem nach Österreich. Mit 6,15 Millionen Ankünften und 25,73 Millionen Übernachtungen bildeten sie in der vergangenen Saison von November 2022 bis April 2023 wie gewohnt die mit Abstand größte Gästegruppe. Damit das auch so bleibt, investieren die Skigebiete massiv in den Ausbau und die Erneuerung der Infrastruktur, sodass der Freizeitpark Alpen auch in Zukunft attraktiv bleibt.

Die neue Skisaison begann – abgesehen von den Gletschern – offiziell im Laufe des Dezembers. Einer der ersten Orte war Obertauern im Salzburger Land. Seine Höhenlage auf knapp 1700 Metern macht den Wintersportort mit seinen 100 Pistenkilometern zu einem der schneereichsten Skigebiete Österreichs. Die Form des Passes, in dem der Ort liegt, und das ausgeklügelte System der 26 modernen Liftanlagen erlauben Skifahrern und Snowboardern in wenigen Minuten ohne Bus- oder Autofahrt überall hinzukommen (www.obertauern.com).

Auch zur aktuellen Saison wurde in vielen Skigebieten weiter mit erheblichem Aufwand in neue und komfortablere Liftanlagen investiert. Im Salzburger Land gleich in drei Gebieten: Im Skicircus Saalbach Hinterglemm Leogang Fieberbrunn ersetzt die neue 8er-Sesselbahn Limberg den 4er-Sessellift Limberg am Schattberg. Die neue Bahn ist rund 500 Meter länger als ihre Vorgängerin und bringt pro Stunde deutlich mehr Skifahrer auf den Berg. Dank der neu angelegten Lifttrasse entsteht außerdem eine zusätzliche Piste (www.saalbach.com).

Der bisherige 3er-Sessellift Sonnkogelbahn auf der Schmittenhöhe in Zell am See wird durch eine saisonal wechselbare Kombibahn ersetzt – 6er-Sesselbahn im Winter beziehungsweise 8er-Gondeln im Sommer (www.schmittenhöhe.at).

Im Skigebiet Dorfgastein-Großarlal ersetzt die topmoderne 10er-Kabinenbahn Kieserl die bisherige 8er-Kabinenbahn Hochbrand. Sie führt in nur 15 Minu-



Mit immer größeren und schnelleren Gondeln auf die Skipiste: Skifahren in der Zillertal Arena

Foto: Zillertal Arena

ten vom Tal über eine Mittelstation direkt zum Gipfelplateau des Kieserl in 1953 Metern Höhe. Die neue 10er-Kabinenbahn reaktiviert einen Bereich, in dem bis in die 1960er Jahre noch Skilauf betrieben wurde, auf Großarler Seite den Skiraum der Roslehenbahn und auf Gasteinertal-Seite eine direkte Pistenanbindung nach Dorfgastein. Zu dem anspruchsvollen Projekt gehört im Obergeschoss der Bergstation das neue lichtdurchflutete Gipfelrestaurant „Wolke 7“ (www.grossarlal.info).

In der Steiermark ersetzt auf der Turracher Höhe die neue Wildkopfbahn als 6er-Sesselbahn den bisherigen Schlepplift. Dank der verlängerten Lifttrasse befindet sich die neue Bergstation der Wildkopfbahn auf gleicher Höhe wie die Bergstation der Zirbenwaldbahn. Oben angekommen, können Skifahrer über die Piste an der Wildkopfbahn ins Tal schwingen,

zur Zirbenwaldbahn oder auf die Pisten an der Turrachbahn wechseln (www.turracherhoe.at).

Tirol nimmt in vier seiner Skigebiete neue Bahnen in Betrieb. In der Zillertal Arena bietet die neue 10er-Gondelbahn Wilde Krimml X-Press eine witterungsunabhängige und komfortable Verbindung von Zell und Gerlos. Sie ersetzt die alte 4er-Sesselbahn mit Mittelstation und führt direkt von der Krimmlalm auf das Übergangsjoch. Ohne Zwischenstopp bei der Mittelstation gelangen Skifahrer schneller auf die Pisten. Auch architektonisch setzte das Bergbahnunternehmen ein Zeichen: Die neue Tal- und Bergstation plante das international bekannte Architekturbüro Snohetta (www.zillertalarena.com).

Im Skigebiet von Serfaus-Fiss-Ladis ersetzt die neue Komperdellbahn mit

10er-Kabinen und barrierefreien Zugängen eine 6er-Gondelbahn. Der Lift verläuft auf einer neuen Trasse mit einer Mittelstation. Die Kabinen sind besonders groß und bieten Platz für Wintersportgeräte aller Art. Im Sommer können Gäste auch Kinderwagen oder Rollstühle transportieren (www.serfaus-fiss-ladis.at).

Im Skigebiet Schlick 2000 bei Fulpmes verbindet die neue Galtbergbahn als 10er-Gondelbahn die Fronebenalm mit den Bärenältern oberhalb der Galtalm. Durch die großen Panoramafenster der mit Lodensitzen ausgestatteten Gondeln öffnet sich ein eindrucksvoller Blick auf die umliegenden Berge. Die Gondelbahn ersetzt den Schlepplift Galtalm und verlängert die Strecke deutlich. Vor allem für Anfänger und Skischulen bedeutet sie eine große Qualitäts- und Komfortverbesserung (www.stubai.at).

Im Großraum Kitzbühel ersetzt das Bergbahnunternehmen KitzSki zwei in die Jahre gekommene Skilifte, den F6 Gauxjoch und den F7 Trattenbach, durch moderne 6er-Sesselbahnen. KitzSki verwirklicht damit nicht nur eine Komfortverbesserung. Auch aus ökologischer und geologischer Sicht sind die neuen Lifttrassen sinnvoller als die bisherigen (www.kitzski.at).

Im Gebiet Ski Arlberg ersetzt die neue 8er-Einseilumlaufbahn Albonabahn I in Stuben, Vorarlberg, auf nahezu gleicher Trasse einen Doppelsessellift. Die neue Bahn bietet mehr Komfort und einen Pistenanschluss an die Alpe Rauz sowie in die Skigebiete von St. Anton, St. Christoph, Zürs und Lech. Die Bergstation rückt rund 200 Meter talwärts und befindet sich nunmehr direkt neben dem Bergrestaurant Albona Mitte (www.stubenarlberg.at).

Wer jetzt daran denkt, wieder einzusteigen, sollte gut in Form sein. Nicht nur um die Verletzungsgefahr zu minimieren, sondern auch um am Fahren echte Freude zu haben. Gut geeignet für die Kondition ist das Fünf-Punkte-Training mit Kniebeugen, Standwaage, Seitstütz sowie den sogenannten „Bergsteiger“- und „Schwimmer“-Übungen. Und noch ein paar weitere Tipps: rechtzeitig vor dem Winterurlaub mit dem Skitraining beginnen; Skiausrüstung überprüfen oder vor Ort eine neue ausleihen und den Helm nicht vergessen, für alle Jugendlichen bis 15 Jahre ist er in Österreich ohnehin Pflicht; ein überschaubares Skigebiet mit vielen einfacheren (blau und rot markierten) Pisten wählen; Geduld haben! Es braucht etwas Zeit, bis sich das Gefühl für Ski, Schnee und die Bewegungsabläufe wieder einstellt; schneller geht es mit einem Auffrischkurs oder ein paar Stunden in der Skischule.

Wenn dann noch ausreichend Neuschnee hinzukommt, ist das Skifahrerglück perfekt. Das ist aber in Zeiten der Erderwärmung nicht immer garantiert. Da werden auch zusätzliche Investitionen in Schneekanonen für künstlichen Pistenschnee auf Dauer nicht überall helfen.

WELTREISE

Jenseits der Chinesischen Mauer

Vor 700 starb Marco Polo – In „Il Milione“ schrieb der Venezianer über seine Reise ins Kaiserreich China. Aber war er tatsächlich dort?

Ist es möglich, ganz China zu bereisen und dabei zu vergessen, die Chinesische Mauer zu erwähnen? Weil der vor 700 Jahren gestorbene venezianische Weltreisende Marco Polo genau dieses in seinem Reisebericht „Il Milione – Die Wunder der Welt“ versäumt hatte, wurde lange Zeit angezweifelt, dass er im Mittelalter tatsächlich das Reich der Mitte bereist hatte.

Das Original seines Reisebuches war später verschollen. Dafür gab es rund 150 Kopien und Übersetzungen, die mündlich oder schriftlich in Europa verbreitet wurden. Allein der portugiesische König Heinrich der Seefahrer glaubte Polos Berichten und bestätigte diese schrittweise mit den von ihm initiierten Entdeckungsexpeditionen. Heute gelten sie bis auf wenige Ungereimtheiten als glaubwürdig.

Marco Polo wurde 1254 in oder nahe Venedig geboren und gehörte einer angesehenen Kaufmannsfamilie an, die über den Mittelmeerraum hinaus Handel trieb. Der Vater Niccolò und der Onkel Maffeo unternahm 1260 eine lange Reise, die sie über Konstantinopel nach Asien ins

Mongolenreich führte, wobei sie entlang der Seidenstraße schließlich 1266 an den Hof Kublai Khans im jetzigen China gelangten. Der Großkhan empfing die Polos und gab ihnen für die Rückreise ein goldenes Geleittafelchen und eine Botschaft für den Papst in Rom mit auf den Weg.

1269 waren Vater und Onkel zurück in Venedig, hatten aber wegen der fortwährenden päpstlichen Sedisvakanz kein Glück mit ihrer Botschaft von Kublai Khan in Rom. Deshalb traten sie 1271 ohne eine päpstliche Antwort eine weitere Reise in den Fernen Osten an. Dabei nahmen sie den inzwischen 17-jährigen Marco mit. Das Trio gelangte über Akkon nach Jerusalem, erhielt zwischenzeitlich ein Schreiben des gerade gewählten Papstes Gregor X., das sie als Botschafter des Kirchenoberhauptes auswies mit dem Auftrag, den Großkhan zum Christentum zu bekehren und für den Kampf gegen den Islam zu gewinnen. Sie erlebten auf der Weiterreise zunächst die Basarstadt Täbris und danach viele andere Orte. Über das Erlebte schrieb Marco Polo Tagebuch.

Demnach kamen sie nach Kerman, wo sie ihre Pferde gegen Kamele eintauschten, nach Hormus, dem heutigen Minab, einem Umschlagplatz von Perlen, Edelsteinen, Elfenbein und Gewürzen, sowie nach Faisabad, das damals für die Lapislazuli-Edelsteine berühmt war. Es folgten der Westrand der Sandwüste Taklamakan,

die Oasenstadt Nanhu, wo Marco den wehenden Wüstensand mit seinen Tönen für Laute von ungewöhnlichen Musikinstrumenten hielt, und in das heutige Dunhuang, einem Knotenpunkt von Handelsstraßen. Dort kam Marco Polo erstmals mit China in Berührung und damit immer näher zur Sommerresidenz Kublai Khans in Shangdu, die die Reisegruppe aus Venedig 1275 erreichte.

Der Herrscher fand so sehr Gefallen an dem jungen Polo, dass er ihn zu seinem Präfekten erhob. In dieser Rolle bereiste er China. Er erlebte die Sitten und Bräuche hautnah bis hin zu den von ihm als „barbarisch“ empfundenen Essgewohnheiten. Quinsai, die heutige Stadt Hangzhou, mit all den Palästen, Warmbädern und dem immensen Schiffsverkehr im Hafen beeindruckte ihn besonders.

Doch dann drängten der Vater und der Onkel mit eingetauschten Waren für Venedig auf die Heimreise. Sie begann 1291 von Quanzhou aus über den Seeweg in Dschunken und führte über Sumatra sowie Ceylon als auch über das damalige

Kaiserreich Trapezunt am Schwarzen Meer, wo 500 Kilogramm Rohseide der Polos konfisziert wurden, ins Mittelmeer. 1295 erreichten man nach vielen überstandenen Gefahren endlich Venedig.

Drei Jahre später soll Polo als Flottenkommandant beim Seekrieg zwischen Venedig und Genua in genuesische Gefangenschaft geraten sein und dort einem Mitgefangenen seinen Reisebericht über China diktieren lassen.

Am 8. Januar 1324 starb Polo in seinem Haus am „Corte seconda del Milion“ am Standort des heutigen Teatro Malibran und hinterließ außer seinen spektakulären Reiseberichten ein Erbe im Wert von 70 Kilogramm Gold. Für seine letzte Ruhe sind in den Quellen zwei unterschiedliche Kirchen überliefert: die Benediktinerkirche von San Lorenzo und die nicht mehr existierende Kirche San Sebastiano.

Und die Sache mit der Chinesischen Mauer? Sie galt zu Polos Zeiten noch nicht als erwähnenswerte Touristenattraktion, weshalb ihr Verschweigen durchaus plausibel erscheint. M. Stolzenau/H. Tews



Kniefall vor China-Herrscher: Marco Polo trifft Kublai Khan (Detail aus „Il Milione“)

● FÜR SIE GELESEN

Die Politik der „FAZ“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“) war früher das Referenzblatt der bürgerlichen Kreise in der Bundesrepublik. In den Jahren 1949 bis 1982 war das Politikressort des Frankfurter Weltblattes in der Regel auf CDU-Kurs.

Der 1988 geborene Autor Frederic Schulz, um dessen Doktorarbeit bei den Professoren Peter Hoeres und Dominik Geppert es sich bei dem Titel „Am Webstuhl der Zeit“ handelt, arbeitet als freier Trauerredner. Und so könnte er gleichsam betrauern, was die „FAZ“ einst war und heute ist.

Die Anfänge waren mühsam. Das Politikressort wuchs in den ersten Jahren nur langsam. Anfang 1953 konnte die Zeitung erstmals die 100.000er-Auflage knacken. Die Spenden deutscher Unternehmer waren die Basis der erfolgreichen Expansion der „FAZ“. Mit Paul Sethe, Walter Henkels, Peter Grubbe und Adelbert Weinstein prägten vor allem Redakteure aus dem Politikressort die Wahrnehmung der Zeitung bei ihren Lesern. Sethe musste die Zeitung 1955 verlassen, weil seine Kritik an der Adenauerschen Außenpolitik die Kreise des Kanzlers störte.

Laut Arnulf Baring sah der Gründungskanzler in der Presse keinen Partner, sondern ein Werkzeug, das dazu da war, seiner Politik zu dienen. Adenauer scheute sich nicht, auf die Geldgeber des Blattes in puncto eines Anzeigenverzichts hinzuwirken. Sethes Ausscheiden musste durchaus den Anschein erwecken, als habe sich der Kanzler die Zeitung gefügig gemacht.

Im Streit um die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel, die der vormalige Leiter der politischen Redaktion Jürgen Tern unterstützte, musste dieser ebenfalls im Jahr 1970 seinen Hut nehmen. Auch wenn die Journalisten mit einem CDU-Parteibuch kaum Chancen hatten, Redakteure der „FAZ“ zu werden, wurde ein zu CDU-kritischer Kurs an der Spitze des Blattes offenkundig nicht geduldet.

Älteren Lesern sind die Edelfedern Johann Georg Reißmüller und Friedrich Karl Fromme sicher noch ein Begriff. Reißmüller prägte mit der Zuständigkeit für das Politikressort in den Jahren 1974 bis 1999 die Zeitung maßgeblich. Fromme verantwortete zwischen 1974 und 1997 die Innenpolitik.

Schulz unterteilt die Geschichte der Zeitung in eine Pionier-Phase (1949–1955), eine gouvernementale Phase (1956–1970) und eine konservativ-oppositionelle Phase (1971–1982). Im Gegensatz zur konservativeren „Welt“ aus dem Springer-Verlag setzte sich die „FAZ“ im Sturm der 1968er für Besonnenheit und Mäßigung ein. In der Zeit der Regierungen Brandt und Schmidt fand eine deutliche konservative Profilierung statt.

Schulz zufolge trat der typische „FAZ“-Journalist in der von ihm untersuchten Phase als Lehrer und Dozent auf – allerdings ohne die Leser zu bevormunden, wie dies heute leider oft der Fall ist. Wer sich für Mediengeschichte der Bundesrepublik interessiert, kommt an diesem zieselstein-schweren Werk kaum vorbei.

Ansgar Lange



Frederic Schulz: **Am Webstuhl der Zeit. Das Politikressort der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von 1949 bis 1982**, Brill/Schöningh, Paderborn 2023, gebunden, 443 Seiten, 69 Euro

WISSEN & UNTERHALTUNG

Mit der Natur auf du und du

Seine abenteuerlichen und nicht immer ungefährlichen Reisen in über 80 Länder hat der Journalist Thomas Bauer in unterhaltsamen Geschichten festgehalten



Rätsel- und Reisebuch Der Journalist Thomas Bauer hat ausgedehnte Abenteuerreisen unternommen, die ihn in insgesamt 80 Länder führten und die für ihn sehr lehrreich wurden, entweder wenn er giftigen Schlangen in Afrika begegnete oder sich an eine übermächtige Natur in Ost-Grönland anpassen musste.

In seinem Buch „Neugier auf die Welt“ verpackt er seine Erlebnisse in unterhaltsame Kurzgeschichten und stellt gleichzeitig den Leser auf die Probe. Am Ende eines jeden Kapitels folgen Fragen, für die es Punkte gibt. Die Auflösung folgt am Ende des Buchs. Neben einem Farbfototeil enthält das Werk QR-Codes, die zu Video- und

Tonaufnahmen führen. Die beigelegte Audio-CD enthält neun kürzere sowie längere Texte und Lieder. MRK

Thomas Bauer: „Neugier auf die Welt. In 80 Rätseln um die Welt“, Periplaneta Verlag, Berlin 2023, gebunden inklusive Audio-CD, 285 Seiten, 30 Euro

GESCHICHTE

Zehn Thesen zu Krieg und Frieden

Der Historiker Jörn Leonhard geht in seinem Buch „Über Kriege und wie man sie beendet“ auf Möglichkeiten zur Überwindung der „Furie“ ein

VON DIRK KLOSE

Eine Metapher in früheren Zeiten sprach von der „Furie“ des Krieges, die, einmal losgelassen, alles unter sich zermalmte. Der Freiburger Historiker Jörn Leonhard ist mit dieser Furie recht gut vertraut. In seiner Geschichte des Ersten Weltkrieges und in seiner Analyse des Versailler Vertrages von 1919 hat er gezeigt, wie ein Krieg im 20. Jahrhundert gegenüber früheren Zeiten radikal ausartet und entsprechend Verhandlungen über sein Ende unter dem Eindruck hochgeputschter Emotionen extrem schwierig werden.

Die Geschichtswissenschaft, so eine seiner Thesen, erlaube aus genauer Kenntnis historischer Abläufe einen präziseren Blick auf Kriege. Sie kann immunisieren gegen zu einfache Erklärungen und zeigen, dass es immer Entwicklungen auf ein Ende hin gegeben hat. Leonhard geht zurück in die Antike zum Peloponnesischen Krieg und zu den Punischen Kriegen, sieht als ein Paradebeispiel den Dreißigjährigen Krieg und den Wiener Kongress, nennt die Kabinettskriege des 18. Jahrhunderts und die „kurzen“ Kriege Bismarcks von 1864, 1866 und 1870/71, endlich die Massen- und Vernichtungskriege des 20. Jahrhunderts.

Zehn Thesen stellt er mit vielen historischen Beispielen zur Diskussion: So bestimme die Natur eines Krieges auch sein Ende. Je länger ein Krieg dauere, desto schwieriger werde seine Kontrolle; „faule“ Frieden können einen Krieg verlängern, „verstümmelte“ Siege sind der Quell

von Enttäuschung und neuer Gewalt (Italien nach 1918). Solange noch eine Chance auf Sieg gesehen werde, würde auch Krieg geführt. Friedensverhandlungen verlangten ein Minimum an Vertrauen. Nach einem Friedensschluss beginne eigentlich erst die Arbeit am Frieden; schließlich paradox genug: Eine Niederlage kann durchaus eine Chance sein (Preußen nach 1807).

Den klassischen Dreischritt von Waffenstillstand, Präliminar- und dann Definitivfrieden gibt es heute nicht mehr. Kriege werden, wie Korea seit 1953 zeigt, eingefroren, vielleicht demnächst auch in der Ukraine. Das frühere, geradezu human anmutende Instrument des wohlwärtigen Vergessens in den Friedensverträgen des 17. und 18. Jahrhunderts ist heute unmöglich.

Leonhard kann, fast verständlich, am Ende nicht der Versuchung widerstehen, doch zuerst Geschichte selbst zu erzählen, was zeigt, dass man bei diesem Thema gar nicht unbeteiligt sein kann. Eine leise Hoffnung vermittelt dieses lesenswerte Buch, dass Krieg keine unbezähmbare Furie zu sein braucht. Die Menschen haben alles Geschehen letztlich in der Hand.



Jörn Leonhard: „Über Kriege und wie man sie beendet. Zehn Thesen“, C.H. Beck Verlag, München 2023, broschiert, 208 Seiten, 18 Euro

RUSSLAND

Erinnerung an Anna Politkowskaja

Vera, die Tochter der mutigen Journalistin, die es wagte, dem Regime Putins die Stirn zu zeigen, hat ein Buch wider das Vergessen geschrieben

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Vera Politkowskaja ist die Tochter der Journalistin Anna Politkowskaja, die am 7. Oktober 2007 – dem Geburtstag des Präsidenten Wladimir Putin – vor ihrer Haustür erschossen wurde, und an die sich heute in Russland kaum noch jemand erinnert, jedenfalls nicht offiziell.

Vera, die als Musikerin ausgebildet wurde, dann aber dem Beispiel ihrer Mutter folgend Journalistin geworden ist, lebt seit Jahren anonym im Ausland. Weil sie sich seit dem nie restlos aufgeklärten Mord an ihrer Mutter der Gefahr bewusst ist, in der sie und ihre Familie sich seitdem befindet, hat sie es vorgezogen, ihrer Heimat den Rücken zu kehren.

In ihrem Buch „Meine Mutter hätte es Krieg genannt“ beantwortet sie die Frage vieler Menschen im Westen, warum die Russen alles, was die Regierung tut, füglich hinnehmen, selbst einen Krieg. Sie sagt, dass ein Großteil der Bevölkerung damit beschäftigt sei, in prekären Verhältnissen zu überleben und dass zudem die Strafen für die Teilnahme an Protesten drastisch verschärft wurden. Es sei auch nicht jedem gegeben, den Helden zu spielen. Für sich selbst sagt sie: „Ich finde, ich habe als Mutter nicht das Recht, meiner Tochter das Leben schwerzumachen. Sie ist noch zu jung, um ohne mich auszukommen.“

Ihre eigene Mutter hat genau das getan. Schon früh machte sie ihren beiden Kindern Ilja und Vera klar, wie wichtig

ihre Arbeit für sie war. Anna Politkowskaja sah sich nicht nur als Berichterstatlerin, sondern auch als Sprachrohr für Menschen, die sonst kein Gehör fanden. Das Schicksal der einfachen tschetschenischen Bevölkerung lag ihr besonders am Herzen. Viele wandten sich mit Problemen an sie. Als Reporterin der „Nowaja Gasjeta“ berichtete sie über Kriegsverbrechen der russischen Armee, schrieb auch über Raub, Mord und Korruption der verbündeten tschetschenischen Gruppen, was ihr schließlich zum Verhängnis wurde.

Die Tochter schildert, wie ihre Mutter sie und ihren Bruder schon in jungen Jahren darauf vorbereitet hatte, was im Falle ihrer Verhaftung oder ihres Todes zu tun sei. Sie war sich der Gefahr ihres Handelns vollumfänglich bewusst, was sowohl bei ihrer Familie als auch bei Freunden und Kollegen zuweilen Unverständnis hervorrief. Vera beschreibt ihre Mutter als äußerst selbstbewusste, zielstrebige Frau, die Kante zeigte. Im Umgang sei Anna oft schwierig gewesen, dennoch stand sie loyal zu Familie und Freunden.

Als Anna starb, war Vera gerade schwanger mit ihrer Tochter. Sie nannte sie ihrer Mutter zu Ehren Anna.



Vera Politkowskaja mit Sara Guidice: „Meine Mutter hätte es Krieg genannt“, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2023, gebunden, 192 Seiten, 22 Euro

HISTORISCHES OSTPREUSSEN

Vom Beginn der Pharmazie

Zur Entwicklung des Apothekenwesens in Königsberg und in der Provinz ab dem 14. Jahrhundert

VON MARGUND HINZ

Im 14. Jahrhundert entstand im Löbenichtsch Marienkloster in Königsberg eine Heilmittelanstalt. Sie ist eine der frühesten Einrichtungen in Ostpreußen, in der Arzneimittel von fachkundiger Hand hergestellt wurden. Die erste und 1420 erstmals erwähnte Apotheke legte man in der Altstadt nahe der Burg an. Danach ließen sich erst um 1500 jeweils ein Apotheker auf dem Kneiphof und auf dem Löbenicht nieder, die mit anderen Gewerbetreibenden aus dem Westen Deutschlands eingewandert waren.

Den Arzneimittelbedarf deckten sie durch eigene Anpflanzungen in Plantagen und mit Hilfe von Importen. Die medizinische Fakultät der im Jahr 1544 durch Herzog Albrecht von Brandenburg gegründeten Universität erhielt schon bald das Aufsichtsrecht über die Apotheken. Die Berechtigung, eine Apotheke zu besitzen, erforderte eine pharmazeutische Vorbildung und war an das Bestehen einer Prüfung gebunden.

Ein Arzneigarten lieferte die Heilkräuter

In der Altstadtapotheke wirkte unter anderem der Arzt und Apotheker Albertus Kammer. Mit Hilfe eines selbst angelegten Arzneigartens in der Vorstadt konnte er sich mit den notwendigen Drogen in frischem Zustand versorgen. Dagegen bezog der Schöpffenmeister und Apotheker Johannes Werner, tätig in der Kneiphofapotheke, seine Arzneimittel aus Holland. Im Jahr 1555 wurde die erste Apothekenordnung für Königsberg durch Herzog Albrecht erlassen. Darin ist festgehalten, dass die Anzahl der Apotheken, zu dieser Zeit drei, nicht ohne Genehmigung der Landesregierung erhöht werden durfte.

Der zweiten Verordnung (1563) zufolge gab es nun vier Apotheken, für die ein „Generalprivileg“ verkündet wurde. Einstellungsvoraussetzung für Lehrlinge war die Beherrschung der lateinischen Sprache. Professoren der medizinischen Fakultät der Albertina oder Leibärztliche sollten die Apotheken überwachen.

Zu Beginn waren Apotheker häufig auch Ärzte

Apotheker, die damals häufig auch Ärzte waren, lehrten an der Universität und trugen zur Hebung ihres Berufsstandes bei. In dem 1560 erschienenen Buch zur Arzneimittelbereitung von Johann Placotomus (eigentlich Brettschneider), 1544 zum Professor der Medizin an die Albertina berufen, sind erstmals Kalmus, Fenchel, Veilchenwurzel, Anis und andere Pflanzen als Heilmittel erwähnt, die auch in Ostpreußen angewandt wurden. Ferner sah man Bernstein zu dieser Zeit als Arzneimittel an. Andreas Aurifaber, Apotheker und Arzt, widmete ihm die Monografie „Historia succini“ (1561) und hob darin seine Heilwirkungen hervor.

Der Apotheker Caspar Panzer sen. stellte in seiner Apotheke in der Altstadt eine Sammlung seltener und wertvoller Pflanzen, Tiere und Mineralien aus. So waren Muscheln mit besonderen Formen, Schnecken sowie rohe und geschliffene Edelsteine zu besichtigen. Panzer gilt deshalb als Begründer des ersten naturwissenschaftlichen Museums der Stadt Königsberg. Sein Sohn, Caspar Panzer jun., erwarb sich als Theriakbereiter große Verdienste. Er fertigte diese Arznei aus reinstem Bienenhonig mit 70 Ingredienzien an. Der Dichter Simon Dach würdigte Caspar Panzer jun. in nebenstehenden Gedichtzeilen.



Eine der ostpreußischen Apotheken: Auf dem Marktplatz von Rastenburg

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Schon kurz nach seinem Regierungsantritt im Jahr 1619 hatte der Kurfürst Georg Wilhelm angeregt, weitere Apotheken zu schaffen. Die vier Besitzer der 1563 privilegierten Apotheken in Königsberg widersetzten sich jedoch einmütig und erfolgreich diesem Ansinnen. So wurden erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sechs weitere Apotheken in der Stadt gegründet.

Die Pest brachte die Pharmazeuten an ihre Grenzen

Mehrmals ist die Pest durch die einwandernde Bevölkerung in Ostpreußen aufgetreten und verbreitet worden. Sie wütete im Zeitraum von 1620 bis 1630 dauerhaft und forderte viele Opfer. Die Seuche beanspruchte gerade die Apotheker in ihrer Arbeit stark. Man verpflichtete sie, alle genau vorgeschriebenen Medikamente und die zahlreichen Bestandteile der Composita vorrätig zu haben und zu einem sehr niedrigen Preis an die Bevölkerung abzugeben. Der ärmeren Bevölkerung sollten die Arzneimittel unentgeltlich auf Kosten der Stadtverwaltungen zur Verfügung gestellt werden. Die ausgestellten Rechnungen wurden jedoch häufig nicht bezahlt. Dadurch hatten die Apotheker wirtschaftlich schwer zu kämpfen.

Die im Jahr 1683 erschienene Königsberger Apothekenordnung regelte die Vor- und Ausbildung der Pharmazeuten. Zur Verwaltung oder zum Erwerb einer Apotheke im Herzogtum Preußen waren die Apothekergesellen demnach erst dann berechtigt, wenn sie eine Prüfung vor dem Dekan bestanden und den vorgeschriebenen Eid abgelegt hatten. Beabsichtigten sie jedoch eine Apotheke in der Stadt Königsberg zu kaufen, war dazu ein weiteres Studium und die Erlangung der Doktorwürde Pflicht.

Die Überprüfung der Apotheken, die ab jetzt jährlich zu erfolgen hatte, oblag zwei Ärzten. Verdorbene oder unbrauchbar gewordene Arzneimittel sollten sofort restlos beseitigt werden. Bei der

Herstellung der Composita durch die Apotheker musste ein Arzt zugegen sein. Diese Verordnung für Königsberg galt lediglich zwei Jahre. Einheitliche Regelungen für den gesamten brandenburgisch-preußischen Staat sind in dem Medizinaledikt von 1685 festgelegt worden.



„Oh wie wohl hab' ich genossen Eurer schönen Offizin!/
Herr, aus ihr ist Kraft geflossen über meinen Leib und Sinn/Als die Aerzte mir zu leben schlechte Hoffnung wollten geben,/ Daß, wodurch ich bin genesen, hat mir Eure Kunst gewährt,/Die so gütig doch gewesen, daß sie nichts dafür begehrt ...“

Simon Dach
Deutscher Dichter

Das Apothekenwesen entwickelte sich auch in den anderen Städten des Herzogtums Preußen zügig und ähnlich wie in der Hauptstadt. Ende des 17. Jahrhunderts bestanden in Königsberg zehn und in den Provinzstädten 24 Apotheken.

Bedingt durch das erneute und mehrmalige Auftreten der Pest, den Siebenjährigen Krieg sowie die Besetzung Ostpreußens durch die Russen stagnierte die Entwicklung des Apothekenwesens im 18. Jahrhundert zeitweise. So gab es trotz Bevölkerungswachstums im Jahr 1800, wie 100 Jahre zuvor, in der Stadt Königsberg zehn Apotheken, die aber zum Teil in andere Stadtteile verlegt worden waren.

Wegbereiter für die praktische Ausbildung

Da es universitär noch keine praktische Ausbildung in den naturwissenschaftlichen Disziplinen gab, waren die Leistungen des Besitzers der Steindammer Apotheke, Dr. Harms, dafür wegbereitend. Den von seinen Vorgängern übernommenen Gewürzgarten vergrößerte er erheblich und bestellte ihn mit zahlreichen Arzneipflanzen, um den jüngeren Fachkollegen von diesem Kenntnis zu geben. In seiner Apotheke erteilte er außerdem Unterricht in der Herstellung von Tinkturen sowie anderen pharmazeutischen Zubereitungen.

Ähnliches ist in der Löbenichtsch Apotheke unter Leitung des Hofrats Dr. Melzer geleistet worden. An der Albertus-Universität erteilte Carl August Hagen, 1788 zum ordentlichen Professor an der medizinischen Fakultät berufen, mit seinen Vorlesungen und praktischen Übungen erstmals einen „methodisch angelegten“ Unterricht in den pharmazeutischen Wissenschaften. Von 1773 bis 1812 Besitzer der Hofapotheke, richtete Hagen dort einen eigenen Hörsaal ein. Im Jahr 1900 gab es in Königsberg 20 und in Ostpreußen 149 Apotheken.

FUNDSACHE

Teil eines Kleides von Königin Luise

Bei einem privaten Sammler in Litauen gibt es einen Teil eines goldbestickten Kleides von Königin Luise mit dazugehöriger Beschreibung auf Englisch zu sehen. Der litauische Sammler, der namentlich nicht genannt werden möchte, kaufte das Exponat in den USA. Der dortige Verkäufer verfügte über mehrere Teile eines Nachlasses, vermutlich des Ururenkels des Kaufmanns Heinrich Beerbohm als Erben, doch leider konnte er keinerlei Auskünfte zum Nachlassgeber erteilen.

Auf der Rückseite des Exponats ist Folgendes in der deutschen Übersetzung zu lesen:

„Notizen zu dem goldbestickten Kleid, das Königin Luise von Preußen von den Geschäftsleuten geschenkt wurde, aufgezeichnet von Marie Luise Stoll, geborene Ancker.“

Als unglückliches Ergebnis der Schlachten von Jena und Auerstadt mussten der König und die Königin nach Memel fliehen, wo die Geschäftsleute beschlossen, der Königin ein goldbesticktes Kleid als Zeichen ihrer Treue und Ergebenheit zu überreichen. Das Material dieses Kleides war weißer Tüll, bestickt mit goldenen Sternen, und hatte einen breiten Rand von etwa 45 Zentimetern aus goldgestickten Zierblättern. Doch bevor das Geschenk beendet werden konnte, starb die Königin.

Das Kleid gelangte damals in den Besitz meines Ururgroßvaters, des Kaufmanns Heinrich Beerbohm, der es erwarb. Ich habe es geerbt.

Im Jahr 1913 wurde das Kleid anlässlich der Hundertjahrfeier des Befreiungskrieges in Königsberg an prominenter Stelle ausgestellt und erregte allgemeine Bewunderung, insbesondere bei Angehörigen des Hauses Hohenzollern.

Da das Kleid an einigen Stellen etwas beschädigt war, wurde es an die Großherzogliche Badesche Spitzenschule in Karlsruhe geschickt. Auf-

Ein seltenes Fundstück: Aufnahme des Kleidungsornaments, das ein litauischer Sammler in den USA erworben hat
Bild: privat

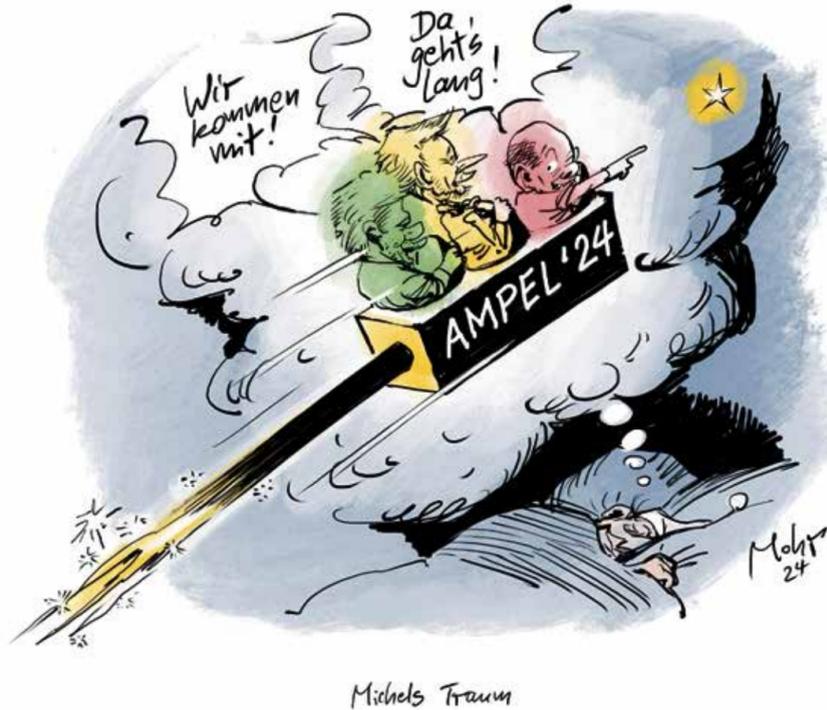
grund seines großen historischen und künstlerischen Wertes wurde das Kleid kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die Schule erklärte, dass das Kleid, das damals die Bewunderung der Großherzogin von Baden hervorrief, wahrscheinlich in Spanien von den dort ansässigen und in dieser Art von Arbeit besonders geschickten Juden angefertigt worden sei. Gleichzeitig wurde bekannt, dass außer diesem Kleid nur zwei weitere Stickereien bekannt waren, eines davon im Londoner Museum und eines im Berliner Museum.

Als ich nach Kriegsende 1945 meine Heimat Königsberg verlassen musste, konnte ich diesen wertvollen Familienbesitz mitnehmen.“ PAZ

● **AUFGESCHNAPPT**

Dass Deutschland auf Einwanderung angewiesen sei, um seinen Fachkräftemangel zu beheben, ist eine Behauptung, die in Endlosschleife wiederholt wird. Dass bei der aktuellen Einwanderungspraxis massenhaft Leute ins Land gelassen werden, die kaum Qualifikation besitzen und die Sozialnetze zusätzlich und dauerhaft belasten, wird dabei oft unter den Teppich gekehrt. Der Unternehmer Sven Schmidt weist im Gespräch mit der „Welt“ auf einen weiteren problematischen Prozess hin: 2022 seien 274.000 Deutsche ausgewandert, das sei fast ein Rekord gewesen. Dabei handelt es sich laut Schmidt zum größten Teil um leistungswillige Menschen. Das Problem sei, dass in Deutschland viel weniger auf Innovation, Leistung und Wachstum gesetzt werde als auf Umverteilung des Vorhandenen, das immer weniger werde, wenn die Leistungsträger abwanderten. So steigen die Steuern und Abgaben, die man auch benötigt, um unqualifizierte Zuwanderer zu finanzieren, was weitere Qualifizierte zum Auswandern motiviert. H.H.

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Alan Posener äußert in der „Welt“ (27. Dezember) einen eigenen Vorschlag zur erneut aufgeflamten Leitkultur-Debatte:

„Ich möchte vorschlagen, dass wir mehr Preußen wagen. Preußen ist das Beispiel eines Entwicklungslandes, das sich ohne Rohstoffe, ohne große Handelsflotte, ohne nennenswerte eigene Industrie oder Kolonien nach einem beispiellosen Völkergemetzel (dem Dreißigjährigen Krieg, d. Red.) sozusagen am eigenen Zopf aus dem Sumpf zog und zur ersten Macht in Deutschland avancierte ... Neben einer schlagkräftigen Armee und einer unbestechlichen Beamtenschaft hatte Preußen eine bemerkenswert offene Leitkultur.“

Jörg Sartor, ehemaliger Bergmann und seit 19 Jahren Leiter der Essener Tafel, kritisierte im Gespräch mit dem Portal „Nius.de“ (27. Dezember) eine falsche Gleichmacherei in der Sozialpolitik:

„Dass Flüchtlinge direkt nach Ankunft in Deutschland Bürgergeld bekommen, ist nicht in Ordnung ... Mich stört immens, dass keine Sanktionen ausgesprochen werden können und dass es keine Staffelung gibt. Es ist doch logisch, dass jemand, der jahrelang gearbeitet hat, anders bewertet werden muss als jemand, der hier ankommt – womöglich auch, um Bürgergeld zu bekommen.“

Fabio De Masi, 2022 aus der Partei ausgetretener, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Linkspartei, sagt im Gespräch mit der Münchener „Abendzeitung“ (29. Dezember), warum er fest davon überzeugt ist, dass Kanzler Olaf Scholz (SPD) über seine Erinnerungslücken in der Cum-Ex-Affäre gelogen hat:

„Scholz kann sich nach 40 Jahren noch erinnern, wo er das letzte Mal im Freibad war, und er erinnert alle möglichen zufälligen Begegnungen mit Herrn Olearius. Aber an Treffen, bei denen es um Millionenbeträge und kriminelle Geschäfte der Bank ging, hat er präzise Erinnerungslücken ... Ein Neurologe hat einmal gesagt, eine solche präzise Erinnerungslücke sei ihm aus der Hirnforschung nicht bekannt.“

Der Ex-Grüne und Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer findet die Stimmung im Land „bedrückend“ und verrät dem „Hamburger Abendblatt“ (31. Dezember) den Grund für seine Einschätzung:

„Ich habe zum ersten Mal das Gefühl, dass unser Land den Belastungen nicht mehr gewachsen ist. Es kommt zu viel zusammen, und alte Versäumnisse holen uns brutal ein. Digitalisierung, Eisenbahn, Zuwanderung, Bürokratie, Energie, Bundeswehr, Demografie – überall nur Baustellen, und die Bundesregierung wirkt geradezu blockiert.“

● **WORT DER WOCHE**

„Für das Land bedeutet das, dass das Ampel-Gehampel mit ständigen Streitereien munter weitergehen wird.“

Hugo Müller-Vogg kommentiert im „Focus“ am 2. Januar den Ausgang der FDP-Mitgliederbefragung zum Verbleib in den rot-grün-gelben Koalition

DER WOCHENRÜCKBLICK

Das wird ein Jahr!

Wie es Scholz mal wieder vermasset hat, und warum 2024 wirklich aufregend werden dürfte

VON HANS HECKEL

Dass jemandem das Zuhause in einer Flutkatastrophe absäuft, ist wohl einer der schlimmsten materiellen Schäden, die einen heimsuchen können. Selbst wenn man mit dem Leben davonkommt, was vielen Menschen 2021 im Ahrtal nicht vergönnt war, wo erschreckend viele zu Tode kamen oder Angehörige und Freunde verloren haben.

Für Politiker indes bieten, so zynisch das klingt, solche Katastrophen ungeahnte Chancen. Wobei sie es allerdings auch völlig vermessen können. Helmut Schmidt stieg während der Hamburger Sturmflut von 1962 mit 315 Toten aus dem Nebel der Provinzpolitik heraus und startete eine beeindruckende Karriere, die ihn zwölf Jahre später zum mächtigsten Mann der Republik machte.

Und Gerhard Schröder blickte im Sommer 2002 in den Abgrund einer – scheinbar – absehbaren Wahlniederlage. Dann kam die Elbflut, der hemdsärmelige Sozialdemokrat stieg in die Gummistiefel und erschien auf den Deichen des außer Rand und Band geratenen Stroms. Das war sein Durchbruch in der lahmen Wahlkampagne: „Macher“ nannten ihn fortan die Medien. Und schwupps konnte er nur wenige Wochen später noch einmal sein Amt retten.

Wer indes einen Politiker vernichten will, der erzähle ihm im Angesicht des Unheils einen unwiderstehlichen Witz. Ein kurzer Lachanfall im Flutgebiet kostete Armin Laschet bekanntlich die Chance aufs Kanzleramt. Statt seiner zog jemand in Berlin ein, mit dem nur wenige Monate zuvor niemand gerechnet hatte: Olaf Scholz.

Jemand, den sich die Deutschen auch immer weniger erklären können, je länger er das Kanzleramt besetzt. Wie ist der bloß dahin gekommen? Wie konnte das passieren? Weiß der überhaupt, was er da soll? Fragen über Fragen, die uns ratlos zurücklassen.

Dass Scholz seinen Auftritt im Flutgebiet – ganz anders als Schmidt oder Schröder zu ihrer Zeit – versemmt hat, verwundert nicht. Es sind die Bilder und die Töne, die in so einer Situation alles entscheiden, denn praktisch helfen kann der politische Katastrophentourist kaum mehr als die anderen lästigen Schaulustigen. So stand er also da, in Halbschuhen statt in Gummistiefeln, und kam deshalb auch nicht weiter als bis zur Wasserkante, von wo er den Helfern und Be-

troffenen, die mit in ihren Stiefeln im Wasser gegen das Unheil ankämpften, nur aus der Ferne zublinzeln konnte.

Was für ein Bild! Hoch und trocken der Regierungschef, der seinen mit dem Untergang ringenden Landeskindern vom Hohen und Trockenem aus zusieht, derweil er ein paar Hände schüttelt und eingeübte Solidaritätsfloskeln abspult. Es passt perfekt zu dem Eindruck, den die mittlerweile riesengroße Mehrheit der Deutschen von ihrer Regierung gewonnen hat. Wie nett, dass uns Scholz nun auch noch die Fotos dazu liefert.

Möglicherweise sind dem Scholz diese Patzer auch nur passiert, weil er mit seinen Gedanken längst woanders war. Denn für ihn und seine Ampelregierung droht sich das gesamte Jahr 2024 zu einer einzigen Katastrophe aufzutürmen. Gleich nächste Woche beginnt die Höllenfahrt. Die Bauern sind im Aufstand, die Bahn will streiken und dann sind da noch die Fernfahrer und Spediteure, die gegen neue staatliche Schikanen aufbegehren. Fehlte nur noch ein Arbeitskampf von Fluglotsen oder fliegendem Personal, und das Land stünde in der zweiten Januarwoche beschaulich still.

SPD: Vom Witz zur Wirklichkeit

Später im Jahr geht es dann weiter mit allerhand Wahlen. Mitten in die Berichterstattung über die Flut in Niedersachsen platschte eine neue Umfrage zur sächsischen Landtagswahl im September: Darin ist die AfD mit 37 Prozent zur stärksten Partei aufgestiegen, hinter der sich die CDU mit 33 Punkten einreihet. Dann kommt es: Scholz' SPD stürzt binnen weniger Wochen von sieben auf erbärmliche drei Prozent ab, weit unter die Fünf-Prozent-Hürde! Und die Freidemokraten sind mit nur noch einem Prozent im Mußtopf der „Sonstigen“ versackt – eigentlich kaum noch seriös messbar.

Bis eben war „SPD unter fünf Prozent“ ein giftiger Witz unter den ärgsten Gegnern der Sozis. Aber daran haben wir uns ja längst gewöhnt, wie schnell eben noch abseitige Zoten plötzlich zur gelebten Wirklichkeit reifen können. Was macht die SPD-Spitze? Co-Chefin Saskia Esken träumt lautstark von einem Verbot der AfD. Wie bitte? So stellen wir uns jemanden vor, der den Füllstand seines Benzintanks mit dem Streichholz prüfen will: Weil sie bei Wahlen nicht mehr gegen sie ankommt, will Esken der Konkurrenz mit Polizei und Justiz zu Leibe rücken? Und das gan-

ze natürlich zwecks „Verteidigung der Demokratie“? Es gibt viele Wege, das Vertrauen in die bundesdeutsche Demokratie mit Schmachkes in die Luft zu jagen. Esken hat einen gefunden, der todsicher funktionieren dürfte. Und es ist kaum davon auszugehen, dass allein die 20 bis 23 Prozent, die derzeit die Absicht bekunden, AfD zu wählen, auf so ein Verbot ziemlich humorlos reagieren werden. Darüber hinaus sollte eine solche Maßnahme auch bisherige Anhänger anderer Parteien in großer Zahl ins Grübeln darüber stürzen, ob mit ihrem Parteienstaat noch wirklich alles zum Besten steht. Und dann wird die Sache wirklich brenzlich.

Ach ja: Was sagt eigentlich Christian Lindner zum Verschwinden seiner Partei aus Sachsen? Der hat gerade keine Zeit, weil er den „klaren Auftrag“ feiern muss, den ihm die FDP-Mitglieder zum Verbleib in der Ampel erteilt hätten. In Zahlen: Von 72.000 Parteiliberalen hatten sich gerade einmal 26.000 an der Abstimmung beteiligt, von denen 52 Prozent pro Ampel votiert haben. Wie tot ist eine Partei, bei der sich nur ein Drittel der Mitglieder zu einer Online-Befragung von solcher Bedeutung aufraffen will? Und wie „klar“ kann der Auftrag sein, der von einem bisschen mehr als der Hälfte von dem Drittel ausgeht? Ziemlich trist, das Ganze.

Vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg stimmen die Bewohner aller neuen Bundesländer im Mai und Juni bereits über ihre Kommunal- und Kreisparlamente ab. Da dürfen wir uns auf einige spektakuläre Resultate gefasst machen. Und am 9. Juni wählen alle Deutschen zudem ihre Abgeordneten im EU-Parlament.

Dort greift ebenfalls Nervosität um sich. Die SPD-Europapolitikerin Katharina Barley ist hoch alarmiert. Sie fürchtet eine „Rechtsverschiebung“, welche die „progressive Mehrheit“ im EU-Parlament gefährde.

Was ist daran dramatisch? Echte Demokraten nennen so etwas „Machtwechsel“ und finden den Vorgang völlig normal. Denn in ihrer Vorstellung hat das Volk das Recht, seine Mächtigen auszuwechseln, wenn deren Gebaren ihm nicht mehr gefällt. Manche Vertreter des linken Lagers scheinen diese Vorstellung von Demokratie nur noch schwerlich hinnehmen zu wollen. Mal sehen, wie weit sie dabei gehen. Auf jeden Fall hat 2024 das Zeug, zu einem der aufregendsten Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik zu werden. Wir bleiben dran!



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de